

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitätsprofessoren: G. Beckmann,  
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Delitzsch, W. Goetz, R. Holtzmann, P. Joachim-  
sen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philippi, H. Reincke-Bloch, R. Sternfeld,  
F. Vigener, A. Wahl, G. Wolf, J. Ziekursch u. a.

== Heft 153 ==

---

## Nassau und Reichsritterschaft vom Reichsdeputationshauptschluss bis zum Wiener Kongress (1803–1815)

Von

Dr. Robert Meister

---

BERLIN  
1923

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

## Inhalt

	Seite
Vorwort	5
Einleitung: Geschichtliche Entwicklung der Reichsritterschaft, insbesondere die des Kantons Mittelrhein, bis zum Reichsdeputationshauptschluß	7
I. Hauptteil: Der Reichsdeputationshauptschluß und die Stellungnahme Nassaus in der reichsritterschaftlichen Angelegenheit in den Jahren 1803—1806	19
II. Hauptteil: Die Zeit des Rheinbundes und das Verhalten Nassaus gegenüber der aufgelösten Reichsritterschaft in den Jahren 1806—1813	46
III. Hauptteil: Der Wiener Kongreß und die Erledigung einiger reichsritterschaftlicher Angelegenheiten in Nassau in den Jahren 1813—1815	84
Schluß: Regelung der grundherrlichen Verhältnisse in Nassau nach dem Wiener Kongreß	95
Anmerkungen	101

---



### Vorwort.

Die vorliegende Arbeit hatte ich als Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der philosophischen Fakultät der Universität Marburg vorgelegt, von der sie am 19. 7. 1922 angenommen wurde. Der Begutachter derselben war Herr Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Busch.

Aus meinem Lebenslauf sei mitgeteilt, daß ich Protestant und Preuße bin und die Vor- und Realschule in Diez und die Oberrealschule in Marburg besuchte. Nach Beendigung des Weltkrieges studierte ich — mit Ausnahme je eines Semesters in Göttingen und Münster — in Marburg Philosophie, deutsche und französische Philologie und widmete mich nach Beendigung eines Turnlehrerkursus und nach Ablegung einer Prüfung im Lateinischen hauptsächlich dem Studium der Geschichte, in welchem Fache ich an den Vorlesungen bzw. Uebungen der Herren Professoren Brackmann, Brandi, Busch, Lehmann, Meister, von Premierstein, von der Ropp, Stein, Stengel, Wenck und Wolters teilnahm und am 2. 8. 1922 meine mündliche Doktorprüfung bestand.

Die Anregung zu dem Thema erhielt ich von Herrn Geheimrat Wagner. Ihm und Herrn Archivrat Schaus danke ich ergebenst für die bereitwillige Unterstützung bei meinen Studien im Staatsarchiv zu Wiesbaden und Herrn Geheimrat Busch für das große Entgegenkommen bei der Annahme der Arbeit. Schließlich sei meines Vaters gedacht, dem ich dieses Heft in Liebe und Dankbarkeit widme.

---





## Einleitung.

### *Geschichtliche Entwicklung der Reichsritterschaft, insbesondere die des Kantons Mittelrhein, bis zum Reichsdeputationshauptschluß.*

Die Reichsritterschaft gehörte dem niederen Adel<sup>1</sup> an, der durch den Zusammenschluß der kleinen freien Vasallen und freien Ritter mit den Ministerialen entstanden war. Die freien Ritter bildeten eine Hauptschicht desselben; sie lassen sich bereits in der ältesten Zeit nachweisen, und zwar haben sie sich entwickelt aus den selbständig gebliebenen Meiern, deren Zwing- und Bannrechte häufig zu einem Niedergericht geworden waren. Der niedere Adel schloß aber auch die in Abhängigkeit von einer Grundherrschaft geratenen ministerialischen Meier und ebenso die zahlreichen Ministerialen selbst in sich ein. Letztere waren zur Zeit der Franken unfreie Dienstleute, zählten dabei jedoch zu den bevorzugten Unfreien. Sie wurden von den Königen und Großen und unter diesen besonders von den geistlichen Fürsten zum Hofdienst, wo sie meistens die vier Hofämter bekleiden mußten, herangezogen und im Waffenhandwerk ausgebildet. Da sich als Folge der besonderen Ausbildung bald die Erblichkeit in der Stellung ergab, so schlossen sie sich im Laufe der Zeit gegen die anderen Unfreien ab, und bald bildeten sie einen Stand für sich, der dann unter der Herrschaft der Hohenstaufen eine besondere Förderung dadurch erfuhr, daß diese den Ministerialen des Reiches ihre Beamten entnahmen. Durch die Bevorzugung dieser Klasse wurde der Stand der Edlen benachteiligt und geriet in große Not. Viele traten deshalb freiwillig in die Ministerialität über, behielten aber das Handgemal des freien Mannes bei, besaßen auch fernerhin ein freies Eigentum und blieben Schöffenbarfreie. Der Eintritt der Altfreien hob das Ansehen der Ministerialen, deren ursprüngliche Unfreiheit sich mehr und mehr verlor, beträchtlich. Ihr Ministeriallehen wurde bald als vasallitisches Lehen betrachtet. Hofdienst versahen sie später meist nicht mehr; dieser wurde nun von niederen Kriegsknechten zu Pferd geleistet. Freie und unfreie Ritter schlossen sich infolge der Kreuzzüge zusammen zu einem einheitlichen Ritterstand, der Nichtebenbürtige, wie zum Beispiel den Stadtadel, aus seinen Reihen fernhielt.

Mit dem Ende der Hohenstaufen, denen der mittelalterliche Ritterstand,<sup>2</sup> welcher also mit dem römischen nicht zusammenhing, seinen glänzenden Aufstieg verdankte, war auch der Gipfelpunkt seiner Machtentfaltung in Westdeutschland vorerst erreicht. Die Zeit des Interregnums warf ihn von seiner stolzen Höhe. Die bisher freien Ritter und die Reichsministerialen, die ebenfalls die Schöffenbarkeit hatten, wurden in der Folgezeit in den meisten Fällen durch die Fürsten zur Landsässigkeit herab-

gedrückt. Unter den Kaisern und Königen aus verschiedenen Häusern nahm diese Entwicklung ihren Fortgang. Wenn auch Rudolf von Habsburg diese Bewegung durch den Bau von neuen Reichsburgern aufzuhalten suchte, so gelangten dennoch die Landesfürsten bereits unter seinem Nachfolger Adolf von Nassau wieder zu einer großen Selbständigkeit und Macht. Im 14. Jahrhundert ließ die landesherrliche Gewalt vorübergehend nach, wodurch es den Rittern möglich wurde, sich aus der Abhängigkeit von den Fürsten zu befreien. Selbständig sehen wir sie zu jener Zeit Bündnisse mit ihren bisherigen Bedrückern gegen die mächtig aufblühenden Städte und gegen andere Fürsten schließen. Diese Entwicklung lag weder im Interesse der Ritter noch des Kaisers. Die natürlichen Gegner beider waren die Fürsten, und deshalb suchte König Siegmund die Interessen der Ritterschaft mehr mit denen des Reichs zu verknüpfen, indem er ihr 1422 in einer Urkunde<sup>3</sup> die Erlaubnis erteilte, sich zusammenschließen zu dürfen.

Zunächst zeigte sich die Wirkung dieses Erlasses nur in den Gebieten, in denen schon vorher Bündnisse reichsfreier Ritter bestanden hatten, so in Schwaben, Franken und einigen Teilen des späteren rheinischen Ritterkreises. Die fränkische Ritterschaft verband sich 1423 auf zehn Jahre, und 1430 vereinigten sich die schwäbische und fränkische Ritterschaft zu Ellingen. Diese Bündnisse währten aber nicht lange. Die eigentliche reichsritterschaftliche Bewegung setzte erst ein, als 1495 eine durchgreifende Reichsreform geplant wurde.<sup>4</sup> Der gemeine Pfennig leitete die Bildung der drei Ritterkreise ein. Der Adel, der bisher von allen Abgaben völlig befreit war, fürchtete für seine Unabhängigkeit und verweigerte jede Zahlung von Reichssteuern. Die günstige Gelegenheit zur Erlangung der Reichsstandschaft ließ die Ritterschaft auf diese Weise unbenutzt vorübergehen.

Als das Reich zur Erhaltung des Landfriedens in Kreise eingeteilt wurde, setzte die Reichsritterschaft es durch, daß sie nicht in diese Kreiseinteilung mit einbegriffen wurde,<sup>5</sup> mit der Begründung, daß sie keine Geldsteuer an das Reich zu zahlen habe. Sie schloß sich ihrerseits in den drei Ritterkreisen Schwaben, Franken und Am Rheinstrom zusammen. Zur Herstellung einer festeren Organisation und zur besseren Verteidigung der gemeinsamen Interessen erfolgte 1577 die Vereinigung der reichsritterschaftlichen Elemente zu einer Genossenschaft in Mergentheim.<sup>6</sup> Die drei Kreise zerfielen in Kantone oder Orte, die sich ihrerseits in verschiedene Bezirke teilten. An der Spitze der Korporation stand das Generaldirektorium, das abwechselnd von den drei Kreisen geführt wurde. Jeder Kreis hatte sein besonderes Ritterdirektorium und jeder Ort sein Kantonsdirektorium. Bezirksdirektorien gab es im allgemeinen nicht, sondern die einzelnen Reichsritter standen in unmittelbarem Verkehr mit dem Kanton. Während die Orte in enger Beziehung zu ihren Kreisen standen



— jeder Kreis hatte seine besondere Ritterordnung —, war die Verbindung der Kreise unter sich nur sehr locker. Zu einem festeren Zusammenhalt sollten die sogenannten Korrespondenz-tage führen, auf denen möglichst alle Reichsritter erscheinen sollten. Hier wurden mündliche Verhandlungen gepflogen, insbesondere bei Geldbewilligungen; jedoch wurden diese Tage so schlecht besucht, daß ein erfolgreiches Zusammenwirken der drei Kreise dadurch unmöglich wurde.

1532 gab die Ritterschaft ihre Schaukelpolitik zwischen Kaiser und Fürsten, die sie lange Zeit hindurch zur Wahrung ihrer Interessen gegeneinander auszuspielen versucht hatte, endgültig auf, indem die schwäbische Reichsritterschaft in diesem Jahre dem Kaiser zum erstenmal eine Türkenhilfe bewilligte.<sup>7</sup> Seit dieser Zeit trat das Reichsoberhaupt immer häufiger mit ihnen wegen Zahlung von sogenannten Charitativsubsidiën in Verbindung, wogegen es der Korporation, den einzelnen Kreisen oder sogar einzelnen Rittersn viele Privilegien erteilte oder erneuerte. Auf diese Art konnte die Reichsritterschaft den Belästigungen von seiten der Landesfürsten besseren Widerstand entgegen-setzen..

Durch die veränderte Kampfesweise, die durch die Einführung der Feuerwaffen und der Söldnerheere verursacht wurde, trat der Ritterdienst mehr und mehr in den Hintergrund. Während des dreißigjährigen Krieges spielte die Reichsritterschaft als Korporation keine Rolle. In dem Westfälischen Frieden wurde sie in den Vertrag aufgenommen und dadurch in ihrem Bestand erhalten. Trotzdem hatte sie einen immer schwierigeren Stand, da die Rechte des Kaisers sehr beschnitten worden waren und die Fürsten, ihre Feinde, stehende Heere hielten. Die meisten Reichsritter waren verarmt und sahen sich im achtzehnten Jahrhundert gezwungen, ihre jüngeren Söhne bei den Fürsten Dienste nehmen zu lassen. Sehr viele Adlige traten in die Dienste der geistlichen Fürsten wegen der Beamtung und der sogenannten Erbämter. Eine Anzahl wählte die kirchliche Laufbahn, und viele haben als Bischöfe und Erzbischöfe eine bedeutende Rolle gespielt. Andere wieder fanden Aufnahme in Stiftern. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts begann ein erneutes Vorgehen der Fürsten gegen die Reichsritterschaft. Jedoch gelang es ihr, ihren Bestand noch einige Jahrzehnte zu erhalten, was sie wohl besonders dem Umstände zu verdanken hatte, daß sie nur in Süd- und Westdeutschland bestand, weshalb diejenigen Fürsten, die mit ihr nicht in Berührung kamen, kein Interesse hatten, durch ihre Auflösung die anderen Territorien zu stärken. Im Reichsdeputationshauptschluß vom Jahre 1803 wurde sie aufs neue anerkannt; erst 1806 sank sie mit dem alten Reiche ins Grab.

Von den drei Kreisen war der rheinische Kreis der an Gewalt schwächste. Auch hier läßt sich die Reichsunmittelbarkeit sehr weit zurückverfolgen, ist jedoch nur ganz sicher nachzuweisen

bei den Ganerben der alten wetterauischen Reichsburgen Friedberg, Kronberg usw.,<sup>8</sup> während der andere Adel ursprünglich landsässig gewesen zu sein scheint. Wie in den anderen Gegenden Deutschlands, so traten auch hier gegen Ende des 14. Jahrhunderts zahlreiche Adelsbünde in Erscheinung, an denen außer den Rittern auch andere Stände des Reichs sich beteiligten, und die nach wenigen Jahren wieder verschwanden, nachdem der Zweck ihres Zusammenschlusses erreicht war. So wurde 1372 der gegen Landgraf Heinrich von Hessen und Graf Ruprecht von Nassau gerichtete Sternerbund<sup>9</sup> gegründet, dem neben den Grafen Johann von Nassau-Dillenburg, Gerhard von Diez und vielen anderen Grafen, Herren und Rittern die meisten Ritter aus Hessen, in Buchen und am Rhein beitraten. Er bestand noch 1381. Von kürzerer Dauer waren die Gesellschaft von dem Horn, der Löwenbund und die Vereinigungen der Falkner, Dengler usw.

Diesem Fehdeunwesen mußte ein Ende gemacht werden. Schon 1381 schlossen sich deshalb die rheinischen Kurfürsten zusammen und verboten derartige Bündnisse von Rittern und Städten in ihrem Gebiete, in dem sie tatsächlich auch keine große Bedeutung mehr erlangten.<sup>10</sup> Die wenigen reichsunmittelbaren Adligen waren im Laufe der Zeit in mehr oder weniger große Abhängigkeit von den Landesfürsten, besonders von den mächtigen Erzbischöfen geraten und hatten auch vorerst keine Ursache, sich auf ihre Unmittelbarkeit zu berufen, da sie zu keinen Abgaben herangezogen wurden. In dem zum Kurfürstentum Mainz gehörenden Rheingau war der Adel bedefrei und frei von Frohnden; zudem hatte er viele Privilegien. Als aber Erzbischof Albrecht im Anfange des 16. Jahrhunderts seine Rechte beschneiden wollte, machte sich dieser frei, schied infolge des Bauernkriegs aus der Landstandschaft aus, schloß sich zur rheingauischen Ritterschaft zusammen und trat dem rheinischen Ritterkreis bei. Seine Reichsunmittelbarkeit wurde unter Albrechts Regierung anerkannt,<sup>11</sup> wurde aber später von der Mainzer Regierung oft angezweifelt. Der Kaiser unterstützte jedoch die Reichsritterschaft in ihren Bestrebungen.

Aehnlich ging es in Kurtrier zu.<sup>12</sup> Auch hier erfolgte die reichsritterschaftliche Bewegung aus wirtschaftlichen Gründen. Als die Ritterschaft zu Steuerzahlungen herangezogen werden sollte, willigte sie wohl gezwungen einigemal in die Besteuerung ihrer Untertanen ein, setzte sich aber energisch zur Wehr, als auf Betreiben der anderen Landstände der Kurfürst 1557 eine persönliche Besteuerung der Ritterschaft durchführen wollte, mit der Begründung, sie sei dem rheinischen Ritterkreise steuerbar. Der energische Erzbischof Jakob von Eltz leitete daraufhin 1576 beim Reichskammergericht einen Prozeß ein, der erst 1729 durch einen Vergleich beigelegt wurde. In diesem setzte die Reichsritterschaft mit Hilfe des Domkapitels und durch die Unterstützung des Kaisers ihre Ansprüche durch.

Auf Kur-Köln griff die reichsritterschaftliche Bewegung nicht über, wohl aber auf die meisten weltlichen Staaten zwischen Lahn, Wetter, Nidda, Main, Rhein und Sieg. Bereits 1522 wurde der Kanton Mittelrhein gegründet, dem Hartmut von Kronberg und mehr als hundert andere beitraten. In demselben Jahre gründete zu Landau Franz von Sickingen den eigentlichen rheinischen Ritterkreis, der sich in den ober- und niederrheinischen Kanton links des Rheins und den mittelrheinischen Kanton rechts des Stromes gliederte. Letzterer mit der Burg Friedberg als Sitz des Ortsdirektoriums zerfiel wieder in vier Bezirke: Wetterau, Rheingau, Einrich und Westerwald. Diese Einteilung erfolgte erst im Laufe des Jahrhunderts und nicht etwa sofort. 1652 wurde für den Kreis endlich eine Ritterordnung erlassen, die 1662 die kaiserliche Bestätigung erhielt.

Der Adel in den später nassau-oranischen Landen war seit Alters her landsässig gewesen, und es zählten Familien zu dem Gefolge der Grafen und Fürsten, deren Namen später zu den bekanntesten in der Reichsritterschaft gehörten.<sup>13</sup> Der Landeshoheit waren die Adligen noch 1532 vollständig unterworfen, wenn auch mehrere unter ihnen wegen verschiedener Güter am Rhein bereits zur Reichsritterschaft gehörten. Auf die nassauischen Besitzungen fand diese Reichsunmittelbarkeit noch keine Anwendung, und der Adel wurde wie jeder Untertan zu der ersten Reichs- und Türkensteuer herangezogen, die in jenem Jahre ausgeschrieben und erhoben wurde.<sup>14</sup> Aber bereits 1542 wurde Philipp von Staffel vom Kanton Mittelrhein aufgefordert, die Rittersteuer in die in jenem Jahre zu Friedberg errichtete Rittertruhe zu liefern.<sup>15</sup> Dieser kam jedoch der Aufforderung nicht nach. Auch an andere scheint diese ergangen zu sein, wofür die Tatsache spricht, daß in jenem Jahre<sup>16</sup> eine Namensliste von ritterschaftlichen Personen aufgestellt wurde, die wahrscheinlich die erste ihrer Art war. Ob das Steinsche Dorf Schweighausen 1542 oder später zur Reichsritterschaft übertrat, ist nicht ersichtlich; jedenfalls berichtete 1545 die Steinsche Verwaltung, daß das Dorf jährlich die Rittersteuer nach Friedberg zu entrichten habe. Bei dem übrigen Adel aber war, wenn überhaupt ein Ausschreiben stattgefunden hat, der Erfolg gering. Der rheinische Ritterkreis war durch das hier besonders stark ausgebildete Fehdewesen und durch die Raubzüge Sickingens zu sehr geschwächt, als daß er aus sich heraus zu einer gedeihlichen Entwicklung hätte fähig sein können. Der unglückliche Ausgang Sickingens hatte das Verderben vieler seiner mächtigen Freunde aus der rheinischen Reichsritterschaft zur Folge gehabt.<sup>17</sup> Unter denen, die für längere Zeit ihren Einfluß eingebüßt hatten, waren vor allem Hartmut von Kronberg, Boos von Waldeck und Brömser von Rüdesheim. Hier bedurfte es eines besonderen Eingreifens des Kaisers, um die reichsritterschaftliche Sache zu fördern. Die teilweise Reichsunmittelbarkeit verschiedener



nassauischer Adligen bot den Anlaß, und es wurde 1547 auf kaiserlichen Befehl die Beitragserhebung des damals von dem rheinischen Adel geforderten gemeinen Pfennigs auch auf den Westerwald ausgedehnt. In diesem Jahre schlugen sich unter anderen Daniel, Hermann und Arnold von Langenau und Hilger von Staffel, der den Adel auf dem Westerwald und Einrich von der Landsässigkeit abzureißen suchte, zur Reichsritterschaft. Sie wurden jedoch in den kommenden Jahrzehnten noch in den Verzeichnissen der nassauischen Landsassen erwähnt. Die Familien von Bicken und von Hees verstanden sich vorerst nicht zur ritterschaftlichen Kollekte und mit ihnen ein großer Teil des übrigen Adels, der die Landesherrn zum Schutz gegen den Burggrafen von Friedberg aufrief. Die mittelrheinische Reichsritterschaft aber warb unermüdlich weiter und erhielt 1566 vom Kaiser die Bestätigung ihrer Rittermatrikel. Sie bildete eine beständige Gefahr für Nassau, das dann auch 1576 dem Adel verbot, weiter an die mittelrheinische Ritterschaft zu steuern. Trotzdem schlugen sich noch viele, besonders die am Rhein Begüterten, zur Reichsritterschaft. Unter den nassauischen Landsassen wurden 1576 noch als solche aufgeführt das Rittergeschlecht von Nassau zu Sporkenburg, das 1547 nicht aufgefordert worden war, sich der Reichsritterschaft anzuschließen, und das 1602 ausstarb, Daniel und Joachim von Langenau im Amte Nassau, das Geschlecht von Langenau im Amte Siegen und Quirin von Staffel. Aber bereits 1595 hatten die Geschlechter von Langenau und von Staffel und wohl auch von Hees und von Bicken ihren vollständigen Uebertritt zur Reichsritterschaft vollzogen.

Trotz des Ueberhandnehmens der ritterschaftlichen Bewegung, durch die Nassau bereits an vielen Stellen geschädigt worden war, verstand sich das Gesamthaus dazu bereit, dem nassau-weilburgischen Oberamtmanne Johann Gottfried von Stein das Dorf Frücht zu verkaufen. Dieser erwarb 1609 die eine Hälfte für 1000 fl. und 1613 die andere für dieselbe Kaufsumme. In dem Kaufbriefe wurde ihm die Landeshoheit zugestanden.

Durch den Uebertritt so vieler Adligen entstanden im 17. Jahrhundert viele Reibereien, so gleich zu Beginn mit der Familie von Staffel. Diese hatte viele Güter im Diezischen und Hadamarischen, die zum Teil durch Erbschaft an die Familien von Walderdorf, von Adelsheim und Stein von Nassau in der Folgezeit übergingen. Außerdem aber besaß sie an der Lahn die Dörfer Balduinstein, Fachbach, Nievern und Miellen, worin sie die Landeshoheit und Unmittelbarkeit zu behaupten suchte. Auch stritt sie dem Gesamthaus Nassau die Rechte ab, die dieses in den letzten drei von der Grafschaft Sponheim lehnabhängigen Orten beanspruchte. Die Familie von Staffel ging dem Streite aus dem Wege, indem sie Nievern, Fachbach und Miellen 1629 an den kurtrierischen Landhofmeister Daniel von der Leyen verkaufte.

Dieses Geschlecht gelangte schließlich in den vollen Besitz der Landeshoheit.

Weitere Gebiete bröckelten ab. 1642 ernannte Graf Wilhelm Friedrich von Nassau-Diez den Freiherrn Achatius von Hohenfeld zum Statthalter und Oberamtmann der Grafschaft Diez<sup>18</sup> und gab ihm 1659 die heimgefallenen Riedeselischen Lehen zu Kamberg. Dieser erwarb nun auch 1660 von den Erbtöchtern des 1654 verstorbenen Wilhelm von Nassau die Erblehen dieses Geschlechts zu Kamberg und Löhnberg durch Kauf. Seine Nachkommen schlugen diese Besitzungen heimlich und ohne Genehmigung Nassaus zur Reichsritterschaft.<sup>15</sup>

Nassau hatte seine eigenen Grundsätze aufgestellt, nach denen es im 17. Jahrhundert vorging, und nach denen die Streitigkeiten erledigt wurden.<sup>14</sup> Die Entrichtung der Rittersteuer wurde danach von der Willkür der Gutsbesitzer abhängig, da die Befugnis der Reichsritterschaft zu dieser Steuererhebung von der Landeshoheit nicht anerkannt und deren Beitreibung nicht gestattet wurde. Die großen vom Adel bewohnten und verwalteten Rittgüter wurden von den landesherrlichen Steuern und Abgaben verschont; dagegen mußten die kleinen, durch Pächter bebauten Güter zu den Steuern und Abgaben in halber Höhe von den Bauerngütern beitragen. Die Zuständigkeit der Gerichtsbarkeit über diese Adelsbesitzungen wurde von der Landesherrschaft behauptet. Die mittelhheinische Ritterschaft bestritt aber die Landeshoheit der Fürsten und Stände über den westerwäldischen Adel und erlangte beim Reichshofrat 1684 einige Mandate, besonders gegen Nassau-Siegen und Sayn.<sup>19</sup> Fremde Truppen wurden daraufhin den Adligen auf dem Westerwald, die sich geweigert hatten, der Reichsritterschaft beizutreten, in Quartier gelegt. Die Reichsritterschaft hatte es nämlich verstanden, während der Minderjährigkeit des evangelischen Fürsten von Nassau-Siegen von den fürstlichen Räten verschiedene Vergleiche zu erzwingen, die jedoch von Nassau-Siegen nicht anerkannt worden waren, da die Räte sie in Abwesenheit der Fürstin geschlossen hatten. Nassau setzte sich nun mit den übrigen Westerwälder Ständen in Verbindung und wandte sich mit diesen an den Reichstag. Das 1704 erfolgte Reichsgutachten entschied wohl zu ihren Gunsten; die Aufhebung der der Reichsritterschaft vom Kaiser erteilten Privilegien erfolgte jedoch nicht, so daß sich 1707 die nassauischen Häuser, die Grafen von Wied und von Sachsen-Eisenach gegen die Reichsritterschaft zusammenschlossen und auch den Herzog von Württemberg für das Unternehmen zu gewinnen suchten.<sup>20</sup>

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts schien die mittelhheinische Reichsritterschaft einen neuen Aufschwung zu erleben. Die obengenannten Staaten hatten sich zum Schutz zusammengeschlossen, und Kur-Trier verhandelte mit dem rheinischen Ritterkreis wegen eines Vergleichs, der 1729 endlich zustande



kam. Sie war so mächtig, daß selbst die Abtei Arnstein sich in ihren Schutz gegen Kur-Trier begab und ihr Gebiet bei der Reichsritterschaft immatrikulierte.<sup>21</sup> Da jedoch der gewünschte Schutz nicht erfolgte und der Kanton Mittelrhein es nur auf die Rittersteuer absah, die er noch erhöhen wollte, so blieben die Zahlungen bald aus.

Nassau hatte inzwischen andere Maßnahmen ergriffen. Von vielen zugleich außer Landes begüterten Adligen waren im Laufe der Zeit viele kleinere Adelshöfe durch Veräußerung an eingessessene nassauische Untertanen gekommen, die mit der Entrichtung der Rittersteuer zurückblieben. Die Landesherrschaft ihrerseits hatte die meisten größeren Adelshöfe, so die Güter zu Langenau im Amte Siegen, zu Langendernbach, Hahnstätten, Freindiez usw. und das von Bickenische Dorf Hainchen im Siegenischen durch Kauf an sich gebracht, von denen sie ebenfalls keine Rittersteuer mehr entrichtete. Dieser Ausfall von Steuern bedeutete für den Kanton eine große Einbuße, und da er noch weitere Verluste befürchten mußte, so entschloß er sich zu einem Vergleich mit Nassau-Oranien.<sup>14</sup> Deshalb wurden 1785 bis 1787 die in den oranischen Privatlanden befindlichen Adelsgüter hinsichtlich ihrer Größe und Lage in vier Klassen abgeteilt. Die Güter der ersten und zweiten Klasse sollten, soweit sie in abge sondertem Bezirke lagen, von der landesherrlichen Gerichtsbarkeit und von allen landesherrlichen Abgaben und Steuern, falls sie nicht besonders hergebracht waren, gänzlich befreit sein. Die Güter der dritten und vierten Klasse aber sollten der landesherrlichen Gerichtsbarkeit unterworfen und zur Entrichtung von Steuern und Lasten verpflichtet sein. Zum Abschluß kam der Vergleich nicht; der Krieg verhinderte die Reichsritterschaft, ihre eigene Niederlage zu unterzeichnen. Auch die 1802 von Burg Friedberg gegebene Anregung,<sup>22</sup> die Vergleichsverhandlungen zum Abschluß zu bringen, führte trotz der Zustimmung des Prinzen von Oranien zu keinem Ergebnis. Daß der Kanton überhaupt nochmals die Frage aufwarf, zeigt, wie wenig er noch in diesem Lande zu verlieren hatte.

Aehnlich war der Stand in den übrigen westerwäldischen Fürstentümern und Grafschaften. Hier war 1803 fast kein ritterschaftliches Gebiet mehr vorhanden. In den altweilburgischen Landen waren ebenfalls wie in Nassau-Oranien viele Besitzungen von der Landesherrschaft angekauft worden und die wenigen übrigen ritterschaftlichen Gebiete in den Besitz von Bürgerlichen übergegangen, die meist keine Rittersteuern mehr entrichteten.

Einen etwas besseren Stand hatte die mittelrheinische Reichsritterschaft in den altusingischen Landen. Abgesehen von den Dörfern Kettenbach und Hausen, die als Gemeinschaft lange Zeit hindurch der Zankapfel zwischen Nassau und den verschiedenen adligen Familien, zuletzt der von Galen, gebildet hatten, die aber Nassau-Usingen 1777 nebst dem von Galenschen Dorf

Daisbach eigentümlich erwarb und nicht als reichsritterschaftliche Gebiete anerkennen wollte, wurde in diesem Fürstentum den ritterschaftlichen Besitzern bei der Entrichtung der Rittersteuer kein Hindernis in den Weg gelegt. Die Landesherrschaft entrichtete sogar von den in eigenen Besitz übergegangenen ritterschaftlichen Gütern die Rittersteuer weiter. Das gleiche war der Fall bei dem 1773 zurückerworbenen ritterschaftlichen Dorf Falkenstein. Nach dem Aussterben des Geschlechts der Grafen von Nüring<sup>23</sup> gegen Ende des 12. Jahrhunderts war der Ort an die Herrn von Bolanden und Falkenstein gekommen, die unter anderen zahlreichen Besitzungen in der Gegend auch die Dörfer Niederhofheim, Osterspai und Niederhöchstadt besaßen.<sup>24</sup> Letzterer Ort kam später an die Kronberger und nach deren Aussterben 1704 mit Kronberg und Eschborn an das Kurfürstentum Mainz; jedoch blieben die Orte dem mittelhheinischen Kanton steuerbar. Falkenstein, Niederhofheim und Osterspai fielen 1386 an Nassau-Weilburg,<sup>25</sup> das diese Dörfer verschiedenen Geschlechtern zu Lehen auftrug. Wie die Herrschaft Wildenburg in der Mitte des 16. Jahrhunderts von dem Hause Hatzfeld zur mittelhheinischen Reichsritterschaft geschlagen wurde, so geschah dies wahrscheinlich auch mit Niederhofheim durch die Familie von Praunheim und ebenso mit Heddernheim durch dieselbe Familie, welch letzteres Lehen später an die Freiherren von Riedt überging. Nach dem Aussterben dieses Geschlechts im Mannesstamm zog die Mainzer Dompropstei das Lehen als erledigtes Mannlehen ein.<sup>26</sup> Den Freiherren von Breidbach als Nachkommen der Erbtochter wurde die Immunität ihrer Güter von allen Abgaben von Mainz zuerkannt. — Von 1635 bis 1793 trugen die von Waldenburg Osterspai zu Lehen, und unter ihnen kam dieses Dorf zur Reichsritterschaft.<sup>25</sup> Falkenstein und Niederhofheim waren kurz nacheinander um 1700 an die Familie von Bettendorf gekommen, die 1773 ausstarb. Das Kunkellehen Niederhofheim wurde der Gräfin von Coudenhove zugesprochen, während Nassau das Mannlehen Falkenstein, wie bereits erwähnt, als erledigt einzog.

Das 18. Jahrhundert war für die Reichsritterschaft eine Zeit des äußeren Glanzes und der inneren Verarmung. Seit der Mitte dieses Jahrhunderts wurde der Freiherrentitel auch ohne besondere Verleihung jedem Reichsritter zuerkannt.<sup>27</sup> Aber ihre mittelalterlichen Besitzungen paßten nicht in die moderne Zeit, wo jedes Territorium das Bestreben hatte, sich abzurunden und zu zentralisieren. Dies war für die Reichsritterschaft wegen der vielen zerstreuten Gebiete unmöglich. Infolge der französischen Revolution vom Jahre 1789 verlor der zur freien Reichsritterschaft zählende Adel im unteren Elsaß seine ihm bis dahin verbliebenen politischen Rechte. Als im Frieden von Lüneville vom Jahre 1801 das linke Rheinufer an Frankreich kam, verloren auch die Kantone Ober- und Niederrhein ihre Selbständigkeit. Nur

der mittelhheinische Kanton erhielt sich neben dem fränkischen und schwäbischen Kreis bis zum endgültigen Untergang der Korporation.

Was das staatsrechtliche Verhältnis des Reichsritters zu seinen Untertanen, zur Genossenschaft, zum Kaiser und den Reichsständen betrifft, so zählten zunächst diejenigen Gebiete, die bei der Errichtung der Reichsmatrikel 1521 im Besitze der Reichsritterschaft waren, zur unmittelbaren freien Reichsritterschaft.<sup>28</sup> Sie mußten bei dem Kanton immatrikuliert sein und zur Rittertruhe steuern. Auch diejenigen Güter wurden dazu gerechnet, deren Inhaber vor dieser Zeit von einem Reichsstande damit belehnt und also dessen Untertanen waren. Erfolgte eine Belehnung nach dieser Zeit, so zählte das Gut zum reichsständischen Territorium. Wie jedoch das reichsritterschaftliche Staatsrecht manche Unklarheiten aufweist, so zeigen sich oft auch hier Ausnahmen von dieser Regel. Die ritterschaftlichen Güter konnten entweder Allod oder Lehen sein.<sup>29</sup> Bisweilen waren die Reichsritter im Besitz von beiden. Bei dem Aussterben eines Geschlechts wurde der Besitz durch die verschiedene Erbfolge in Allod und Lehen oft auseinander gerissen. Um dies zu vermeiden, trugen viele Reichsritter ihr Eigentum einem Reichsstand zu Lehen auf, was aber wieder zur Folge hatte, daß der Reichsstand beim Heimfalle des Lehens dies meist nicht weiter vergab, sondern seinen Kameralgütern einverleibte. Wenn nun auch dadurch die Beisteuer des Gutes zur Rittertruhe nicht aufgehoben werden durfte, so ergaben sich doch mannigfache Schwierigkeiten, wodurch der Kanton Einbuße erlitt. Deshalb erging von kaiserlicher Seite der Befehl, den Auftrag von Lehen möglichst zu vermeiden. Bei nicht inkorporierten Reichsständen konnte nämlich das ritterschaftliche Einstandsrecht nicht zur Geltung kommen, was zur Folge hatte, daß diese Gebiete der ritterschaftlichen Genossenschaft allmählich entfremdet wurden. Was die Zollfreiheit der Reichsritter betrifft, so wurde diese von den Reichsständen immer bestritten. Beide Teile konnten sich auf kaiserliche Privilegien betreffs dieses Punktes stützen. Ein derartiger Zwist wurde, wie fast die meisten Streitigkeiten, durch einen Vergleich beigelegt. Ueber Reichsritter, die in landesfürstlichen Gebieten wohnten, beanspruchten die Reichsstände die Zivilgerichtsbarkeit,<sup>30</sup> während die Reichsritter sich von den Ritterdirektorien und Reichsgerichten abhängig erklärten. Ebenso beanspruchten die Reichsstände die Ausübung von Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit über die ritterschaftlichen Untertanen in den landesfürstlichen Gebieten.

Die ritterschaftlichen Besitzungen konnten bestehen in ganzen Herrschaften, in Städten, Dörfern, Höfen, Schlössern und Grundstücken. Im Kanton Mittelrhein waren geschlossene Territorien verhältnismäßig selten. Der ritterschaftliche Besitz bestand hier meist in zerstreuten Gütern, was wohl an der langsamen Ent-

wicklung und der teilweise so spät erlangten Reichsunmittelbarkeit lag. In den geschlossenen geistlichen und weltlichen Territorien war die Ausbildung von größeren Herrschaften unmöglich. Diese konnten sich meist nur an den Grenzen dieser Staaten oder in reichsständischen Gemeinschaftsherrschaften entwickeln. Während die Reichsritter des schwäbischen und fränkischen Kreises, die nur eigene Güter usw. hatten, als sogenannte Personalisten steuerfrei waren, zählten die des rheinischen Kreises unter die Realisten<sup>31</sup> und waren zur Steuer verpflichtet. Besitzer von ritterschaftlichen Gütern konnten Reichsstände, Adelige, Bürgerliche, Stifter usw. sein. Bei den inkorporierten Reichsständen, bei den nicht inkorporierten Adeligen und bei den Bürgerlichen stand der Reichsritterschaft das Einstandsrecht zu, d. h. die Reichsritterschaft konnte die Güter innerhalb einer Frist von drei Jahren wieder einlösen. Um die kleinen Gebiete durch Teilung nicht ganz lebensunfähig zu machen, hatte sich schon früh die Primogenitur fast allgemein eingestellt. Der Erstgeborene hatte den Nachgeborenen eine Apanage zu gewähren. Letztere fanden vielfach in Domstiften ein Unterkommen, oder sie traten bei einem Fürsten in Dienst. Für die Töchter bestanden sogenannte Fräuleinsstifte. In einigen Territorien war jedoch auch die Gemeinschaftsherrschaft üblich.

Der Reichsritter, der das Recht der Erbhuldigung hatte,<sup>32</sup> besaß auf seinem Territorium landesherrliche Gewalt, die sich von der Landeshoheit der Fürsten oft wenig unterschied. Begrenzt wurde diese Landesherrschaft durch die Rechte des Kaisers und die der Genossenschaft. Die Grundlage der landesherrlichen Verfassung bildeten die Privilegien des Kaisers. Teils wurden diese der ganzen Korporation, teils den Kreisen oder Kantonen, teils auch einzelnen Reichsrittern gewährt. Daraus ergab sich, daß die landesherrlichen Rechte in den einzelnen Territorien sehr verschieden waren, und innerhalb einer Herrschaft hatte fast jeder Ort wieder seine besonderen Eigentümlichkeiten. Die Landesherrschaft war sodann noch oft durch die Ausübung einzelner Rechte durch Reichsstände oder andere Ritter nach den verschiedensten Seiten hin beschränkt. Von den Hoheitsrechten waren das Besteuerungsrecht und das *ius armorum* an die Genossenschaft abgetreten worden. Auch war den Ortsdirektorien von der Reichsritterschaft die Gerichtsbarkeit über ihre Mitglieder eingeräumt worden, die im rheinischen Ritterkreise tatsächlich zur Anwendung gelangt war. Wenn ein Reichsritter von Personen höheren oder gleichen Standes belanget wurde, war das Ortsdirektorium als erste Instanz allein gültig. Personen niederen Standes konnten jedoch auch bei den Reichsgerichten Klage einreichen.<sup>33</sup> Wie es so den Untertanen erlaubt war, sich gegen ungerechte Behandlung von seiten des Reichsritters zu beschweren, so hatte dieser hinwiederum das Recht, gegen ungehor-



same Untertanen einzuschreiten, indem er im Notfalle die Hilfe benachbarter Reichsstände anrufen durfte.

Dem Kaiser kamen außer den Charitativsubsidiën, die aber immer als freiwillige Abgaben angesehen wurden, die Territorial- und Fiskalgefälle<sup>34</sup> des den Mitgliedern der Reichsritterschaft gehörenden Territoriums zu, während die Gefälle der Güter der ritterschaftlichen Untertanen eine Einnahmequelle der Ortsherrschaft war. Da diese Einkünfte aber nicht ausreichten, wurde eine Grund- und Gebäudesteuer, die sogenannte Bede,<sup>35</sup> erhoben, die sich aus einer freiwilligen Leistung zu einer gewohnheitsmäßigen Abgabe ausbildete. Diese wie auch die vorerwähnten Gefälle durften weder erhöht noch vermindert werden, auch wenn eine Notlage nicht vorhanden war. Diese Steuer wurde alljährlich erhoben, weshalb sie auch Jahresbede hieß. Die Reichsritter nannten sie Kameralgefälle oder Privatsteuer. Zur Beseitigung von unvorhergesehenen Beschwerden konnte zwischen dem Reichsritter und den Untertanen eine Notbede verabredet werden.

Wie durch Geldbeiträge zum Reiche, besonders durch den gemeinen Pfennig, die Reichsstände sich veranlaßt gesehen hatten, eine Landsteuer einzuführen, so sah sich die Reichsritterschaft gezwungen, Rittersteuern zu erheben. Im Kanton Mittelhessen war zuerst keine bestimmte Steuer festgesetzt;<sup>36</sup> jeder steuerte so viel bei, wie er es seinem Vermögen angemessen hielt. Auch wurde der Beitrag nur erhoben, wenn eine besondere Ursache vorlag. Da die Gewissenhaftigkeit bei diesen Zahlungen nicht allzu groß war und der Kanton dabei schlecht abschnitt, so taxierte man 1587 das Vermögen der einzelnen Reichsritter im allgemeinen und bildete hieraus eine bestimmte Steueranlage; die hiernach für jeden festgesetzten Steuern waren zur erlegen, sobald sie ausgeschrieben wurden. Bald wurden sie jährlich verlangt. Bei besonderen Gelegenheiten wurden nebenbei noch außerordentliche Steuern eingezogen, die die ordentlichen meist weit überstiegen. Der 1587 festgesetzte Steuerfuß blieb mit einigen Abänderungen, die durch Berichtigungen entstanden, bis 1806 bestehen. Nur die Anlagen wurden durch Konventsbeschluß vom Jahre 1784 um ein Drittel erhöht. Seit dieser Zeit steuerten die Mitglieder und Untertanen mit 16 Prozent, die Besitzer von ritterschaftlichen Gütern aber mit 24 Prozent. Da es an einem Verzeichnis der steuerbaren Gegenstände mangelte und man deren richtigen Wert und Ertrag nicht kannte, so waren bereits 1694 die Mitglieder und Besitzer aufgefordert worden, ein genaues Verzeichnis einzusenden. Da man dieser Anweisung nicht nachkam, so wurde sie 1788 erneuert. Bis 1806 wurde jedoch die Berichtigung der Güteranschlätze nur über den größeren Teil der Wetterau und des Rheingaus und über einige Güter im Einrich vollzogen. Für die rückständigen Steuern mußten zufolge Konventsbeschlusses vom Jahre 1788 jährlich 5 Prozent Verzugszinsen bezahlt werden, worauf streng gehalten wurde. Jedoch



war das Ritterdirektorium ermächtigt, die Rückstände ganz oder zum Teil zu erlassen. Jeden nicht ganz offenbar verlorenen Posten samt dessen immer wachsenden Steuerrückständen ließ die Ritterschaft gewissenhaft in ihren Rechnungen nachführen und wahrte sich hierdurch ihre Rechte und ihr Ansehen.

Die Einziehung der Steuern für die Genossenschaft überließ der Reichsritter, falls er nur einen Ort besaß, meist dem Schultheißen; hatte er mehrere Dörfer in Besitz, so war eine Oberaufsicht nötig.

Die Untertanen zerfielen in Freie und Leibeigene. Der Religion nach konnten sie den drei christlichen Konfessionen angehören. In den überwiegend evangelischen Orten stand dem evangelischen Reichsritter sowohl als auch dem katholischen das Reformationsrecht zu, was im Westfälischen Frieden festgesetzt worden war. Dieses ius reformandi bezog sich auch auf Lehnsgüter. In den katholischen Dörfern hatten die geistlichen Fürsten die geistlichen Rechte inne. Auch das Recht der Konsenserteilung stand dem Reichsritter zu. Besonders galt dies in Bezug auf die Juden, die einen derartigen Erwerbstrieb bezeugten, daß der Kaiser den Reichsrittern ein Privileg erteilen mußte, dahin lautend, daß jeder ohne ritterliche Genehmigung geschlossene Kontrakt eines Juden mit einem Untertanen keine Gültigkeit besitzen sollte.

Den zahlreichen Rechten, die den Reichsrittern zustanden, entsprachen meist nicht die Pflichten gegenüber den Untertanen. Da für deren Wohl wenig geschah, so trat bei ihnen eine große Verarmung ein. Die Felder wurden nur schlecht bewirtschaftet und meist nur mit Hacke und Spaten bearbeitet. Pferde gab es deshalb in den wenigsten Ortschaften. Dagegen wurden viele Kühe gezogen und in manchen Dörfern auch Schafe. Die Häuser und Stallungen waren klein und oft in schlechtem Zustande. Die Gebiete selbst waren zu klein, als daß sie hätten rentabel sein können. Die Reichsritter verwalteten sie daher in den wenigsten Fällen selbst, da sie wegen ihrer eigenen Armut Dienst bei den Fürsten nehmen mußten. Infolgedessen wurde die Gerichtsbarkeit schlecht ausgeübt, wodurch wiederum diese kleinen Territorien beliebte Schlupfwinkel für allerlei Gesindel bildeten. Dieser Umstand trug das Seine dazu bei, die Reichsstände zur Besitznahme der reichsritterschaftlichen Gebiete zu veranlassen.

## I. Hauptteil.

### *Der Reichsdeputationshauptschluß und die Stellungnahme Nassaus in der reichsritterschaftlichen Angelegenheit in den Jahren 1803—1806.*

Am 25. September 1800 schlossen unter preußischer Vermittlung die Fürsten von Nassau walramischer Linie mit Frankreich einen Vertrag, wodurch sie aus der Reihe der gegen Frankreich

Krieg führenden Mächte ausschieden.<sup>37</sup> Vorangegangen waren der Fürst von Isenburg und der Landgraf von Hessen-Homburg; es folgten die übrigen wetterauischen Grafen und die Fürsten von Wied-Neuwied und Wied-Runkel. 1801 wurde von den noch kämpfenden Staaten der Friede von Luneville geschlossen, durch den das linke Rheinufer an Frankreich kam. Die hierdurch geschädigten Staaten sollten auf der rechten Rheinseite Entschädigungen erhalten, zu welchem Zwecke eine Reichsdeputation von acht Reichsständen in Regensburg zusammentrat. Frankreichs Bestreben war es, den Großmächten Oesterreich und Preußen gegenüber eine Gruppe von kleinen Staaten entwicklungsfähig zu machen, und es benutzte seinen ganzen Einfluß, seinen Plan durchzuführen, indem es für die Säkularisation der geistlichen Fürstentümer und Gebiete energisch eintrat. Die zweite Macht, die über Deutschlands Geschick entschied, war Rußland. Zwischen beiden Staaten wurde bald eine Vereinbarung erzielt. Kraft des sogenannten Generalplanes vom 8. Oktober 1802 nahmen die meisten Staaten von den ihnen zugewiesenen Entschädigungslanden noch in demselben Jahre Besitz. Erst am 25. Februar 1803 kam der Reichsdeputationshauptschluß zustande, der die bereits erfolgte Besetzung rechtskräftig machte.

In § 12 dieses Beschlusses wurden die Erwerbungen des Hauses Nassau aufgezählt.<sup>38</sup> das damals in drei Linien bestand: Nassau-Usingen, Nassau-Weilburg und Nassau-Oranien. Während der Prinz von Oranien dem Nassau-Diezer Ast der ottoischen Linie entstammte, waren die Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg Abkömmlinge der walramischen, speziell der nassau-saarbrückischen Linie. Beide Hauptlinien hatten sich durch den am 13. Juni 1783 errichteten Erbverein enger zusammengeschlossen.<sup>39</sup> Der Reichsdeputationshauptschluß räumte nun dem Gesamthaus das Privileg *de non appellando* ein, demzufolge 1804 in Hadamar ein Oberappellationsgericht eingerichtet wurde.

Nassau-Usingen besaß zu jener Zeit auf der rechten Rheinseite die Aemter Usingen, Wehen und Burgschwalbach, das Kirchspiel Kettenbach mit den von der Reichsritterschaft beanspruchten Dörfern Daisbach, Kettenbach und Hausen, die Oberämter Idstein mit dem später dem Amte Kronberg zugeteilten ritterschaftlichen Dorf Falkenstein und Wiesbaden und je einen Anteil an den Aemtern Nassau und Kirberg und am Dorfe Hasselbach. Der Sitz der Regierung befand sich in Wiesbaden, die Residenz in Biebrich. Für die verlorenen linksrheinischen Besitzungen erhielt es als Entschädigung die kurmainzischen Oberämter und Aemter Oberlahnstein, Rüdesheim, Eltville, Kastel mit den Besitzungen des Domkanitels Hochheim und Flörsheim, die domronsteiischen Dörfer Eddersheim und Heddernheim,<sup>40</sup> ferner die Aemter Königstein, Höchst, Kronberg mit den ritterschaftlichen Orten Kronberg, Eschborn und Niederhöchstadt und

das Amt Oberursel, das pfälzische Unteramt Kaub, die kölnischen Ämter Linz, Königswinter, Deutz und Schönstein, die Unterherrschaft Lahr und die Herrlichkeit Vilich, die hessischen Ämter Katzenelnbogen, Braubach und Eppstein (Wallau), die Reichsdörfer Soden und Sulzbach, verschiedene andere Dörfer, die bis 1803 zur Rittertrube steuerbaren Kapitel und Abteien Sankt Georg in Limburg, Rommersdorf bei Neuwied und Bleidenstadt<sup>41</sup> und alle Kapitel, Abteien und Klöster in den Entschädigungslanden, die Grafschaft Sayn-Altenkirchen und die hessendarmstädtischen Anteile an der Vogtei Ems und dem Amte Kleeberg.

Nassau-Weilburg besaß die Stadtschultheißerei und das kombinierte Amt Weilburg, die Ämter Atzbach, Reichelsheim und Miehlen, die Grafschaft Sayn-Hachenburg und Anteile am Grund Seel- und Burbach und am Amt Kleeberg. Es erhielt die Abteien Schönau, Marienstadt und Arnstein mit den von der Reichsritterschaft beanspruchten Orten Winden, Weinähr und Seelbach und den rechtsrheinischen Besitz des Kurfürstentums Trier einschließlich des trierischen Anteils an den Ämtern Kamberg und Wehrheim und an den Dörfern Mensfelden, Eisenbach und Hasselbach. Zu den zwei Regierungen zu Weilburg und Hachenburg kam die von Ehrenbreitstein für die trierischen Ämter neu hinzu.

Das Fürstentum Nassau-Oranien bestand aus den Fürstentümern Diez, Hadamar, Dillenburg und Siegen einschließlich der Herrschaft Beilstein. 1803 besaß Oranien an Gemeinschaften mit Usingen die Ämter Kirberg und Nassau und die Vogtei Ems und mit Weilburg die Ämter Kamberg und Wehrheim, den Grund Seel- und Burbach und die Dörfer Mensfelden und Eisenbach.<sup>42</sup> Am 23. Mai 1802 war in Paris ein Vertrag geschlossen worden, in dem Prinz Wilhelm von Oranien endgültig auf die Statthalterschaft in den Niederlanden verzichtete.<sup>43</sup> Als Entschädigung erhielt er unter anderem folgende im preussisch-französischen Geheimvertrage vom Jahre 1796 angegebenen Gebiete: das Bistum Fulda mit dem im Rheingau gelegenen Schloß Johannisberg und das Stift Dietkirchen. Am 29. August 1802 trat Prinz Wilhelm alle diese Entschädigungsgebiete an seinen Sohn, den Erbprinzen Wilhelm Friedrich, ab, der den Titel eines souveränen Fürsten von Nassau-Fulda annahm. Wilhelm behielt für sich nur die oranischen Stammlande. Seine Residenz hatte er seit Ende 1801 in Oranienstein bei Diez, während der Sitz der Regierung sich in Dillenburg befand.

Am 18. Dezember 1802 nahm Fürst Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg die ihm im Generalplan zugewiesenen Lande in Besitz. Da in den altnassauischen Gebieten keine Landstände bestanden, die kurtrierischen Gebiete aber eine landständische Verfassung hatten, wurde diese zur Erlangung einer gleichmäßigen Verwaltung am 6. Februar 1804 aufgehoben. Die Zivilbesitznahme von seiten Nassau-Usingens erfolgte schon früher, und der 2. Dezember 1802 war als Huldigungstag bestimmt.<sup>44</sup>

Aus Anlaß der bald eintretenden Verwicklungen schlossen sich die Fürsten der beiden walramischen Linien, Friedrich August, der an Stelle seines verstorbenen Bruders Karl Wilhelm am 17. Mai 1803 die Regierung in Nassau-Usingen antrat, und Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg, enger zusammen und nahmen am 9. Februar 1804 gleichlautende Titel an. Auch versuchten sie 1805, allerdings vergeblich, vom Reichsoberhaupt die Zustimmung zur Erhebung der fürstlichen Lande zu einer Markgrafschaft oder einem Herzogtum zu erlangen. Erst 1806 fand die Vereinigung der beiden Fürstentümer zum Herzogtum Nassau statt.

Mit der im Reichsdeputationshauptschluß festgesetzten Säkularisation der geistlichen Besitzungen (mit Ausnahme des neu gebildeten Fürstentums des Kurerzkanzlers) und Mediatisierung der meisten Reichsstädte und sämtlicher Reichsdörfer waren dem Kaiser fast alle ihm bis dahin noch im Reiche verbliebenen letzten Stützen genommen worden, was, wenn auch nicht die formelle, so doch die wirkliche Auflösung des alten Reichs bedeutete. Oesterreichs Einfluß auf dasselbe war dadurch vernichtet. Als sich daher Napoleon im Mai 1804 zum erblichen Kaiser der Franzosen proklamieren ließ und einen immer größeren Einfluß auf die deutschen Staaten gewann, nahm Franz II. unter Beibehaltung des deutschen Kaisertitels im August 1804 als Franz I. den eines erblichen Kaisers von Oesterreich an. Dies kam einem Verzicht auf das Reich beinahe gleich. Mehr und mehr zog sich jetzt Oesterreich von den deutschen Angelegenheiten zurück. Die rechtlose Besetzung Hannovers durch Napoleon im Jahre 1803 und der dritte Koalitionskrieg, in dem drei süddeutsche Staaten auf der Seite des Korsen gegen Oesterreich fochten, sollten bald zeigen, daß dieser die Stelle des deutschen Kaisers einzunehmen sich anschickte. Der Reichsdeputationshauptschluß bedeutete den Anfang einer neuen Zeit insofern, als der Einfluß Frankreichs und seines Imperators auf die deutschen Verhältnisse seitdem immer größer wurde. Er war das Vorspiel der Ereignisse von 1806, der Beginn des Napoleonischen Zeitalters.

Wie im Großen, so begann auch im Kleinen die Achtung vor Kaiser und Reich und der Begriff von Recht und Gerechtigkeit zu schwinden. War durch die im Reichsdeputationshauptschluß verfügte Säkularisation für die Reichsritterschaft und besonders die katholischen Mitglieder derselben ein großer Schaden entstanden, so hatte sie doch andererseits für den Verlust Anweisungen auf die Zukunft erhalten. Vor allem aber: die rechtsrheinischen Besitzungen der Reichsritterschaft waren, wie die des Deutschen- und Johanniter-Ordens, von der allgemeinen Aufteilung verschont geblieben. Jedoch war ihr Dasein, wie das des alten Reiches, nur noch ein Scheindasein. Dieselben Kräfte, die die Auflösung des Reiches bewirkten, führten auch die Auflösung der Reichsritterschaft herbei. Diese, mit die treueste Anhängerin



und Verteidigerin des Kaisertums, war nun der Willkür der Fürsten machtlos preisgegeben, deren nächster Angriff ihr galt. Zwar entging sie damals dem so sicher scheinenden Untergang dank dem Eintreten ihres alten kaiserlichen Bundesgenossen, der sich noch einmal seines deutschen Beruts erinnerte; aber ihr Ende nahte mit dem des alten Reiches.

Die reichsritterschaftlichen Gebiete, die durch die Säkularisation meist mitten in den fürstlichen Territorien lagen, hemmten deren einheitliche Entwicklung und wurden von ihnen schon lange als lästige Fremdkörper angesehen. Der Sturm gegen die Reichsritterschaft brach in Bayern los, dessen Kurfürst am 9. Oktob. 1803 in einem Patente erklärte,<sup>45</sup> den reichsritterschaftlichen Adel in sein ursprünglich landsässiges Verhältnis zurückführen zu wollen. Bald hatte diese Bewegung fast sämtliche interessierten Staaten ergriffen. Hierbei kam es sogar in einzelnen Fällen zur Verletzung von anderen reichsständischen Gebieten und zu Zusammenstößen zwischen verschiedenen Staaten. Als einer der ersten folgte der Fürst von Nassau-Fulda dem bayerischen Beispiele.<sup>46</sup> Er erließ am 29. November 1803 ein Patent, in dem er anordnete, daß die von den Reichsrittern bisher von ihren Gerichtsuntergebenen eingezogenen Steuern zukünftig als Landessteuer im Namen des Fürsten zu erheben seien. Mit derselben Ankündigung ließ Hessen-Darmstadt vorläufig durch offene Briefe die ritterschaftlichen Gebiete in Besitz nehmen. Die meisten kleinen Staaten gingen nicht so schroff vor; als Grund der provisorischen Besetzung gaben sie die Sicherung gegen andere Reichsstände an. In folgender Reihenfolge wurden die Besitzergreifungserlasse verschiedener Staaten veröffentlicht; das kurhessische Patent datierte vom 6. Dezember 1803, das hessendarmstädtische vom 9., das isenburgische vom 14., das leiningische vom 16. und das des hohenloheschen Gesamthuses vom 26. Dezember desselben Jahres.<sup>47</sup>

Durch das Vorgehen der beiden Hessen gegen die Reichsritterschaft sah sich das Haus Nassau-Saarbrücken in eine unangenehme Lage versetzt. Sehr viele reichsritterschaftliche Familien waren infolge von Lehen, die besonders in der Wetterau und am Vogelsberg lagen, altnassauische Vasallen.<sup>48</sup> Diese nassauischen Lehen liefen jetzt Gefahr, von Hessen wegen ihrer reichsritterschaftlichen Eigenschaft besetzt zu werden. Da bis zum 20. Dezember die hessischen Patente bereits an den Höfen verschiedener Familien angeschlagen worden waren, so forderte Fürst Friedrich August von Nassau-Usingen in einem Erlaß alle Reichsritter, die von Nassau Lehen hatten, auf, ihren Lehnspflichten weiterhin nachzukommen, auf die Erhaltung des nassauischen Eigentums und ihrer Lehen Bedacht zu nehmen, gegen eine etwaige Besitzergreifung zu protestieren und diese dem Fürsten sofort anzuzeigen. Der in dem Erlaß zugesicherte lehnherrliche Schutz aber blieb aus, trotzdem verschiedene Va-



sallen ihn erbat. Nassau-Usingen hatte sich ebenfalls entschlossen, gegen die Reichsritterschaft einzuschreiten. Veranlaßt durch das Vorgehen der beiden Hessen, die am 15. Dezember mit der Besitznahme der ritterschaftlichen Orte in der Wetterau begonnen hatten, hatte Fürst Friedrich August bereits am 16. Dezember ein Schreiben an die Aemter erlassen, in dem diese aufgefordert wurden, auf das hessische Vorgehen genau zu achten, etwaige Besitzergreifungen sofort zu melden und die reichsritterschaftlichen Besitzer zu warnen, während der Krisis Rittersteuern nach Friedberg abzuführen.<sup>21</sup> Gleichzeitig aber sollten die Aemter Verzeichnisse der ritterschaftlichen Besitzungen ein-senden. Diesem Erlasse folgte am 20. des Monats die nochmalige Weisung an die Reichsritter, vorläufig keine Rittersteuer zu entrichten, da sie diese im Falle der Auflösung der Korporation sonst nochmals zu zahlen hätten. Weitere Maßnahmen hielt Nassau-Usingen vorerst nicht für ratsam. Die gegen die Reichsritter unternommenen Schritte teilte es Nassau-Weilburg mit, dessen Fürst in den Erlassen vom 17. und 24. Dezember ebenfalls den Reichsrittern die Nichtentrichtung der Rittersteuer empfahl.<sup>40</sup>

Inzwischen liefen weitere Berichte von den Aemtern über das hessische Vorgehen ein.<sup>49</sup> Am 10. Dezember hatte der Amtmann von Friedberg auf Befehl das hessen-darmstädtische Patent in der Burg Friedberg angeheftet und den Befehl erteilt, daß nichts vorgenommen oder ausbezahlt werden dürfe, es sei denn im Namen des Landgrafen. Sofort aber wurde das Patent wieder heruntergerissen und eine Gegenerklärung angeschlagen. Die Burg wurde gesperrt und in Verteidigungszustand gesetzt. Am folgenden Tag besetzte Kurhessen die ritterschaftlichen Orte Dornassenheim, Beienheim, Melbach und das sogenannte Freigericht, wo vorher darmstädtische Besitzergreifungspatente angeschlagen und alle ritterschaftlichen Gefälle in Beschlag genommen waren.<sup>21</sup> Da Hessen-Darmstadt einen Anschlag Kurhessens auch auf die Burg Friedberg vermutete, so ließ es am 14. Dezember Gießener Militär in die Stadt zur Belagerung der Burg einrücken. Kurhessen aber, das in den besetzten Dörfern eine Besatzung zurückließ, zog seine übrigen Truppen nach den ritterschaftlichen Orten in Buchen, die von dem Fürsten von Nassau-Fulda bereits in Besitz genommen waren, um diese seinerseits zu besetzen. Dabei kam es zu Tötlichkeiten zwischen den fuldaischen und kurhessischen Truppen.<sup>15</sup> Jedoch setzte Kurhessen seine Absicht durch. Auf Ansuchen der Burg Friedberg wurde inzwischen beim Reichskammergericht gegen dieses ein Mandat erkannt und dasselbe aufgefordert, die Freigrafschaft Kaichen sofort zu räumen, welchem Befehle es jedoch nicht nachkam. Die Aussicht für die Erhaltung der Reichsritterschaft schien gering, und vorerst fand sich kein Staat, der für sie eingetreten wäre.

Auch die nassau-walramischen Fürsten entschlossen sich jetzt, aus der bisherigen Reserve herauszutreten. Aus dem planlosen Vorgehen der beiden Hessen, die sich gegenseitig den Raub streitig machten und durch ihre Uneinigkeit anderen Staaten gegenüber zum Nachgeben gezwungen waren, zogen sie ihre Lehren. Sie erkannten, daß es bei dem geringen Umfange ihrer Staaten in dieser Gelegenheit zu keinen Streitigkeiten zwischen den beiden Häusern kommen dürfe, wenn sie ihre Ansprüche anderen Ländern gegenüber behaupten wollten. Nachdem bereits von den Aemtern Verzeichnisse der in ihrem Bezirke gelegenen und daran anstoßenden reichsritterschaftlichen Besitzungen eingefordert worden waren, traten sich deshalb die Staatsminister beider Häuser, Ernst Franz Ludwig Freiherr Marschall von Bieberstein und Hans Christoph Ernst Freiherr von Gagern, in Würges, um über ein gemeinschaftliches Vorgehen zu verhandeln.<sup>46</sup> Um eine doppelte Besetzung der an beide Staaten angrenzenden ritterschaftlichen Gebiete zu vermeiden, wurde die Lahn als Grenze bestimmt. Es wurde festgesetzt, daß Weilburg die Gebiete nördlich, Usingen die südlich der Lahn zu besetzen habe. Ausgenommen sollte Osterspai sein, das Weilburg besetzen wollte. Damit jedem das gemeinsame Handeln der beiden Fürsten gleich ins Auge fiel, wurde beschlossen, möglichst gleichlautende Patente zu veröffentlichen. Marschall hatte eine Fassung des Wortlautes derselben zu den Verhandlungen mitgebracht, von der Gagern ihm am 30. Dezember mitteilen konnte, daß sie vom Fürsten von Nassau-Weilburg mit Abänderung weniger Worte angenommen worden sei. Zu einem gemeinsamen Patente kam es aber diesmal noch nicht.<sup>47</sup> Die Erlasse hatten eine bedeutend mildere Fassung als die des Fürsten von Nassau-Fulda und des Landgrafen von Hessen. Infolge des Vorgehens anderer Reichsstände seien, so hieß es darin, viele oberherrliche Rechte Nassaus beeinträchtigt worden. Deshalb schreite man zur Besetzung derjenigen reichsritterschaftlichen Besitzungen, die in einem Lehnverhältnisse zu Nassau ständen oder die von ihm eingeschlossen würden oder so daran stießen, daß kein anderer Reichsstand größeren Anspruch darauf erheben könne. Die provisorische Besetzung habe nur den Zweck, die ritterschaftlichen Gebiete gegen andere Stände zu sichern. Die Landeshoheit aber werde erst beansprucht werden, wenn die Auflösung der Reichsritterschaft anerkannt werden sollte.

Am 2. Januar 1804 teilte Marschall Gagern mit, daß sein Fürst das Ergebnis der Verhandlungen zu Würges genehmigt habe. Nassau-Usingen war zur Besetzung bereit. Diese sollte am folgenden Tage, der wahrscheinlich auch in Würges verabredet worden war, vor sich gehen. Die Wiesbadener Regierung hatte rasch gearbeitet. Am 16. Dezember 1803 war die Regierungskanzlei Altenkirchen zum Bericht aufgefodert worden, ob Wildenburg reichsritterschaftlich sei.<sup>48</sup> An demselben Tage

wurde anlässlich des hessischen Vorgehens von sämtlichen Aemtern die Einsendung von Verzeichnissen der ritterschaftlichen Besitzungen verlangt. Am 20. Dezember erfolgte dieser Befehl nochmals nebenbei, als den Aemtern die Weisung zuing, den Reichsrittern die Nichtabführung der Rittersteuern nach Friedberg anzuempfehlen. Pünktlich liefen die Berichte ein. Die ehemals kurkölnischen Gebiete, die Aemter Kastel, Kaub und Kleeberg und die Oberschultheißerei Sulzbach hatten keine ritterschaftlichen Güter. Dagegen verzeichneten die meisten anderen Aemter beträchtliche ritterschaftliche Besitzungen. Von der Kanzlei Altenkirchen wurde, wie von den kölnischen Aemtern, gemeldet, daß der Adel landsässig sei; nur bei einigen Gütern sei es zweifelhaft, ob sie reichsritterschaftlich seien oder nicht. Auch die anderen Aemter hatten in der kurzen Zeit nicht überall Klarheit schaffen können. Ueber die Herrschaft Wildenburg hatte Marschall inzwischen Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß sie Rittersteuern zahle.

Am Sonntag, den 1. Januar 1804, ließ die Regierung zu Wiesbaden ihre Befehle an die Aemter ergehen. Jedem Amte wurde die nötige Anzahl Patente mit der Weisung zugeschickt, diese an allen im Amtsbezirke liegenden reichsritterschaftlichen Hofgütern zu befestigen und den Eigentümern oder Pächtern mitzuteilen, daß sie der Anheftung der Patente nichts in den Weg legen und diese nachher nicht abnehmen sollten. Sie hätten diese vielmehr zu schützen und zu melden, wenn sie unerlaubter Weise entfernt würden. Weiter sei bei Vermeidung doppelter Zahlung die Entrichtung der Steuern an die Ritterkasse zu unterlassen. Den vollziehenden Beamten wurde befohlen, alle diejenigen ritterschaftlichen Güter bei der Anheftung der Patente zu übergehen, die der Fürst von Nassau-Usingen in der Eigenschaft von Domänen oder auf sonstige Art eigentümlich besaß. Auch an denjenigen Höfen und Gütern sei kein Patent anzuheften, deren Unmittelbarkeit bisher bestritten worden oder sonstwie zweifelhaft sei, damit für die Betreffenden kein Vorteil daraus entspringen könne. Ueber die Besitznahme sei ein Protokoll zu führen; ebenso wurden Berichte eingefordert.

Besondere Befehle ergingen ans Oberamt Wiesbaden, das angewiesen wurde, vor allem den Lindentaler Hof bei Kloppenheim, der im Besitze von Kurhessen war, mit einem Patente zu versehen, dem Pächter die Bewachung desselben aufs schärfste anzubefehlen und ihn anzuweisen, sofort beim Oberamte zu melden, wenn irgend jemand etwas dagegen vorzunehmen scheine. Es kam hier die Erbitterung gegen Hessen zum Ausdruck, das die Interessen Nassaus in der Wetterau usw. sehr geschädigt hatte. An den Amtmann Bender von Hofheim erging der Befehl, in Niederhofheim ein Patent anzuheften; zu seiner Unterstützung werde am 3. Januar morgens 10 Uhr ein Kommando in Stärke von einem Unteroffizier und drei Mann vom

v. Schöfferschen Bataillon aus Kastel dort eintreffen, das vorläufig zum Schutz der Patente in Niederhofheim bleiben sollte. Es sei den Einwohnern mitzuteilen, daß das Kommando für sich selbst zu sorgen und ihnen nicht zur Last zu fallen angewiesen sei. Derselbe Befehl erging an Major v. Schäffer. Auch hatte dieser ein Kommando von einem Unteroffizier und drei Mann nach Katzenelnbogen zu schicken, wo es am 3. Januar morgens 10 Uhr vom Amtmann Lautz aus Kirberg weitere Anweisungen erhalten sollte. Dieses Kommando war zur Besitzergreifung des Dorfes Wasenbach bestimmt. Ferner hatte Major v. Schäffer den kommandierenden Offizier von Kronberg anzuweisen, eine Abteilung von einem Unteroffizier und mehreren Mannschaften für den 3. Januar zur Verfügung des Justizrats Brückner bereit zu halten, der die Besitzergreifung der Herrschaft Reifenberg vorzunehmen hatte. Langsdorf hatte nämlich am 1. Januar aus Idstein der Regierung eine Nachricht des Pfarrers von Oberroth zugehen lassen, in der mitgeteilt wurde, daß die Reifenberger eine Besitzergreifung von seiten Hessen-Kassels befürchtete. Das Amt Braubach wurde benachrichtigt, daß Osterspai von Nassau-Weilburg in Besitz genommen werde; jedoch habe das Amt zwei an es angrenzende Höfe des Grafen von der Leyen zu besetzen, falls dies nicht von Weilburg geschehe. Drohe Gefahr von kurhessischer Seite, so sei auf jeden Hof ein Soldat von der Garnison Marxburg zu legen. Das Amt Oberlahnstein hatte die Orte Frücht, Schweighausen, Nievern und Miellen zu besetzen. Major Hill auf der Marxburg erhielt den Befehl, ein starkes Kommando zur Verfügung zu stellen. Falls er nicht genug Leute zur Hand habe, so sei vom Hauptmann v. Scherer zu Bendorf Verstärkung zu erbitten. In jedem Dorfe sollten zwei Mann zum Schutze der Patente verbleiben. Schließlich erhielt der Amtmann Leonhardi zu Freusburg die Weisung, sich zu dem in der Herrschaft Schönstein stehenden Offizier zu begeben, um unter dessen Schutz in Wildenburg einzurücken. Das Kommando habe vorläufig daselbst zu bleiben. Dieselbe Weisung erging an Hauptmann Felix zu Wissen. Der Bote, der die Befehle zur Besetzung der Herrschaft Wildenburg zu überbringen hatte, wurde am 2. Januar über Weilburg, wo er Gagern über das beabsichtigte Vorgehen Nassau-Usingens in Wildenburg näher unterrichten sollte, nach Freusburg geschickt.

So war denn alles Nötige angeordnet. Am 3. Januar erfolgte fast allgemein die Anheftung der fürstlichen Patente durch die Amtmänner. Ruhig verlief die Besetzung des v. Boosischen Orts Wasenbach und die Anheftung der Patente an den beiden von der Leyenschen Höfe bei Braubach. Da das Amt Braubach aber eine Besetzung durch Kurhessen befürchtete, ließ es auf jedem Hofe einen Mann zum Schutze der Patente zurück. Planmäßig verlief auch die Anheftung der Patente in den Amtsbezirken Kronberg, Eppstein, Wehen, Höchst und Königstein. In verschiedenen



anderen Aemtern waren theils keine ritterschaftlichen Besitzungen, theils war deren reichsritterschaftliche Eigenschaft umstritten. Lagen Güter ohne Gebäude in einem Bezirke, so waren den Besitzern Patente und Weisungen zugeschiedt worden. Niederhofheim wurde befehlsgemäß besetzt, die Gemeinde auf das Rathaus berufen und ihr unter Paradierung des Kommandos das Patent erklärt und die nötige Weisung erteilt. Im Rüdesheimer Amtsbezirke wurde von den Beamten der Familien v. Metternich, v. Ingelheim, v. Ostein und v. Sickingen eine Protestation in gewöhnlicher Abfassung gegen die Anheftung der Patente eingeschickt. Im Amt Eltville protestierte der Graf v. Eltz feierlich, welchem Proteste sich der Verwalter des Kertelischen, früher v. Langwerthschen Hauses anschloß. Ebenfalls wurden unter Protest des Steinschen Beamten im Amt Nassau die Patente an den freiherrlichen Gütern angeschlagen. Am 3. Januar wurden die reichsritterschaftlichen Besitzungen im Amt Oberlahnstein, die in einem Hause des Freiherrn vom und zum Stein bestanden, während die reichsritterschaftliche Eigenschaft anderer Güter zweifelhaft war, vom Amtmann Beisler in provisorischen Besitz genommen. Zur Besetzung von Schweighausen und Frücht kam es aber erst am 4.<sup>52</sup> und der Herrschaft Nievern am 5. Januar. Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, diese Dörfer, die infolge ihrer geschlossenen Lage einen mächtigen Komplex bildeten, hätten den Befehl erhalten, sich einer Besetzung zur Wehr zu setzen. Deshalb forderte der Amtmann von Major Hill zwanzig Mann für Dienstag morgen an. Dieser konnte jedoch infolge der Abgabe von Mannschaften an Braubach keine Leute stellen. Da aber eine Besetzung Schweighausens durch die Hessen von Nastätten aus zu befürchten war, wurden dem Amtmanne von Braubach vier Mann von der Festungsgarnison geschickt, um den Hessen zuvorkommen. Weitere vier Mann wurden ihm zugesagt. Sofort schrieb er an Hauptmann v. Scherer nach Bendorf und bat ihn um Zustellung von zehn bis zwölf Mann für Mittwoch vormittag. Diese trafen nach einem beschwerlichen Nachtmarsch auch glücklich ein. An den Gerüchten war natürlich kein wahres Wort gewesen. Schweighausen wurde um 11 Uhr vormittags und Frücht um 3 Uhr nachmittags ohne Störung besetzt. Am 5. morgens erfolgte die Besetzung von Nievern und Miellen, der Höfe Molbertskopf und Hühnerberg und des Bergwerksgebäudes Lindenbach. Es wurden in die Dörfer je zwei Mann und auf den Hühnerberger Hof ein Mann als Besetzung gelegt. Nach der Besetzung der Herrschaft Nievern überreichte der nassau-oranische Justizrat Rath dem Amtmann ein Protestschreiben. Stärkere Wirkung als alle diese Proteste hatte eine Beschwerdeschrift des Steinschen Beamten Wieler vom 4. Januar. Beisler hatte nämlich einen Fehler begangen. Er hatte nicht nur die Abführung der Rittersteuern nach Friedberg, sondern auch die Abgaben, die dem Freiherrn vom



Stein als Grundherrn zustanden, bei Gefahr des Ersatzes untersagt. Dies überschritt seine Amtsbefugnisse. Wenn nun Beisler auch sofort einen Tadel erhielt und den betreffenden Orten bekannt geben mußte, daß er einen Irrtum begangen habe, wenn auch die Regierung Wieler selbst gleich über das Mißverständnis aufklärte, so konnte doch die Folge dieses Fehlgriffes nicht mehr aufgehoben werden. Am 13. Januar schrieb der Freiherr vom Stein jenen denkwürdigen Brief an Fürst Friedrich August, der allgemein bekannt wurde und am Reichskammergericht in Wetzlar und im Reichstag zu Regensburg zirkulierte.<sup>53</sup> Stein verurteilt darin aufs schärfste die widerrechtliche Besetzung der ihm gehörenden beiden Dörfer durch Nassau-Usingen. Mit der im Patent verkündeten Absicht des Fürsten, diese Gebiete gegen andere Stände zu sichern, stehe, schreibt er, die Entziehung seines Eigentums durch die Anordnung des fürstlichen Beamten in grellem Widerspruch, lasse aber die wahre Gesinnung des Fürsten erkennen. Falls die ritterschaftlichen Territorien zu Gunsten der kleinen Staaten aufgehoben würden, so gewinne Deutschlands Unabhängigkeit und Selbständigkeit wenig. Dies könne nur durch die Vereinigung der Kleinstaaten mit Oesterreich und Preußen erreicht werden. Hier entwickelt Stein zum ersten Mal öffentlich sein politisches Glaubensbekenntnis, das er später zu vertreten noch so oft Gelegenheit haben sollte. Seinen Widerwillen gegen die Einverleibung der ritterschaftlichen Gebiete in die Kleinstaaten und seine Meinung von dem geringen Nutzen, den dieser Vorgang für Gesamtdeutschland haben werde, begründet Stein mit dem Hinweis auf die würdelose, eigennützige und verräterische Haltung so vieler dieser kleinen Regenten. In den letzten Kriegen sei das Blut des deutschen Adels geflossen, die Fürsten aber hätten sich, mit Ausnahme des Herzogs von Braunschweig, aller Teilnahme entzogen. Während jener sich also für das Vaterland aufgeopfert habe, hätten diese durch unwürdiges Benehmen ihre Staaten zu erhalten gesucht. Die Vergrößerung dieser Gebiete werde Deutschland nicht zum Segen gereichen. Und wieder zurückkommend auf die Beweggründe, die der Fürst betreffs der Besitzergreifung in seinem Patente angegeben hatte, erklärt Stein, daß diese auf seine Gebiete nicht zuträfen, da letztere mitten im Fürstentum lägen und die Möglichkeit einer Besetzung durch andere Fürsten wegfalle. Im übrigen sei Nassau-Usingen nicht die maßgebende Behörde, seine Dörfer zu sichern. Schutz erwarte er allein von den Reichsgesetzen und vom Kaiser. Der Fürst verspreche in seinem Patente, mit Billigkeit gegen die Reichsritter zu verfahren und sie zu stützen; er aber wolle einen Zustand, der sich auf Gesetz und Verfassung gründe. Daß der Fürst im übrigen sein Versprechen nicht halten könne, beweise die Tatsache, daß der Adel in kleinen Staaten ein kümmerliches Dasein friste. Falls daher die Reichsritterschaft gegen Gesetz und Ordnung aufgelöst werde, so verzichte er darauf, einem

Lande anzugehören, das ihn seiner Unabhängigkeit beraubt habe. Sei es schon schwer, auf die angestammte Scholle zu verzichten, so sei ein solches Opfer für ihn noch härter, wenn er es, wie in diesem Falle, keinem großen und edlen Zwecke bringe, sondern um der gesetzlosen Uebermacht zu entgehen. Mit dem Hinweis auf das Walten einer strafenden Gerechtigkeit in der Geschichte schließt Stein seinen wirkungsvollen Brief.

Durch sein Vorgehen machte sich der Freiherr öffentlich zum Anwalt der bedrohten Reichsritterschaft; denn dieses Schreiben war nicht nur für den Fürsten, sondern auch für die Oeffentlichkeit bestimmt. Er wies Freund und Gegner auf die Reichsgesetze und auf den Kaiser als den Schützer des Rechts hin. Stein ist hier ganz Partei und deckt mit seiner ganzen Leidenschaft die Schwächen und Gebrechen der Kleinstaaterei auf, wozu ihm das Verhalten der Fürsten in den letzten Jahren genügend Stoff bot. Dieses Verhalten der Regenten der Mittel- und Kleinstaaten, mit einer Ausnahme, galt ihm als verwerflich; wollten sie sich doch fast alle auf Kosten seines Standes bereichern. Ist somit Steins Zorn nur zu erklärlich, so ist andererseits das Verhalten Nassau-Usingens auch verständlich. Durch das Vorgehen der größeren Mittelstaaten waren die Nachbarn nacheinander mit in den Strudel fortgerissen worden. Da ein Machtspruch des Reichsoberhauptes nicht erfolgt war, hatten sich die kleineren Staaten bedroht gefühlt; keiner traute dem anderen; jeder wollte zuvorkommen, um sich bei einer eventuellen Aufteilung der Reichsritterschaft einen Teil der Beute zu sichern. Nassau-Usingen war als einer der letzten Staaten vorgegangen. Allerdings wurden jetzt alle ritterschaftlichen Besitzungen mit Beschlag belegt. Entgegen der Behauptung Steins muß festgestellt werden, das Frücht und Schweighausen nicht mitten im Fürstentum Nassau-Usingen lagen, sondern teils an die kurhessische Niedergrafschaft Katzenelnbogen, teils an das mit Oranien gemeinsam verwaltete Amt Nassau, einschließlich der Vogtei Ems, gränzten. Mit Hessen standen die Walramer auf gespanntem Fuß, und auch mit Oranien herrschte kein ganz einträchtiges Verhältnis. Ihnen galt es zuvorzukommen. Da zudem das eigenmächtige Verbot des fürstlichen Beamten sofort wieder rückgängig gemacht worden war, so übte der Brief keine Wirkung auf das Verhalten Nassau-Usingens aus. Auf Anraten Marschalls und des Kollegiums ließ Friedrich August das Schreiben unbeantwortet.

In der Herrschaft Reifenberg ging am 3. Januar die Besitznahme von Arnoldschain, Schmitten und Selenberg vor sich, während die von Ober- und Niederreifenberg durch die Bevölkering verhindert wurde.<sup>15</sup> Der Beamte des Grafen von Waldbott-Bassenheim ließ die usingischen Patente in den ersten drei Orten jedoch wieder abnehmen und Patente des Grafen anheften. Daraufhin nahm am 5. Januar eine stärkere nassauische Abtheilung von der ganzen Herrschaft Besitz. Die Bassenheimschen

Gegenpatente wurden entfernt und die nassauischen wieder angeheftet. Der Graf, der sich als Ritterhauptmann immer noch in der Burg Friedberg verteidigte, schickte hinwiederum ein in heftigen Worten abgefaßtes Protestschreiben an den Fürsten, in dem er angab, daß nicht alle besetzten Orte reichsritterschaftlich seien und er infolge seiner Reichsstandschaft ebenfalls zur Besetzung befugt sei. Nassau-Usingen räumte daraufhin die drei nichtritterschaftlichen Orte wieder.

Inzwischen hatte die Regierungskanzlei Altenkirchen durch ihre Aemter endgültig erfahren, daß außer der angrenzenden Herrschaft Wildenburg keine reichsritterschaftlichen Besitzungen im Bezirke der Aemter gelegen seien. Alle Güter wurden als landsässig behandelt. Wildenburg war, mit Ausnahme einiger Höfe, die von Nassau-Dillenburg und der Abtei Deutz lehnabhängig waren, ein Lehen des Saynschen Gesamthauses. Die Besitzer der Herrschaft erkannten jedoch diese Lehnsabhängigkeit nicht an, sondern beanspruchten Wildenburg als freies Eigentum. Am 7. Januar 1804 nahm Amtmann Leonhardi aus Freusburg die Besitznahme vor. Die Patente wurden aber wieder abgerissen, so daß Usingen mehr Militär aus den kölnischen Aemtern in die Herrschaft schicken mußte. Dies geschah am 11. Januar. Hauptmann Felix besetzte mit einem zusammengesetzten Kommando Birken, Friesenhagen und Schloß Wildenburg. In Friesenhagen hatten sich verschiedene Förster mit Waffen und etwa zweihundert Bauern, mit Stöcken bewaffnet, zusammengeschart, um die Besetzung zu verhindern; jedoch der Haufe verließ sich, als die Soldaten luden. Ebenso ging es auf Schloß Wildenburg. Die Leute waren nämlich durch eine Proklamation des Fürsten von Hatzfeld zur Verteidigung aufgefordert worden. Da man sich der Besitzergreifung nicht widersetzen konnte, so erschwerte man den Soldaten den Aufenthalt nach Möglichkeit. Die Aufnahme derselben in den Häusern wurde verweigert, so daß sie in den Wirtshäusern untergebracht werden mußten. Alle Lebensmittel mußten teuer bezahlt werden. Aehnlich ging es in den übrigen besetzten Territorien; in manchen Orten wurde den Soldaten sogar das Holz zum Kochen verweigert. Da die Kommandos alles aus eigener Tasche bezahlen mußten, wurde ihnen am 13. Januar eine Extrazulage aus der Staatskasse bewilligt.

So waren denn von Nassau-Usingen alle von den Aemtern als reichsritterschaftlich angegebenen Herrschaften, Dörfer, Höfe, Güter usw. provisorisch in Besitz genommen worden.<sup>54</sup> Die Besitzergreifung der im Nassau-Weilburgerischen gelegenen reichsritterschaftlichen Gebiete erfolgte durch die dortigen Regierungen in verschiedener Weise. Bereits am 6. bzw. 8. Februar 1803, also kurz nach der Besitzergreifung der säkularisierten Gebiete, ersand an die Regierung zu Ehrenbreitstein die Weisung, unaufällig Erkundigung einzuziehen über die im Bezirke liegenden oder daran angrenzenden Besitzungen des Deutschen- und des Mal-

teserordens und der Reichsritterschaft und darüber Verzeichnisse einzusenden. Jedoch wurde dieser Befehl von der Regierung zu Ehrenbreitstein nicht beachtet, so daß ihr am 9. Dezember ein Tadel wegen der Verzögerung zuing. Es wurde jetzt die Einsendung der Verzeichnisse innerhalb acht Tage verlangt, die unter dem 15. Dezember erfolgte. Die Verzeichnisse aber waren so unvollständig, daß sie wieder zurückgeschickt werden mußten. Die endgültige Vorlage, die nur die ritterschaftlichen Gebiete enthielt, wurde erst unter dem 4. Februar 1804 eingesandt.<sup>55</sup> So mußte man denn bei der Besitzergreifung die unvollständigen Verzeichnisse vom 15. Dezember 1803 als Grundlage benutzen. Infolge unbekannter Verzögerung erging erst am 1. Januar 1804 an die Regierung zu Ehrenbreitstein der Befehl, die Patente drucken zu lassen, so daß die provisorische Besitzergreifung erst am 5. Januar erfolgen konnte. Für Weilburg kamen nur Osterspai und die ritterschaftlichen Gebiete in den vormals trierischen Landen in Betracht. In Steinfurt war Hessen-Darmstadt zuvorgekommen, und Dornassenheim, das an das Amt Reichelsheim grenzte, hatte bereits eine kurhessische Besatzung. In den altweilburgischen Landen, einschließlich der Grafschaft Sayn-Hachenburg, die überhaupt keine reichsritterschaftlichen Gebiete zu verzeichnen hatte, war die Anheftung der Patente von keiner Bedeutung, da sich mit Ausnahme von vier Huben zu Reichelsheim, die dem Freiherrn v. Diede zu Ziegenberg gehörten, keine reichsritterschaftlichen Besitzungen mehr in den Händen von Reichsrittern befanden. Hier geschah weiter nichts, als daß am 17. und 24. Dezember 1803 den Reichsrittern der Rat erteilt wurde, vorläufig keine Rittersteuern nach Friedberg zu entrichten.<sup>57</sup> Am 1. Januar 1804 ergingen die näheren Anweisungen an die Regierung zu Thal-Ehrenbreitstein. Die Anheftung der Patente habe, so hieß es darin, durch die Beamten zu erfolgen und zwar in den angrenzenden Orten, mit denen der Anfang zu machen sei, unter militärischer Bedeckung. Die Besetzung solle sich auf alle ritterschaftlichen Besitzungen erstrecken, die von anderer Seite noch nicht besetzt worden seien. Die sonstigen Anweisungen waren den von usingischer Seite erlassenen Befehlen gleichlautend. Besondere Verfügungen ergingen durch die Regierung an die Aemter Wellmich, das die provisorische Besitzergreifung von Osterspai vornehmen sollte, Montabaur, das ein Patent an dem Turme des Schlosses zu Molsberg, und Hammerstein, das die Patente im Kirchspiele Maischeid anschlagen sollte. Es wurden außer beträchtlichen Gütern und den von der Regierung angegebenen Gebieten provisorisch in Besitz genommen: das Dorf Fachbach, in dem das Patent gerade angeheftet wurde, als die Nassau-Weimber die auf dem anderen Ufer der Lahn gelegenen Orte der Herrschaft Nievern besetzten, die v. Wredesche Herrschaft Müllenhach mit dem Rittergute gleichen Namens und den Dörfern Arenberg und Immendorf, das zur Metternichschen



Herrschaft Sporkenburg gehörige Hofgut auf der Dienster Heide und die Sporkentaler Mühle daselbst, die v. Schulersche Burg bei Weltersburg, das v. Mariothsche Schloß Langenau, die zum Oraniensteinischen Hof gehörigen Wiesen zu Görgeshausen und die zwei gräflich Leyenschen Hofhäuser Büchelborn. Wegen der Besitzergreifung der meisten soeben angeführten Gebiete kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Nassau-Weilburg und den Besitzern oder anderen Reichsständen, die ebenfalls ein Anrecht darauf zu haben glaubten. Der bedenklichste Konflikt wurde durch die Anheftung der Patente im Kirchspiele Maischeid hervorgerufen, da der Walderdorfsche Teil nicht zur Reichsritterschaft gehörte, sondern wie der wied-runkelsche eine souveräne Besitzung war. Ein weiterer Streit entstand mit Leiningen-Westerburg wegen der ritterschaftlichen Besitzungen des Grafen v. Walderdorf und v. Schulers bei dem gräflich leiningisch-westerburgischen Flecken Weltersburg. Auf den beiden Höfen Büchelborn wurden trotz des Protestes der usingischen Soldaten weilburgische Patente neben den usingischen angeschlagen. Eine Bewachung der Patente in den von Weilburg in Besitz genommenen ritterschaftlichen Gütern und Orten fand nicht statt. Daher wurden diese auch an manchen Stellen wieder abgerissen. Eine Gegenrevolution in kleinem Stil inszenierten die Osterspaier. Sie entfernten das weilburgische Patent und zogen in der Stärke von zehn Mann auf die Büchelborner Höfe. Die usingischen Soldaten verhinderten die Entfernung der usingischen Patente, ließen aber die der Weilburger Erlasse ruhig geschehen. Gagern hatte die Bewachung der Patente nicht angeordnet, weil er glaubte, daß man dadurch gegen Stärkere doch nichts ausrichten könne; ihm kam es nur darauf an, daß sein Fürst den urkundlichen Beweis, diese Gebiete zuerst besetzt zu haben, in Händen habe.

Anders dachte Marschall. Seine Ansicht war die, daß sich auch der Stärkere besinne, wenn der Schwächere Widerstand leiste. Da fast alle anderen Reichsstände nach denselben Grundsätzen wie Nassau-Usingen gehandelt hatten, so entschloß dieses sich, den Hessen gegen etwaige Schädigung seiner Interessen energisch entgegenzutreten, und Weilburg fügte sich dem usingischen Vorhaben, indem es ihm seine militärische Unterstützung nicht versagte. Die Wiesbadener Regierung hatte bereits am 5. Januar in Erfahrung gebracht, daß Kurhessen schon vor einigen Tagen in Kronberg Erkundigungen über die reichsritterschaftliche Eigenschaft dieser Stadt eingezogen habe. Es wurde daraus auf einen geplanten Anschlag Kurhessens gegen diese Stadt von dem hanausischen Dorfe Steinbach aus geschlossen und sofort ein Bataillon mit dem Befehle in diese Gegend geschickt, jeder Verletzung des nassauischen Gebietes militärischen Widerstand entgegenzusetzen. Zugleich wurden die Aemter Eppstein, Hofheim, Höchst, Oberursel, Königstein und Kronberg ange-



wiesen, den Landesausschuß ihres Bezirks mobil zu machen und bereit zu halten, um dem Militär im Notfalle tatkräftige Hilfe zu leisten.<sup>51</sup> So brachte z. B. das Amt Höchst hundertzweiundsechzig Mann mit achtunddreißig Gewehren zusammen; ebenso stellte Hofheim einhundertvier Mann auf. Auch hier zeigte sich ein Mangel an Gewehren, da diese während des letzten Krieges an die Franzosen hatten abgegeben werden müssen. Am 7. Januar erhielt Marschall die Nachricht, daß die Herrschaft Kransberg von Hessen-Darmstadt besetzt worden sei.<sup>46</sup> Ibells Erkundigungen ergaben aber, daß dem nicht so war. Die Einwohner jedoch befürchteten eine hessische oder nassauische Besetzung. Ibell berichtete an Gagern, daß er sofort nach Wiesbaden eilen werde, um sich zu erkundigen, ob diese Herrschaft besetzt werden solle. Die Besetzung könne bereits am nächsten Morgen durch das in Usingen liegende Militär erfolgen. Marschall hielt jedoch eine Besitzergreifung nicht für richtig, da Kransberg nicht reichsritterschaftlich war, und sie unterblieb deshalb. Auch befürchtete man einen hessischen Handstreich gegen die Herrschaft Reifenberg. Auf Marschalls Bitte erging von Weilburg aus an das Amt Wehrheim der Befehl, einen hessischen Durchmarsch nicht zuzulassen. In Abwesenheit des weilburgischen Amtmanns wurden von dem oranischen Mitbeamten Pagenstecher die nötigen Maßregeln getroffen, wiewohl er von seiner Regierung keinen Auftrag dazu hatte. Ein Vorgehen Hessens gegen Kronberg gewann an Wahrscheinlichkeit, da sich die beiden hessischen Häuser inzwischen zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen hatten. Gerüchte über blutige Auftritte zwischen hessischen und erzkanzlerischen Truppen und über die angebliche Besitzergreifung des Leiningen zugewiesenen Klosters Ilbenstadt hessischerseits trugen dazu bei, Usingen weitere Vorsichtsmaßnahmen treffen zu lassen. Unter diesen Umständen konnte vorerst an eine Verminderung des militärischen Schutzes nicht gedacht werden. Ein enges Zusammengehen der beiden walramischen Fürsten war jetzt notwendiger denn je. Zur größeren Beschleunigung der Meldungen zwischen den beiden Höfen wurde deshalb eine Kavallerieabteilung nach Idstein gelegt. Unangenehm wurde das vollständige Fehlen von Artillerie empfunden. In Ermangelung von eigenen Geschützen trat Usingen an Weilburg mit der Bitte heran, ihm mit solchen auszuhelfen. An den Artilleriemajor Seitz erging darauf von Weilburg aus der Befehl, mit zwei Vierpfündern und den nötigen Munitionswagen sich nach Limburg zu begeben. Zugleich erhielt die Regierung zu Ehrenbreitstein die Weisung, Vorkehrungen zur Fortschaffung der Artillerie von Limburg aus zu treffen, während ein usingischer Offizier den weiteren Marsch zu leiten hatte. Aber bereits am 15. Januar stellten sich die Gerüchte über ein Gefecht zwischen kurhessischen und erzkanzlerischen Truppen als unwahr heraus. Die Kurhessen, die den Befehl gehabt hatten, keine Tötlichkeiten

zu verüben, hatten die Orte geräumt und das aus Versehen verletzte erzkanzlerische Gebiet verlassen. Ebenso kam die Nachricht, daß die Kurhessen aus Lauterbach abgezogen seien. Eine dringende Gefahr schien für Kronberg nicht mehr zu bestehen, und Marschall ließ deshalb die Artillerie, die bis Idstein gelangt war, wieder ins Weilburgische zurückbefördern.

Allmählich klärte sich die Lage und eine gewisse Ruhe trat ein. Auch in Nassau-Usingen begann man abzurüsten. Die Besetzung hatte viel Geld gekostet. Auf Ansuchen der Militärdeputation vom 21. Januar wurde deshalb das Wildenburger Kommando auf einen Unteroffizier und zehn Mann vermindert.<sup>47</sup> Aus Wasenbach und Niederhofheim war die Besatzung bereits wieder unmittelbar nach der Besitzergreifung zurückgezogen worden, aus ersterem Dorfe deshalb, weil es sich herausgestellt hatte, daß es nicht reichsritterschaftlich war. Am 31. Januar wurden die allgemeinen Aufgebote der Ämter Höchst, Hofheim, Königstein, Eppstein, Oberursel und Kronberg aufgelöst, da man ihrer nicht mehr bedurfte. Im Ernstfalle hätte man auf das Einrücken der aufgebotenen Ausschußkompagnien doch nicht rechnen können. Sehr gut war das Verhalten sämtlicher fürstlichen Beamten gewesen. Auch die Kronberger Kompagnie hatte sich zuverlässig gezeigt. Schlecht war jedoch die Stimmung der Höchster und Hofheimer Untertanen gewesen, deren Verhalten oft an Widerspenstigkeit gegrenzt hatte. Besonders unzufrieden war aber Major v. Schäffer mit den Bürgern der früheren Reichsdörfer Soden und Sulzbach, die sich geweigert hatten, auch nur zum Schein etwas für die usingische Sache zu wagen.

Hatten die einzelnen Reichsritter oder die Burg Friedberg bisher teils in leidenschaftlichen, teils in allgemein gehaltenen Protesten sich an Nassau gewandt, so ergriff jetzt die Korporation als solche energische Vorkehrungen, indem sie in Wien alle Hebel in Bewegung setzte, die Fürsten zur Zurücknahme ihrer eigenmächtigen Maßnahmen zu zwingen. Am 23. Januar 1804 erging von dort aus ein kaiserliches Konservatorium, um die Reichsritter bei den hergebrachten Rechten zu erhalten. Zu Exekutoren waren der Kurerzkanzler, Kursachsen, Kurbaden und das Erzhaus Oesterreich bestimmt. Auch Nassau-Usingen erhielt unterm 28. Januar eine Ermahnung. Ebenso wurde ihm wie Nassau-Fulda, Kurhessen, Hessen-Darmstadt usw. ein Reichshofratskonklusum unterm 1. Februar zugestellt, in dem es aufgefordert wurde, die Reichsritterschaft in dem Umfange wiederherzustellen, in dem sie sich zur Zeit der Zivilbesitznahme befunden habe.

Inzwischen war der Wiesbadener Regierung bekannt geworden, daß Preußen, das für die Auflösung der Reichsritterschaft Stellung nahm, die Angelegenheit zur Beratung vor den Reichstag bringen wolle. Es schien bei der Stellungnahme des französischen Kabinetts zu dem Vorgehen gegen die Reichsritter-

schaft und bei der damaligen Verteilung der Stimmen im Kurfürstenkollegium und im Reichsfürstenrat nicht zweifelhaft, daß das zu erwartende Reichsgutachten gegen die fernere Existenz der Reichsritterschaft ausfallen werde. Preußens Wunsch war es, daß die provisorischen Maßnahmen beibehalten, die Besatzungsabteilungen aber in die Garnisonen zurückgezogen würden. Deshalb entschloß sich Usingen zur Zurückberufung der Kommandos und sandte am 4. Februar an die Aemter Freusburg wegen der Hatzfeldschen Herrschaft Wildenburg, Oberlahnstein wegen der gräflich von der Leyenschen und freiherrlich vom Steinschen Orte,<sup>56</sup> Kronberg wegen der Bassenheimschen Orte und Braubach wegen der beiden Höfe des Grafen von der Leyen dementsprechende Befehle. Jedoch wurde nach dem Vorbilde Kurhessens, das am 17. Januar auch die nur in einem Korporal bestehende Besatzung wieder aus Dornassenheim abberufen hatte, den Beamten und Ortsvorständen durch die Aemter der Schutz der Patente dringend anempfohlen, da die Zurückziehung des Militärs keineswegs die Aufgabe des Besitzes zu bedeuten habe.

Am 13. Februar wurde in Wiesbaden bekannt, Napoleon Bonaparte sei mit Preußen darin einig, daß die Differenzen betreffs der Reichsritterschaft nicht an den Reichsgerichten, sondern auf dem Reichstage ihre Erledigung finden sollten. Doch das Reichskammergericht in Wetzlar arbeitete bis zur endgültigen Regelung in dieser Angelegenheit weiter. Dort war v. Reigersberg Kammerrichter, der als Mitglied der Reichsritterschaft die Interessen seiner Korporation aufs entschiedenste wahrnahm. Selbst durch das Vorgehen Usingens seines winzigen Besitzes beraubt, war er von Haß gegen diesen Staat erfüllt und hatte durch seinen Beamten das an seinem Hause in Mittelheim angeschlagene Patent des öfteren entfernen lassen. Eine Klage des Grafen von der Leyen gegen Nassau bei dem Reichskammergericht wurde deshalb tatkräftig unterstützt. Am 4. Februar wurde Usingen mitgeteilt, daß der Graf gegen es und gegen Weilburg ein Mandat nachgesucht und erhalten habe, und am 20. Februar erfolgte die Verkündung des Urteils. Wenn nun auch dieses Mandat selbst keinen Eindruck auf die Wiesbadener Regierung machte, so veranlaßten doch die zahlreichen Proteste und Klagen der Reichsritter Nassau-Usingen, am 11. Februar durch den Regierungsssekretär Ibell ein Promemoria nach Regensburg zu schicken, das dort gedruckt und der Reichsversammlung vorgelegt werden sollte.

Inzwischen war die von Hessen-Darmstadt am 21. Januar eingenommene Burg Friedberg wieder geräumt worden. Bereits in der ersten Hälfte des Monats März war vom freiherrlich vom Steinschen Beamten an Schweighausen der Befehl zur Einsendung der Rittersteuer ergangen. Deshalb erfolgte von Nassau-Usingen auf eine Anfrage von Oberlahnstein an dieses Amt am 16. März die Anweisung, daß infolge der veränderten Umstände

das Verbot der Rittersteuer als aufgehoben anzusehen sei. Auf einen Bericht des Amtes Eltville hin, daß ein Teil des rheingauschen Adels Schritte zur Erwirkung eines kaiserlichen Exemptions-Mandats wegen noch nicht bewirkter Abnahme der Patente und wegen noch nicht erfolgten Widerrufs des Verbots zur Bezahlung der Rittersteuern zu unternehmen beabsichtige, erging am 6. April an die Aemter der Bethehl, die Patente ohne Aussehen wieder abnehmen zu lassen und die Pächter und Eigentümer zu benachrichtigen, daß das Verbot betreffs Abführung der Rittersteuern vorläufig als aufgehoben zu betrachten sei. Am 7. April wurde den Aemtern Hofheim und Kronberg besonders befohlen, daß auch Niederhofheim und die Bassenheimschen Dörfer hiervon zu benachrichtigen seien. Da die Aemter Braubach und Oberlahnstein wegen der gräflich von der Leyenschen Besitzungen keine besondere Anweisung erhielten, so nahmen sie die Patente nicht ab und teilten den Untertanen die Aufhebung des Verbots betreffs der Rittersteuern nicht mit. Die Regierung erfuhr davon erst in einem Schreiben des Dr. Schlick vom 20. April aus Wetzlar, dem eine zweite Ausfertigung des Leyenschen Mandats beigelegt war, woraufhin das Versäumte sofort nachgeholt wurde.

Bayern hatte inzwischen den alten Zustand scheinbar wieder hergestellt und auf das kaiserliche Konservatorium hin eine Partitionsanzeige eingesandt. Ihm waren Nassau-Fulda, Hohenlohe usw. gefolgt. Von usingischer Seite war jedoch noch nichts geschehen. Deshalb erging an die Regierung zu Wiesbaden am 21. April von Wien aus die Aufforderung, ebenfalls eine solche Anzeige einzuschicken, wozu sich dann die Regierung auch verstand.<sup>58</sup>

So war für das Fürstentum Nassau-Usingen die ritterschaftliche Angelegenheit vorerst erledigt. Anders stand es jedoch mit den meisten übrigen Staaten, die die bisherigen Maßnahmen aufrecht erhielten, und durch deren Verhalten eine weitere Behandlung der reichsritterschaftlichen Sache notwendig wurde. Frankreich verwandte sich für die Aufhebung der Reichsritterschaft zugunsten der Mittelstaaten und hatte bereits anfangs März gegen eine weitere Tätigkeit der Konservatoren Einspruch erhoben.<sup>59</sup> Trotzdem trat die Subdelegationskommission Ende des Monats in Regensburg zusammen und teilte dies am 28. März den in Betracht kommenden Staaten mit. Die Angelegenheit ging jedoch nicht vom Fleck und erhielt für die Reichsritterschaft kein günstiges Aussehen, da in den vorderösterreichischen Gebieten ebenso wie in den anderen Staaten gegen sie vorgegangen wurde. Deshalb ließ das ritterschaftliche Generaldirektorium eine Einladung für den 14. Oktober nach Augsburg an seine Mitglieder ergehen, um über das gemeinsame Verhalten Richtlinien aufzustellen.<sup>40</sup> Es sollten zunächst die aus Wien zurückkommenden ritterschaftlichen Gesandten über die Gesinnung am kaiserlichen



Hofe mündlichen Bericht erstatten. Dann sollten einige Vergleichsprojekte der Korporation oder der einzelnen Kantone mit den Reichsständen erörtert werden. Weiter wollte man Stellung nehmen zu dem Verhalten der vorderösterreichischen Behörden und schließlich durch Vorlage der Kantonverzeichnisse das Ergebnis des seitherigen Geschäfts und dessen verhältnismäßige Verteilung ersehen. Freiherr v. Gagern hatte für die Reichsritterschaft wenig Hoffnung. Selbst Mitglied dieser Korporation, empfand er die Bedrückung seiner Standesgenossen doppelt schwer. Andererseits hatte er im Interesse seines Fürsten das Vorgehen gegen die Reichsritterschaft mitgemacht. Er teilte dem Freiherrn v. Schütz, der nach Augsburg ging, seine Ansicht in dieser Sache mit. Seiner Meinung nach sei es unmöglich, daß die Reichsritterschaft „unmittelbar bleibe und doch nachgebe und transpiriere“. Er halte deshalb einen Vergleich zur Sicherung einer soliden ritterschaftlichen Verfassung weder für rätlich noch für möglich; wohl aber sei ein Vertrag über die Landsässigkeit unter den besten Bedingungen und unter Garantie nicht von der Hand zu weisen, wenn vollständige Erhaltung unter kaiserlichem Schutze unmöglich sei. Manche seien in der Lage, durch die Grafenbank der Mediatisierung noch entgegen zu können. Verträge der einzelnen Kantone mit den in Frage kommenden Fürsten seien nicht zu empfehlen; ein solcher Vertrag müsse im Namen der gesamten Korporation mit allen Ständen geschlossen werden. In dieser Weise habe er sich schon in Frankreich und den kaiserlichen Behörden gegenüber ausgesprochen. Dachten nun auch viele Reichsritter wie Gagern, so entschloß sich doch die Korporation zu weiteren Schritten und wandte sich wegen des schleppenden Ganges der Verhandlungen bei der Konservatorial-Kommission von neuem an den Reichshofrat. Dieser erließ endlich am 26. März 1805 das *rescriptum excitatorium*,<sup>60</sup> in dem festgesetzt wurde, daß der rechtmäßige Zustand erst dann als wiederhergestellt gelten könne, wenn unter anderem auch die eingezogenen Gelder wieder zurückerstattet worden seien. Diesen Bedingungen entsprachen aber Bayern, Württemberg und Nassau-Weilburg nicht, und es wurden deshalb am 1. Juni von der Subdelegations-Kommission an diese Staaten Monitorien erlassen. Nassau-Weilburg war das Schreiben der Subdelegations-Kommission vom 28. März 1804 nicht zugekommen, was in einem Antwortschreiben vom 17. Juli 1805 besonders betont wurde.<sup>60</sup> Ebenso war die Reichsritterschaft von Nassau-Weilburg zu den Kriegskosten nicht herangezogen worden. Jedoch meldet ein Bericht vom 10. Januar 1805, daß wegen des Beitrags der Reichsritterschaft zu den Kriegskosten ein Mandat gegen Weilburg erlassen und die Exekution auf den Kurierzkanzler erkannt worden sei. Dies ging gegen Weilburg als Besitzer der ehemals kurtrierischen Gebiete; denn ein Schreiben an den fürstlich wiedischen Geheimrat und Regierungsdirektor Gärtner zu Neuwied meldet,



daß die mittelhheinische Reichsritterschaft gegen die ehemals kurtrierische Oberlandeskommission ein Mandat erhalten habe, weil die Reichsritter während der letzten Kriege zu Kriegskosten von Trier herangezogen worden seien. Dieses scheint jedoch nur die von der Burg Friedberg zu Kriegskosten nicht aufgeführten Gebiete herangezogen, die geschlossenen Territoiren aber verschont zu haben.<sup>61</sup>

Hatten die kleinen Staaten den alten Zustand annähernd wiederhergestellt, so war dies bei Bayern nur scheinbar, bei Württemberg jedoch gar nicht der Fall. Der nächste Krieg sollte in dieser Angelegenheit Klarheit schaffen. Es hatten sich gegen das mächtig heranwachsende Frankreich England, Rußland, Schweden und Oesterreich zur dritten Koalition zusammengeschlossen. Bayern, Württemberg und Baden aber kämpften auf seiten Frankreichs. Der Friede von Preßburg vom 26. Dezember beendigte den schnell entschiedenen Krieg. Bayern und Württemberg wurden Königreiche. Beide Staaten, sowie Baden, das 1803 die Reichsritterschaft bestehen gelassen hatte, hatten noch während des Krieges mit Napoleons Erlaubnis die Gebiete des Deutschen- und Johanniter-Ordens und der Reichsritterschaft in Besitz genommen. Darüber lief bei der Wiesbadener Regierung ein Bericht v. Golderns vom 2. Dezember aus Offenbach ein, der die Vermutung aussprach, daß Hessen diesem Beispiele bald folgen werde.<sup>62</sup> Ebenso meldete Vigelius unterm 30. November aus Deutz die Beschlagnahme der Güter des Johanniterordens im Bergischen. Marschall setzte sich darauf am 3. Dezember mit Gagern in Verbindung. Er glaubte nicht, daß die mit Preußen verbundenen hessischen Häuser dem gegebenen Beispiele folgen würden, und war der Ansicht, daß zur Zeit ein Vorgehen Nassaus nicht am Platze sei. Dieser Ansicht schloß sich Gagern an.

Die von verschiedenen Seiten von neuem bedrängte Reichsritterschaft zeigte sich jetzt zu Zugeständnissen bereit, die sie in anderer Lage wohl nicht gemacht haben würde. Die von Weilburg 1803 neu erworbenen trierischen Aemter hatten in dem letzten Kriege viel durch Einquartierung französischer Truppen gelitten; außerdem waren Lazarette in Limburg und Ehrenbreitstein errichtet worden. Die Ehrenbreitsteiner Regierung verlangte nun die Beteiligung der im Lande angesessenen Reichsritter an der Aufbringung der Kosten, und das Ritterdirektorium in Friedberg ging darauf ein.<sup>63</sup> Teils zog der Kanton die Gelder von den Mitgliedern ein, um sie der Ehrenbreitsteiner Regierung zuzustellen, teils ließ diese selbst durch ihre Aemter den Beitrag erheben. 144 Gulden liefen beim Ritterdirektorium ein, zu welcher Summe aus der Ritterkasse noch 13 fl. zugeschossen wurden. Am 12. Juli 1806 gingen diese 162 fl. nach Ehrenbreitstein ab. Man wollte durch die Abschlagszahlung seinen guten Willen zeigen, um dadurch den angedrohten Unannehmlichkeiten auszuweichen.

In dieser Zeit nahm Prinz Wilhelm von Oranien in der reichsritterschaftlichen Angelegenheit zunächst eine abwartende Stellung ein. Er war dem usingischen Patente nicht beigetreten; jedoch konnte ihm eine Benachteiligung seiner Interessen nicht gleichgültig sein. Viele reichsritterschaftliche Territorien grenzten zum Teil an das Fürstentum, zum Teil an Gebiete, die er mit Usingen bzw. Weilburg gemeinsam besaß. Die beiden Walramer hatten die Besitznahme vollzogen, ohne sich vorher mit Oranien verständigt zu haben. Trotz dem geschlossenen Erbverein war die Verbindung zwischen den beiden Hauptlinien nur eine lockere gewesen, was nicht erstaunlich war. Während die Oranier nämlich durch Heiraten England und Preußen sehr nahe standen und als ehemalige Generalstatthalter der Niederlande natürliche Gegner Frankreichs waren und jede Annäherung an diesen Staat verabscheuten, waren die Saarbrücker mehr nach Wien orientiert und suchten in Paris durch geschickte Agenten die Stimmung für sich zu beeinflussen. Hinzu kam, daß die Wahrscheinlichkeit einer Beerbung der usingischen Linie durch die weilburgische sehr nahe gerückt war; was die eine erwarb, kam der anderen indirekt zugute. Ein Zusammengehen mit Nassau-Diez mußte daher vorerst nur als nachteilig erscheinen. Diesem Gedanken trat man in Wiesbaden und Weilburg nur näher, wenn von Dillenburg aus darauf aufmerksam gemacht wurde, oder wenn man sich den anderen Staaten gegenüber zu schwach fühlte.

Auf die Nachricht von der usingischen Besitzergreifung der ritterschaftlichen Gebiete richtete bereits am 6. Januar 1804 die Dillenburger Regierung,<sup>46</sup> die durch ihre Beamten über die Vorgänge vorzüglich unterrichtet war, an die zu Wiesbaden ein Schreiben, in dem betont wurde, daß das an die Gemeinschaft Nassau angrenzende Dorf Schweighausen ein vom fürstlichen Gesamthaus abhängiges Lehen sei und diesem deshalb bei eventueller Aufhebung der Reichsritterschaft nicht entzogen werden könne. Ebenso grenzten außer Schweighausen ebenfalls Frücht und Leyensche Orte an das gemeinsame Amt Nassau und an die Vogtei Ems, und Nassau-Oranien habe deshalb auch Anspruch auf diese Dörfer. Solange die Aufhebung der Reichsritterschaft auf verfassungsmäßige Weise nicht erfolgt sei, könne deshalb in Ansehung der Landeshoheit über diese Orte von einem eigentlichen Besitze Usingens nicht die Rede sein, und Oranien könne eine Besetzung jetzt noch mit demselben Rechte veranlassen, als wenn diese gleich vorgenommen worden sei. Die Besetzung von seiten Usingens und Weilburgs könne daher nur zur Aufrechterhaltung der gemeinsamen Ansprüche des Gesamthauses geschehen sein. Die Dillenburger Regierung gab zu verstehen, daß sie auch Patente durch ihren Beamten von Nassau und Ems anheften lassen wolle. Ebenso erging ein Schreiben an Weilburg wegen der Burg Langenau. Obgleich nun auch die Nassau-Saar-

brücker in ihrem Rechte zu sein glaubten, da sie außer mit den gemeinschaftlichen Gebieten auch noch mit Privatlanden an diese ritterschaftlichen Territorien angrenzten, so hatten sie doch das größte Interesse, ein gutes Verhältnis mit Oranien herauszubilden, um den anderen Staaten gegenüber als geschlossener Machtkomplex auftreten zu können. Das Vorgehen der beiden Hessen trug das Seine dazu bei, sie in diesem Vorhaben zu stärken. Am 13. Januar 1804 schickte daher Marschall ein Antwortschreiben vom 12. an die Dillenburgische Regierung zur Einsicht nach Weilburg, wo es Gagerns Genehmigung fand, und von wo es nach Dillenburg geschickt wurde. Man war in diesem Augenblicke zu großen Opfern bereit. Marschall beruhigte durch diesen Brief vom 12. Januar die Dillenburgische Regierung vollkommen, indem er ihr mitteilte, daß eine Benachteiligung Oraniens nicht beabsichtigt sei.<sup>15</sup> Man gehe von dem Grundsatz aus, dessen Interesse genau so zu wahren, wie das der beiden anderen Fürsten. Jedoch suchte man die Angelegenheit der oranischen Besetzung in die Länge zu ziehen. Unmittelbar grenzte Wildenburg an das oranische Fürstentum Siegen. Da infolge der Vorgänge in der dortigen Herrschaft Usingen eine Verstärkung der Besatzungsmannschaften für nötig hielt, diese aber wegen der drohenden Haltung der beiden Hessen aus der Wetterau nicht gut wegnehmen und eine solche auch von Weilburg nicht erhalten konnte, so trat es dem Gedanken einer militärischen Verbindung mit Oranien näher, überließ aber Weilburg wegen der größeren Nähe von Dillenburg die geplanten Verhandlungen. Gagern drückte Marschall gegenüber bereits am 13. Januar seine Bereitwilligkeit aus, mit Dillenburg in Verbindung zu treten, bat aber um einige nähere Angaben, die die Besetzung begründen sollten. Zum besseren Schutze des nassauischen Gebiets plante Marschall noch am 14. Januar die gemeinsame Errichtung einer Schützenkette an den Grenzen vom Main bis zur Sieg. Gagern setzte jedoch in diese Einrichtung ein gewisses Mißtrauen, da der Stand des weilburgischen Militärs nicht so gut war wie der des usingischen, und schlug vor, die Antwort der Dillenburgischen Regierung erst abzuwarten. Bereits am 15. Januar hatte sich die ganze Lage wieder verändert. Eine Gefahr schien für die usingischen Gebiete in der Wetterau von hessischer Seite aus nicht mehr zu bestehen, weshalb Marschall Gagern sofort mitteilte, daß eine Vereinigung mit Oranien und die Ergreifung gemeinsamer Maßnahmen umgangen werden könnten. Da die Pläne der Dillenburgischen Regierung jedoch nicht bekannt waren und Usingen und Weilburg eine Besetzung der an Nassau-Oranien grenzenden Gebiete von oranischer Seite nicht für ausgeschlossen hielten, so ergingen an Hauptmann Felix in der Herrschaft Wildenburg besondere Befehle betreffs Oraniens und Hessen-Darmstadts, das mit dem Herzogtum Westfalen an Wildenburg angrenzte. Hessen-Darmstadt müsse auf alle Fälle an einer Besitzergreifung ge-

hindert werden; einer oranischen Besetzung aber solle er sich nicht widersetzen.<sup>64</sup> Es sollte dadurch der Eindruck hervorgerufen werden, daß die Fürsten des nassauischen Hauses einig seien.

Die Dillenburgische Regierung dachte tatsächlich daran, auch ihrerseits entsprechende Maßregeln zu ergreifen.<sup>15</sup> Durch den Prinzen von Oranien, dem sie den Stand der Dinge nach Berlin mitgeteilt hatte, erhielt sie unterm 20. Januar 1804 den Bescheid, sich mit Usingen gütlich ins Benehmen zu setzen und auch ihrerseits Patente neben den usingischen anzuheften. Diese sollten jedoch nur den Zweck haben, die oranischen Ansprüche gegen jeden Minderbefugten für den Fall aufrecht zu erhalten, daß auf verfassungsmäßigem Wege eine Veränderung in der bisherigen Verfassung der Reichsritterschaft vorgehen würde. Ein gleiches Verfahren sollte wegen Langenau beobachtet werden, wenn die Regierung zu Ehrenbreitstein eine beruhigende Erklärung abgeben würde. Im anderen Falle seinen Patenten, jedoch ohne Zuziehung von Militär, ohne Aufsehen anzuheften. Falls jedoch Weilburg gewaltsamen Widerstand leiste, so habe sich die Regierung mit einer Protestation zu begnügen, weil ein gewaltsames Vorgehen vermieden werden sollte. Da die Regierung zu Ehrenbreitstein noch keine Antwort geschickt hatte und die Wiesbadener Regierung es ablehnte, in dieser Angelegenheit den Vermittler zu spielen, indem sie nur auf das Schreiben Marschalls vom 12. Januar verwies, so erließ die Regierung zu Dillenburg an Justizrat Conradi in Diez den Befehl, sich von Obernhof aus auf Gut Langenau mit einem kaiserlichen Notar und zwei Zeugen zu begeben, um dem Besitzer die Ansprüche Oraniens mitzuteilen und ihm eine Abschrift dieses Auftrages zurückzulassen. Da das weilburgische Patent kurz nach der Anheftung wieder abgerissen worden war, so unterließ die Dillenburgische Regierung ihrerseits die Anheftung eines oranischen Patents und vermied somit allen Schein einer oranischen Besetzung. Am 18. Februar 1804 wurden alle Einzelheiten des Vorganges in einer Notariatsurkunde niedergelegt. Inzwischen waren Schritte zugunsten der Reichsritterschaft unternommen worden. Usingen und Weilburg wurden gezwungen, die ergriffenen Maßnahmen zurückzunehmen und den alten Zustand wieder herzustellen.

Durch das Vorgehen Bayerns, Württembergs und Badens in den Jahren 1805 und 1806 wurde die ritterschaftliche Angelegenheit wieder akut. Die Aufhebung der Reichsritterschaft schien beschlossen zu sein, und die Erledigung dieser Sache war bei den in Paris stattfindenden Unterhandlungen zwischen Preußen und Frankreich zu erwarten. Deshalb hielt es die Dillenburgische Regierung an der Zeit, sich von neuem mit den walramischen Fürstentümern wegen der in den Gemeinschaftslanden liegenden oder an sie angrenzenden reichsritterschaftlichen Besitzungen in Verbindung zu setzen. Unterm 20. Januar 1806 wurde nämlich



von Geheimrat v. Arnoldi an der Fuldaer Regierung dem Geheimrat Schenck an der Dillenburgener Regierung mitgeteilt, daß nach Aussagen des Erbprinzen die Reichsritterschaft wahrscheinlich aufgelöst würde.<sup>14</sup> Die Angelegenheit werde bei den dem Graten Haugwitz aufgetragenen Unterhandlungen mit dem französischen Gouvernment ihre endgültige Erledigung finden. Durch die Verbindungen des Erbprinzen mit dem königlich preußischen Hofe war die günstige Gelegenheit gegeben, die Gerechtsame des nassau-oranischen Hauses betreffs der reichsritterschaftlichen Besitzungen bei den Unterhandlungen zu wahren. Die Fuldaer Regierung bat deshalb auf Befehl des Erbprinzen die Dillenburgener Regierung um Zusendung von Verzeichnissen der reichsritterschaftlichen Güter. Diese konnte bereits am 28. Januar 1806 erfolgen, da die ritterschaftlichen Besitzungen infolge des Prozesses mit dem Kanton Mittelrhein schon längst festgestellt waren. Der ebenfalls unterrichtete Prinz von Oranien erließ daraufhin am 17. Januar an die Dillenburgener Landesregierung ein Schreiben aus Braunschweig, in dem dieser der Befehl zuging, sich mit den agnatischen Regierungen wegen der in Frage kommenden ritterschaftlichen Besitzungen schriftlich oder mündlich in Verbindung zu setzen. Bei den in den oranischen Privatlanden gelegenen ritterschaftlichen Gütern sei im Falle der Auflösung der Korporation nur nötig, die Landeshoheitsrechte durch Anheftung von Patenten und durch das Verbot der Weiterentrichtung der Rittersteuern nach Friedberg zu sichern. Am 18. Februar richtete daher die Dillenburgener Regierung an Gagern und Marschall je ein Schreiben, in dem sie ihre Bereitwilligkeit zu einer Besprechung an einem dritten Orte ausdrückte, falls solches von der anderen Seite gewünscht würde. Folgende Dörfer, über die verhandelt werden müsse, wurden angeführt: Die vormals zum Amte Nassau gehörigen v. Steinschen Dörfer Frücht und Schweighausen, die von der Leyenschen Orte Nievern, Fachbach und Miellen, die an die Vogtei Ems angrenzenden Höfe des Fürsten v. Metternich, die vom gemeinschaftlichen Amte Wehrheim begrenzten ritterschaftlichen Besitzungen des Grafen v. Bassenheim, der ritterschaftliche Anteil des Freiherrn v. Hohenfeld an dem Dorfe Eisenbach und die gräflich v. Hatzfeldschen Besitzungen zu Wildenburg und Krottorf.

Um der Dillenburgener Regierung mit den nötigen Unterlagen entgegentreten zu können, erließ Marschall sofort an die usingischen Aemter den Befehl, zu berichten, an welche Aemter die reichsritterschaftlichen Gebiete grenzten und auf welche Strecke.<sup>62</sup> Ebenso wurden Zeichnungen eingefordert. Dies alles hatte „in aller Stille“ zu erfolgen. Dieselben Maßregeln empfahl Marschall auch Weilburg. Besondere Erkundigungen sollte es einziehen über das von Dillenburg nicht erwähnte Hofgut Langenau und die Herrschaft Sporkenburg, von der man nicht wisse, ob sie in reichsritterschaftlichem Verbande stehe. Die allmählich

einlaufenden Berichte ergaben für die walramischen Fürstentümer ein im allgemeinen zufriedenstellendes Ergebnis. Die strittigen Gebiete grenzten fast alle mit einer größeren Fläche an walramische Privatbesitzungen und nur auf kurze Strecke an die gemeinsamen Aemter; viele waren zudem nassau-saarbrückische Lehen.

So war denn von walramischer Seite alles genau festgestellt, und Marschall schickte daher am 15. April an Geheimrat v. Gürtler in Dillenburg ein Antwortschreiben, in dem er zunächst sein Bedauern ausdrückte, daß die Beantwortung von dessen Schreiben durch die militärische Besetzung der usingischen Lande durch französische Truppen, durch die Rücksprache mit dem fürstlich weilburgischen Hofe und durch die Abreise Gagerns nach Paris so lange verzögert worden sei. Usingen und Weilburg wünschten dringend eine Vereinbarung mit Nassau-Oranien, um künftige Streitigkeiten zu vermeiden. Er, Marschall, sei auch von Weilburg beauftragt, in mündliche Verhandlungen mit v. Gürtler zu treten, der einen Ort für die Zusammenkunft bestimmen solle. Als vorläufige Grundsätze zur leichteren Auseinandersetzung stellte er folgende auf: Die in den gemeinsamen Aemtern liegenden ritterschaftlichen Besitzungen sollten den gemeinschaftlichen Aemtern zufallen. Die angrenzenden Gebiete aber müßten dem Lande zugesprochen werden, von dem sie am meisten eingeschlossen und begrenzt würden. Bei gleicher Angrenzung sei eine gütliche Vereinbarung zu treffen.

Daß es zu einer Zusammenkunft gekommen ist, ist unwahrscheinlich. Inzwischen bereiteten sich nämlich Ereignisse vor, die die reichsritterschaftliche Angelegenheit in den Hintergrund drängten. Prinz Wilhelm von Oranien sollte den traurigen Zusammenbruch des alten Reiches nicht mehr erleben. Er starb am 9. April 1806 in Braunschweig.<sup>65</sup> Sein Sohn Wilhelm Friedrich folgte ihm in der Regierung und vereinigte so, wenn auch nur auf kurze Zeit, die nassau-oranischen Lande mit den 1803 erworbenen Gebieten in einer Hand.

Der Versuch der Fürsten, die Reichsritterschaft zum land-sässigen Adel herabzudrücken, war im allgemeinen gescheitert. Daß diese, deren Gebiete nicht entwicklungsfähig waren, 1803 erhalten wurde, während so viele andere größere und lebensfähigere Territorien säkularisiert und mediatisiert wurden, ist unverständlich. Man hätte sie am besten ebenfalls aufgeteilt, und es wäre wohl niemand für ihre Erhaltung ernstlich eingetreten. Nachdem sie aber im Reichsdeputationshauptschluß als zu Recht bestehend anerkannt worden war, muß man das Vorgehen der Reichsstände gegen sie als ein ungesetzliches und rechtloses Verfahren bezeichnen. Die Fürsten bewirkten durch ihr willkürliches Vorgehen, daß mehr und mehr Stimmen zugunsten der mit dem Untergange Bedrohten laut wurden. Gestützt auf diese in weiten Kreisen herrschende Stimmung ging die Reichsritterschaft nun

ihrerseits bald zum Gegenangriffe vor. Der Brief des Freiherrn vom Stein stand nicht vereinzelt da; viele derartige Schreiben haben den Fürsten in derber und offener Sprache ihr allen Gesetzen Hohn sprechendes Verfahren vor Augen geführt. Die alt-ehrwürdigen Einrichtungen des Reichskammergerichts und des kaiserlichen Reichshofrats wirkten noch einmal zugunsten der Reichsritterschaft mit dem Ergebnis, daß diese wieder hergestellt wurde. Die Fürsten der kleineren Staaten mochten teilweise mit dieser Wendung der Dinge nicht unzufrieden sein. Wurde es doch manchem unter ihnen beklommen vor der Ländergier des mächtigeren Nachbarn. Die Unsicherheit wuchs, und das Verhältnis mancher Staaten zueinander wurde derart gespannt, daß ein kriegerischer Konflikt bisweilen nicht ausgeschlossen schien.

Das Patent des Fürsten von Nassau-Fulda kündete der Reichsritterschaft offen den Untergang an. Diese herrische Sprache konnte sich wohl ein großer Mittelstaat erlauben; seinem Kleinstaate hingegen gereichte das schroffe, unüberlegte und voreilige Vorgehen nur zum Schaden, und er sah sich gezwungen, die angekündigten und verhängten Maßnahmen wieder zurückzunehmen. Zudem entrissen ihm die benachbarten Staaten zum großen Teil seine Beute. Anders die Nassau-Saarbrücker. Schon die Patente zeigten eine kluge Mäßigung, und ihr ganzes Verhalten gründete sich auf reifliche Ueberlegung. Bereits hier tritt uns das geschickte Auftreten der beiden Minister Marschall und Gagern entgegen, dem auch in den folgenden Jahren der massauische Staat seine nicht unbeträchtliche Gebietserweiterung und nach dem Ende der Rheinbundzeit sein Weiterbestehen verdankte. Am weitesten ging Nassau-Usingen, das die gefährdeten Gebiete durch Militär besetzen ließ und selbst vor Gewalt nicht zurückschreckte. Trotzdem zog es sich geschickt wieder aus der Schlinge, als die Reaktion einsetzte, indem es sich entsprechend dem Inhalte des Patenten von Etappe zu Etappe zurückzog. Ein derartiger Rückzug blieb Nassau-Weilburg erspart; denn die unbeschützten Patente waren an den meisten Stellen von unbefugten Händen bereits entfernt worden. Das trotz dem Zusammengehen der beiden Walramer erfolgte verschiedenartige Vorgehen erklärt sich leicht aus der Stellung der beiden Minister zur Reichsritterschaft. Marschall verfocht nur das dynastische Interesse; Gagern wurde dagegen in seiner Eigenschaft als Reichsritter zu milderem Auftreten veranlaßt. Aber das erstrebte Ziel war in beiden Fällen dasselbe. War das Verhalten des Fürsten von Nassau-Fulda offen und aufs Ziel losschießend und das der Nassau-Saarbrücker klug und diplomatisch, so war das des Prinzen von Nassau-Oranien würdig und charakterfest. Er, der selbst Stellung und Besitz in den Niederlanden verloren hatte, hielt sich zunächst fern und knüpfte erst Verhandlungen mit Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg an, als diese die ritterschaftlichen Gebiete besetzt hatten. Er griff nur ein, um bei einer eventuellen ver-

fassungsmäßigen Auflösung der Reichsritterschaft die Ansprüche seines Hauses zu wahren.

Im ganzen betrachtet war der sogenannte Rittersturm nur eins der vielen Anzeichen von dem zunehmenden Verfall des Deutschen Reiches. Mehr und mehr richtete sich der Blick der Fürsten auf die Macht im Westen, und Napoleon erkannte daraus, daß seine Zeit, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten an sich zu ketten, gekommen war.

## II. Hauptteil.

### *Die Zeit des Rheinbundes und das Verhalten Nassaus gegenüber der aufgelösten Reichsritterschaft in den Jahren 1806—1813.*

Die Fürsten des nassau-saarbrückischen Stammes hatten seit 1803 die Verbindung mit Paris niemals aufgegeben, indem sie dort als Agenten den Legationsrat Fabricius hielten, der durch gute Beziehungen über geheime Verhandlungen stets unterrichtet war. Ueber das nassauische Vorgehen gegen die Reichsritterschaft im Jahre 1804 hatte ihn Marschall stets auf dem laufenden gehalten, und aus seinen Berichten war zu ersehen gewesen, daß man in Paris gegen das maßvolle Vorgehen Nassaus in der reichsritterschaftlichen Sache nichts einzuwenden hatte. Schon die große Gebietserweiterung durch den Reichsdeputationshauptschluß, die in keinem Verhältnisse zu den Verlusten stand, hatten die walramischen Fürsten zum großen Teil der französischen Fürsprache zu verdanken gehabt. Eine weitere Annäherung an Frankreich war 1804 erfolgt, als Kaiser Napoleon in Mainz weilte. Neben vielen anderen Regenten machten auch die Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg dem Kaiser ihre Aufwartung, während die Oranier nicht erschienen. Der Aufforderung aber, dem Beispiele der drei süddeutschen Staaten zu folgen und sich Napoleon gegen Oesterreich im dritten Koalitionskriege anzuschließen, leisteten sie keine Folge.<sup>66</sup> Dagegen konnte nicht verhindert werden, daß Napoleon gleich zu Beginn des Krieges Kastel besetzte.<sup>67</sup> Nach Beendigung desselben trat Frankreich mit Nassau zwecks Abtretung dieses Gebietes in Unterhandlungen. Da eine Weigerung von seiten Nassaus zwecklos gewesen wäre, so überließ es im Vertrage zu Mainz vom 12. März 1806 Kastel, Kostheim und die Petersinsel an Frankreich und erhielt dafür von Napoleon vollständige Unversehrtheit aller übrigen Besitzungen zugesichert. Bereits im Februar hatte Fabricius aus Paris mitgeteilt, daß Umwälzungen im Gange wären, durch die die nassauischen Staaten bedroht würden. Gager eilte sofort nach Paris und erreichte, daß die walramischen Fürstentümer nicht nur erhalten, sondern sogar ansehnlich vergrößert wurden. Da Oraniens Untergang be-



geschlossen war, so setzte Gagern es durch, daß ein beträchtlicher Teil von dessen Besitzungen den beiden walramischen Fürsten zugesprochen wurde. Am 17. Juli legte man den Gesandten die vom 12. Juli datierte Rheinbundakte zur Unterzeichnung vor.<sup>68</sup> Die Folge davon war, daß am 1. August von acht Reichsständen in Regensburg eine Erklärung abgegeben wurde, in der sie ihre Loslösung vom Reiche aussprachen.<sup>69</sup> An demselben Tage ließ Napoleon beim Reichstage erklären, daß er die Reichsverfassung nicht mehr anerkenne; jedoch wolle er die Souveränität jedes einzelnen Fürsten respektieren, mit dem er wie mit jeder anderen europäischen Macht die Beziehungen aufrecht erhalten wolle. Daraufhin legte Franz II. am 6. August die deutsche Kaiserkrone nieder. Das heilige römische Reich deutscher Nation bestand nicht mehr. Eine Gruppe von Mittel- und Kleinstaaten hatte sich unter dem Protektorat Napoleons zu einem dritten Deutschland, zum sogenannten Rheinbunde, zusammengeschlossen.

Da der Rheinbund in Paris entstanden war, so war der Zweck seiner Gründung klar. Die neugebildeten Staaten sollten den Eroberungsplänen des Kaisers dienen; sie waren dessen Werkzeuge und durch den Vertrag vollständig abhängig von ihrem Protektor trotz der ihnen gewährten Souveränität. Diese sollte vielmehr dazu dienen, möglichst viel aus ihnen herauszuholen. Wohlweislich sah daher Napoleon davon ab, sich in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen; hier konnten sie nach Belieben schalten, falls die Rheinbundakte nichts Genaueres vorschrieb. Um aber die vollständige Landesoberhoheit durchsetzen zu können, mußte mit dem alten System gebrochen werden, das nur eine Zersplitterung der Kräfte zur Folge gehabt hatte. Die Staaten mußten zentralisiert und abgerundet werden. Diesem Bedürfnis entsprach die Rheinbundakte, indem in ihr die Mediatisierung vieler reichsständischen und der reichsritterschaftlichen Besitzungen zum Vorteile anderer Staaten angeordnet war, von denen manche ihrerseits wieder Gebietsabtretungen an benachbarte Staaten machen mußten. So bestimmten die Artikel 16 und 20 die Abtretung der nassauischen Aemter Deutz, Königswinter und Vilich an das Großherzogtum Berg, dem weiterhin in dem Artikel 24 unter anderen die meisten nassau-oranischen Besitzungen nördlich der Lahn, die Herrschaften Westerbürg und Schadeck, das rechtslahnische Gebiet der Herrschaft Runkel und die ritterschaftliche Herrschaft Wildenburg zugesprochen wurde.

Nassau wurden in demselben Artikel zuerteilt: Die Amtsbezirke Dierdorf, Altenwied und Neuerbürg und der Teil von Nieder-Isenburg, der dem Fürsten von Wied-Runkel gehörte, die Grafschaften Wied-Neuwied und Holzappel, die Herrschaft Schaumburg, das linkslahnische Gebiet der Herrschaft Runkel, die Amtsbezirke Hohensolms, Braunfels und Greifenstein, die Herrschaft Kransberg, die oranischen Aemter Burbach, Diez und

Dauborn und die oranischen Anteile an den nassauischen Gemeinschaften.

Den lebensunfähigen reichsritterschaftlichen Gebieten wurde durch Artikel 25 ein Ende bereitet. Darin wurde bestimmt, daß die ritterschaftlichen Besitzungen demjenigen Staate in voller Souveränität zufallen sollten, in dessen Gebiete sie lagen. Die zwischen zwei verbündeten Staaten gelegenen ritterschaftlichen Gebiete aber sollten rücksichtlich der Souveränität in möglichst gleiche Teile geteilt werden, wobei jedoch eine Gebietszerstückelung oder -vermengung nicht stattfinden dürfe.

Das voreilige Vorgehen des Großherzogs von Berg, der die von Nassau abzutretenden Aemter bereits am 18. Juli besetzt<sup>70</sup> und Ende Juli die Besitzergreifung der ihm in Artikel 24 zugewiesenen Länder in die Wege geleitet hatte, beunruhigte Nassau und veranlaßte es, dieses Beispiel nachzuahmen trotz der bestimmten Weisung, daß die mediatisierten Gebiete ordnungsmäßig durch französische Kommissare den Bevollmächtigten der Rheinbundfürsten übergeben werden sollten. Diese Anordnung war getroffen worden, um die Besitzergreifung reibungslos zu vollziehen. Am 31. Juli erließ aber Friedrich August infolge des bergischen Vorgehens auch im Namen des Fürsten von Weilburg ein Patent, das die Besitzergreifung der neuerworbenen Gebiete anordnete, und ließ an demselben Tage die Vollmachten für die verschiedenen nassauischen Kommissare ausstellen.<sup>71</sup> Der Geheime Regierungsrat und Vizekanzler Kalt sollte Neuwied, Regierungsrat v. Coll Nieder-Isenburg, Maischeid, Altenwied, Neuerburg, Dierdorf und den linkslahnischen Teil der Herrschaft Runkel, Geheimrat Medicus Braunfels und Greifenstein, Regierungsrat Lex Hohensolms, Regierungsrat Ibell Holzappel und Schaumburg, Hofgerichtsrat Wurm mit dem Beamten Siegfried Kransberg und Ziegenberg, Justizrat Brückner Reifenberg und Geheimrat Vigelius die Grafschaft Diez und Dependenz nebst den Aemtern Burbach und Wehrheim in Besitz nehmen. Am folgenden Tage wurde für die in Betracht kommenden Beamten die nähere Instruktion zur Besitzergreifung von Neuwied, Kransberg, Hohensolms, Braunfels und Greifenstein abgefaßt,<sup>72</sup> in der es hieß, daß späteren Aeüßerungen des französischen Generals Augereau zufolge eine direkte Mitwirkung französischer Truppen bei der Besitzergreifung nicht stattfinden würde. Kurze Zeit später aber traf ein Schreiben des Marschalls Berthier vom 30. Juli aus München ein, in dem Nassau die Nachricht zukam, daß ein französischer Kommissar an der Uebnahme der in Artikel 24 genannten Gebiete teilnehmen müsse.<sup>73</sup> Eine Mitteilung vom 8. August aus München bekräftigte dies; denn man hatte dort inzwischen durch die Mannheimer Zeitung vom 5. August von dem nassauischen Patente Kenntnis erhalten. Weiter wurde in diesem Schreiben der bestimmte Wunsch ausgesprochen, die Ausführung des Patentes vom 31. Juli aufzu-

schieben. Nassau hielt deshalb die bereits ausgestellten Vollmachten zurück, und die Besitzergreifung verzögerte sich infolge des französischen Einspruchs um einen Monat, während der Großherzog von Berg in seinem Vorgehen nicht gehindert wurde.

Im Laufe des August erhielt Nassau ein weiteres Schreiben des Marschalls Berthier, das die Nachricht enthielt, daß der Bataillonschef und Generalkommissar Parigot bei der Besitznahme der in Artikel 24 genannten Gebiete mitwirken solle.<sup>70</sup> Nassau versuchte nun, bis zu dessen Ankunft zu abschließenden Verhandlungen mit den benachbarten Staaten wegen der angrenzenden reichsritterschaftlichen Besitzungen zu kommen. Da Wildenburg Berg zugesprochen war und es hier keiner Verhandlungen mehr bedurfte, so blieb für das Herzogtum Nassau nur übrig, sich mit dem Großherzogtum Hessen wegen der vielen reichsritterschaftlichen Besitzungen in der Wetterau ins Benehmen zu setzen. Da aber der Großherzog selbst ohne die Mithilfe seiner Minister alles zu erledigen pflegte, wodurch manches verzögert wurde, so war für Nassau wenig Aussicht vorhanden, zu einem rechtzeitigen Abschluß zu kommen. Man dachte schon daran, das Besitzübergabe- und -übernahmengeschäft nicht wegen dieser Angelegenheit hinauszuschieben, als unerwartet der darmstädtische Kammerherr und Regierungsrat du Thil mit Aufträge seines Herrn in Weilburg Ende des Monats eintraf. Gagern schloß als Bevollmächtigter des Fürsten von Weilburg am 30. August einen Vertrag<sup>73</sup> mit ihm, kraft dessen Dornassenheim an das nassauische Amt Reichelsheim kam. Auch entsagte Hessen allen Hoheitsansprüchen auf die gräflich Bassenheimschen ritterschaftlichen Besitzungen der Herrschaft Reifenberg; dagegen verzichtete Nassau auf die Erwerbung aller anderen ritterschaftlichen Orte in der Wetterau. Hessen erhielt dadurch auch die Souveränität über Steinfurt; es erkannte aber das dominium directum Nassaus über die Lehnsherrschaften zu Steinfurt mit dem der Familie v. Löw gehörigen Dorfe Steinfurt einwandfrei an.<sup>74</sup>

Bereits am 27. August hatte Marschall an Gagern Entwürfe von zwei Edikten gesandt, um die weilburgische Bestätigung des Wortlautes derselben einzuholen.<sup>71</sup> In der Fassung beider Edikte hatte sich Nassau-Usingen nach den Vorgängen in anderen Ländern namentlich in Baden gerichtet.<sup>75</sup> Unterm 30. August und 5. September wurden sie gedruckt. Der 68 Jahre alte Friedrich August von Nassau-Usingen, dem die Niederlegung der Regierung zugunsten des 30 Jahre jüngeren Fürsten Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg nahe gelegt worden war, kündigte hierdurch seinen Entschluß an, den ihm in Artikel 5 zugesprochenen Herzogstitel anzunehmen, und Friedrich Wilhelm fügte sich in die Rolle des Erbprinzen.

Das Edikt vom 30. August<sup>76</sup> enthielt die Ankündigung, daß den beiden Fürsten die volle Souveränität über die bisherigen walramischen Besitzungen und über die in den Artikeln 24 und 25 genannten Gebiete, nämlich laut Artikel 26 der Rheinbundakte

das Recht der Gesetzgebung, die Obergerichtbarkeit, Oberpolizei, Militärhoheit und das Recht der Auflagen, zugefallen sei. Sie erklärten sämtliche Besitzungen zu einem vereinten, unteilbaren und souveränen Staat und Herzogtum, dessen Unterabteilung erst dann näher bestimmt werden sollte, wenn die neuen Gebiete durch den französischen Bevollmächtigten ordnungsmäßig übergeben worden seien. Demzufolge nahm Friedrich August als Senior des Hauses die Würde und den Rang eines souveränen Herzogs und Friedrich Wilhelm die Würde und den Rang eines souveränen Fürsten an. Mit dieser Landesvereinigung aber höre, so hieß es weiter, der bisherige Unterschied zwischen den beiden fürstlichen Linien von selbst auf, weshalb von sämtlichen Landesstellen künftighin nur die Bezeichnung „Herzoglich Nassauisch“ zu gebrauchen sei.

Das Edikt vom 5. September<sup>77</sup> sollte in den neuen Souveränitätsländern nach der ordnungsmäßigen Uebergabe dieser Gebiete durch den französischen Kommissar erlassen werden. Mit ausdrücklicher Beziehung auf das Edikt vom 30. August wurden die alsdann übernommenen neuen Gebiete als wirklich in Besitz genommen erklärt. Die nähere Bestimmung über den Umfang und die Form der Ausübung der Nassau in diesen Ländern zugefallenen Souveränitätsrechte, sowie die Entscheidung über die den seitherigen Regenten und Besitzern verbleibenden Patrimonialgerechtsame und Jurisdiktion sollte erst durch spätere Verordnungen erfolgen.

Seit 1803 zerfielen die walramischen Lande in vier Regierungsbezirke, in den der usingischen Regierung zu Wiesbaden, und die der drei weilburgischen Regierungen zu Weilburg, Hachenburg und Ehrenbreitstein. Da man die Auflösung der einen oder anderen Behörde vorerst nicht für ratsam hielt, so suchte man durch die Punktation vom 5. September<sup>78</sup> eine Einheitlichkeit dadurch zu erreichen, daß ein gemeinschaftliches Ministerium und Geheimratskollegium errichtet wurde. Dieses setzte sich zusammen aus den Präsidenten v. Gagern, der als der Dienstältere den Vorsitz bis 1809 führte,<sup>79</sup> und v. Marschall, beide in der Eigenschaft als Minister, und den Geheimräten Huth und Vigelius als assistierenden Geheimräten. Dieses Ministerium war beiden Regenten verpflichtet. Um die durch die Vervielfältigung der Kollegien und Stellen hervorgerufenen Nachteile und Kosten möglichst herabzusetzen, sollte auf Verminderung und Vereinfachung derselben gesehen werden. Es wurde fernerhin angeordnet, daß bei den verschiedenen Regierungsstellen nach gleichen Grundsätzen verfahren werden sollte, um eine Einheitlichkeit in der Verwaltung zu erzielen. Schließlich wurde zur einstweiligen Verwaltung der Souveränitätsrechte in den neu erworbenen Ländern eine besonders zu diesem Zweck bestimmte Administrationskommission zu Wiesbaden geschaffen, die unter der unmittelbaren Aufsicht des Ministeriums und der Geh. Konferenz stand. An sie mußten auch alle Berichte aus den Souve-



ränitätslanden nach der Besitznahme gerichtet werden. Die bisherigen nassauischen Gemeinschaften sollten ihr jedoch nicht unterstellt sein. Die Hoheitsrechte in den Aemtern Nassau, einschließlich der Vogtei Ems, Kirberg, Wehrheim und Kleeberg, wurden vielmehr der Regierung zu Wiesbaden zugesprochen und die in den Gemeinschaften Kamberg, Mensfelden, Hasselbach und Eisenbach und Seel- und Burbach, einschließlich des Hickengrundes, den Behörden zu Ehrenbreitstein und Hachenburg. Laut des Reskripts Friedrich Wilhelms vom 7. September<sup>80</sup> wurde das Amt Burbach zur Regierung Hachenburg geschlagen; die übrigen Gebiete fielen der Ehrenbreitsteiner Regierung zu. Dornassenheim aber kam laut obigem Reskript zum Amte Reichelsheim.

Am 5. September leitete Marschall die Besitzergreifung der laut Artikel 25 Nassau zugefallenen reichsritterschaftlichen Besitzungen ein,<sup>81</sup> da hierzu die Uebergabe durch den französischen Kommissar nicht nötig war, und er veranlaßte Geheimrat Lautz, das unterm 1. September abgefaßte Reskript an sämtliche Aemter der Wiesbadener Regierung zu erlassen. Die Verordnung bestimmte folgendes: Sämtliche ritterschaftlichen Besitzungen sollten der Landeshoheit unbedingt unterworfen sein. Die Gutsbesitzer, Beamten, Pächter usw., ebenso die Einwohner dieser Dörfer und Güter seien mit dem Edikt vom 30. August bekannt zu machen und anzuweisen, fortan nur den Herzog und den Fürsten und deren Nachkommen als ihren Herzog und souveränen Landesherrn anzuerkennen und zu achten. Fernerhin hätten die Beamten, Pächter und reichsritterschaftlichen Untertanen von nun an in allen ihren Rechtssachen Hilfe und Recht bei den Aemtern als erster Instanz zu suchen und zu nehmen. Die Rittersteuern aber sollten nicht mehr nach Friedberg, sondern an die Landesstellen nach einer ihnen noch näher zu gebenden Anweisung entrichtet werden. Zugleich wurden die Aemter beauftragt, Verzeichnisse von den bisher nach Friedberg entrichteten Rittersteuern und den Rückständen aufzustellen und sofort einzusenden. Den adligen Gutsbesitzern aber solle bekannt gemacht werden, daß die beiden Regenten über deren Besitzungen nur die Landeshoheit ausüben wollten; hingegen solle ihnen die Verwaltung und Benutzung ihrer Güter und sonstigen Privateinkünfte belassen werden. Betreffs des künftigen Gerichtsstandes der adligen Gutsbesitzer würden später nähere Bestimmungen ergehen. Dagegen seien die ritterschaftlichen Untertanen gleich den anderen Amtsuntertanen in Hoheits-, Landespolizei-, Militär- und anderen Angelegenheiten dieser Art zu behandeln. Schließlich erhielten die Aemter den Befehl, alle die 1804 provisorisch besetzten ritterschaftlichen Gebiete sofort in Besitz zu nehmen, wovon nur die Herrschaft Wildenburg und die Bassenheimschen Güter in der Herrschaft Reifenberg ausgenommen seien, über welch letztere dem betreffenden Amte durch Vigelius noch nähere Weisungen zugehen würden.

Die Besitzergreifung vollzog sich reibungslos, wenn auch in den einzelnen Aemtern zu ganz verschiedenen Zeiten. Die Patente vom 30. August wurden zumeist auf drei Tage angeheftet, und von denjenigen Gütern, an denen sich reichsritterschaftliche oder kaiserliche Wappen mit dem Doppeladler befanden, wurden diese entfernt. Bei der Besitznahme kamen auch wieder einige Irrtümer vor, die durch die letzte Bestimmung des Reskripts verursacht wurden. So wurde am 10. September Wasenbach, das eine souveräne Besitzung des Grafen v. Boos war, wie 1804 als reichsritterschaftlich in Besitz genommen.<sup>82</sup> Ebenso wurde das Gut Junkertal des Barons v. Hövel am 27. September und einige andere kleinere Güter mit einem Patent versehen, trotzdem sie seit einer Reihe von Jahren nicht mehr reichsritterschaftlich waren. Diese Mißgriffe hatten jedoch keine weiteren Folgen. Andererseits wurden entgegen der Bestimmung des Reskripts verschiedene reichsritterschaftliche Orte von anderen Aemtern in Besitz genommen, als dies 1804 geschehen war.

Auch in den weilburgischen Ländern schritt man zur Besitzergreifung der reichsritterschaftlichen Gebiete.<sup>83</sup> Am 9. September erging vom Fürsten von Weilburg an die drei Regierungen ein Erlaß, der die Besitznahme anordnete. Um Gleichheit in die wesentlichen Maßnahmen zu erzielen, wurde das Wiesbadener Reskript vom 1. September als Grundlage genommen. Am 16. September traf daraufhin die Weilburger Regierung die nötigen Anordnungen für ihren Bezirk. Im Bereiche der Hachenburger Regierung waren ritterschaftliche Besitzungen nur in dem vor kurzem ihr zugeteiltem Amte Burbach, in dem aber viele Besitzer die Landeshoheit längst anerkannt hatten.<sup>71</sup> Die meisten reichsritterschaftlichen Besitzungen der weilburgischen Lande lagen im Bezirke der Regierung zu Ehrenbreitstein, die dann auch ihrerseits die Patente in Osterspai, in der Herrschaft Müllenbach und an den übrigen in ihrem Amtsbereich zerstreut liegenden Gütern anheften ließ.

Der Befehl zur Besitznahme der reichsritterschaftlichen Gebiete in Nassau war deshalb so lange hinausgeschoben worden, um diese gleichzeitig mit der der Souveränitätslande vornehmen zu können. Anfangs September war der französische Kommissar endlich in Weilburg erschienen. Geheimrat Vigelius drängte deshalb in einem Schreiben vom 4. September zur Vornahme der Besitzergreifung<sup>77</sup> und legte gleichzeitig den Entwurf einer von ihm für sich selbst verfügten Vollmacht und Instruktion zur Begutachtung vor. Hatte man nämlich Ende Juli die Absicht gehabt, die verschiedenen neuerworbenen Gebiete durch verschiedene nassauische Kommissare in Besitz nehmen zu lassen, so hatte man sich inzwischen entschlossen, das Uebernahmegechäft nur einem Bevollmächtigten, nämlich Vigelius, zu übertragen. Um dies Geschäft in möglichst kurzer Zeit erledigen zu können, wollte er Parigot veranlassen, sämtliche in den alt- und neunassauischen

Landen liegenden und daran anstoßenden ritterschaftlichen Orte, Güter usw. in einem feierlichen Akte an ihn zu übergeben. Auf diese Weise wäre die Reise nach Reifenberg und Dornassenheim gänzlich überflüssig geworden. Die Besitznahme der Bassenheimschen Gebiete konnte dann dem Amte Kronberg und die des Dorfes Dornassenheim dem Amte Reichelsheim übertragen werden. Zu gleicher Zeit sollten an sämtliche bisher usingischen und weilburgischen Aemter das Reskript vom 1. September abgeschickt werden, damit die Besitznahme der ritterschaftlichen Gebiete gleichzeitig im ganzen Herzogtum erfolge. Dieser Plan wurde nur insoweit durchgeführt, als die anstoßenden ritterschaftlichen Besitzungen vom französischen Kommissar übergeben wurden; die im Innern der altusingischen Lande gelegenen aber wurden ohne Uebergabe durch den französischen Bevollmächtigten auf Marschalls Schreiben vom 5. September hin, das allerdings auf Vigelius' Drängen veranlaßt worden zu sein scheint, teilweise schon vor der Besitzergreifung der Souveränitätsländer in Besitz genommen.

Die von Vigelius eingereichte Instruktion wurde genehmigt und ihm unterm 5. September zugestellt. Am 6. September wurden in Braunfels durch den französischen Kommissar die Amtsbezirke Braunfels und Greifenstein und in Hohensolms der von Hohensolms übergeben.<sup>70</sup> Am 7. erfolgte in Burbach die Uebergabe des oranischen Amtes Burbach, am 8. die von Neuwied in Neuwied und am folgenden Tage die von Holzappel und Schaumburg in Holzappel. Ebenfalls am 9. September wurden in Diez sämtliche dem Herzogtum zugesprochenen oranischen Besitzungen mit Ausnahme der Aemter Burbach und Wehrheim übergeben. Am 10. erfolgte in Runkel die Uebergabe der Amtsbezirke Dierdorf, Altenwied und Neuerburg und des Teils von Nieder-Isenburg, der dem Fürsten von Wied-Runkel gehörte, sowie des linkslahnischen Teils der Herrschaft Runkel und am 11. die des oranischen Amtes Wehrheim in Wehrheim. Schließlich wurden am 12. September in Usingen die Bassenheimschen Aemter Kransberg und Reifenberg und das Dorf Dornassenheim übergeben. Gleichzeitig fielen mit diesen Gebieten die in ihnen liegenden reichsritterschaftlichen Besitzungen an Nassau. Daher erhielten die bisherigen Beamten der neuen Lande, die vorerst im Amte bleiben und nach Möglichkeit von Nassau übernommen werden sollten, von Vigelius gleich nach der Uebernahme den Befehl, für die Anheftung der Patente in ihrem Bezirke zu sorgen. In den reifenbergischen Orten Arnoldshain und Schmitten geschah die Besitzergreifung jedoch durch Justizrat Brückner aus Kronberg am 12. September,<sup>81</sup> da der Bassenheimsche Beamte des Amtes Reifenberg sich erst am 15. September zur Unterzeichnung des Unterwerfungsreverses bereit erklärte. Dieses Amt war nämlich in der Rheinbundakte nicht angegeben. Da jedoch Hessen bereits zu Nassaus Gunsten auf die beiden ritterschaft-

lichen Orte verzichtet und der französische Kommissar die ganze Herrschaft an Vigelius übergeben hatte, und da Bassenheim keine Möglichkeit sah, seine Selbständigkeit zu erhalten, so verstand er sich später zu einem gütlichen Ausgleich. Eine weitere Auseinandersetzung hatte Nassau mit dem Grafen v. Walderdorf. Vigelius hatte nämlich nur den wied-runkelschen Teil von Nieder-Isenburg in gehöriger Form übernommen. Der Walderdorfsche Teil, der bereits 1804 als reichsritterschaftliche Besitzung besetzt worden war, war als reichsritterschaftliches Gebiet vom Amte Vallendar in Besitz genommen worden. Bereits unterm 15. September<sup>84</sup> war der Administrations-Kommission aus Runkel ein Bericht zugegangen, in dem gemeldet wurde, daß dieser Walderdorfsche Besitz nicht in reichsritterschaftlichem Verhältnisse stehe. Als daher unterm 27. September der Graf an Marschall eine Beschwerde einschickte, wurde ihm bereits zwei Tage später mitgeteilt, daß sein Amt nur durch ein Mißverständniß vom Amte Vallender in Besitz genommen worden sei.<sup>85</sup> Der Walderdorfsche Anteil wurde in Zukunft wie der wied-runkelsche behandelt. Am 13. September wurde in der Herrschaft Kransberg, wie in allen Souveränitätslanden, das Patent vom 5. d. M. angeschlagen. Weder diese noch einzelne Dörfer oder Güter in derselben standen in reichsritterschaftlichem Verhältnis. In Dornassenheim geschah die Anheftung der Patente an denselben Tage durch den v. Frankensteinschen Amtsverwalter.

Im Amt Burbach wurde den Besitzern der ritterschaftlichen Güter die Besitznahme bekannt gemacht; das Amt Wehrheim hatte keine reichsritterschaftlichen Güter aufzuweisen. Anders lagen die Verhältnisse in den übrigen an das Herzogtum gekommenen oranischen Privatlanden und in den Gemeinschaften. Nach der Uebergabe der Grafschaft Diez mit Zubehörungen durch den französischen Kommissar, die am 9. September in Diez in Anwesenheit sämtlicher in Betracht kommenden oranischen Amtsverwalter erfolgt war, verlas Vigelius das Edikt vom 5. September und befahl den oranischen Beamten, dieses Patent in den Gemeinden ihres Amtsbezirks und ebenso den Pächtern der reichsritterschaftlichen Güter öffentlich zu verkünden und überall an den üblichen Stellen anzuschlagen. Am 11. September führte der oranische Amtmann des Amtes Nassau und der Vogtei Ems, Justizrat Rath, diesen Befehl gemeinschaftlich mit dem bisher usingischen Beamten aus.<sup>84</sup> Ebenso erfolgte die Anheftung der Patente am 11. und 12. d. Mts. in den Aemtern Kirberg, Kamberg und Dauborn und im Dorfe Mensfelden durch den oranischen Justizrat Pagenstecher, während im Dorfe Eisenbach das Amt Usingen die Besitzergreifung vornehmen und dort wie an den ritterschaftlichen Besitzungen in Hasselbach das Patent vom 30. August anschlagen ließ.<sup>86</sup> Im Amt Diez, das etwa dem Fürstentum, der ehemaligen Grafschaft, ohne die Nebenländer entsprach, veranlaßte Justizrat Conradi die Anheftung der Patente vom 5. September.<sup>87</sup> In den anderen neuerworbenen Län-



dern befanden sich keine oder doch nur unbedeutende reichsritterschaftliche Besitzungen.

Auf die Kunde von der ihr drohenden Gefahr suchte die mittelhheinische Reichsritterschaft zu retten, was noch zu retten war. Sie berief deshalb ihre Mitglieder für den 8. September nach Frankfurt<sup>88</sup> und legte ihre Wünsche in einer Schrift nieder. Unterm 19. September sandte von Weilburg aus der Ritterhauptmann v. Schütz ein solches Promemoria an Nassau.<sup>85</sup> An Personalrechten wurde gefordert: 1. Privilegierter Stand und Landstandschaft, wo Stände vorhanden waren. 2. Ein privilegiertes forum oder die Schriftsässigkeit in Zivilfällen, in Kriminalfällen aber eine Austrägalinstanz. 3. Befreiung der Reichsritter und ihrer Söhne von der Konskription. 4. Die Belassung der bisherigen Freiheit vom Zoll und von der Akzise, sowie des freien Verkaufs ihrer eigenen Naturalien. 5. Erlaubnis für die im Hof-, Zivil- und Militärdienst eines nicht konföderierten Staates stehenden Ritter, darin zu verbleiben. 6. Nachsteuerfreiheit für die Mitglieder, ihre Familie und ihre Justiz- und Renteibeamten auf das zu exportierende Vermögen im Falle des Wegzuges. 7. Befreiung der Teilnahme an den bis Mitte 1806 vorhandenen Landesschulden. 8. Möglichste Freiheit von den Landesfrohnden. Betreffs der Güter wurden folgende Rechte beansprucht: 1. Alle Gefälle, die mit dem Begriffe der Souveränität nicht notwendig verbunden seien. 2. Zivilgerichtsbarkeit in den ritterschaftlichen Orten und geschlossenen Territorien, sowie Dorfpolizei und Bestrafung geringerer Vergehen mit Geld oder Gefängnis und Jagd- und Forstgerichtsbarkeit in ihren eigenen und den Gemeindewaldungen als seither unbestrittene Rechte der Patrimonialgerichtsbarkeit. Dagegen wollte man auf die Kriminalgerichtsbarkeit und die zweite Instanz über die Ortsuntertanen verzichten. 3. Weiter verlangte sie das Recht der Annahme, Bestrafung und Entsetzung der Patrimonialgerichts-Beamten und der Dienerschaft, sowie 4. das Patronatsrecht und das Recht der Annahme von Schullehrern. Ebenso wünschten 5. die Ortsherrn Gewährung des Gerichtsstandes für ihre Zivil-, Rentei- und Oberforstbedienten, den die Bediensteten der Souveräne von gleichem Rang und gleicher Klasse genossen. 6. Annahme christlicher und jüdischer Untertanen nebst dem Bezuge der damit verbundenen Nutzungen. 7. Falls ihnen die gänzliche Steuerfreiheit ihrer eigenen Güter als Ersatz für die verlorene Unmittelbarkeit nicht zugesichert werden könne, so solle wenigstens der bisherige Matrikularfuß, sowie die jährliche Anlage und die bisherige Erhebungsart derselben als Basis bei der Bestimmung der Rittergüter angenommen und auf keinen Fall erhöht werden. Endlich verlangten sie 8. Befreiung aller Reichslehen von jedem Lehnsnexus und Allodifizierung derselben. Wegen des künftigen Zustandes der Kantonsangehörigen wurde gefordert: 1. daß dem Ritterhauptmann und dem Kanzleipersonal die Gage, Besol-

dungen und Nebeneinkünfte sichergestellt würden; 2. daß den ritterschaftlichen Bedienten derselbe Gerichtsstand zukommen solle wie den Beamten des Landes gleicher Klasse. Für die Untertanen wurde 1. Befreiung von jedem Anteil an den bis Mitte 1806 erwachsenen Landesschulden verlangt. 2. Ferner beanspruchte sie, daß die Patrimonialbeamten bei Konskriptionen zugezogen würden und daß den neuen Untertanen dieselben Vorteile wie den alten zuteil werden sollten. Der letzte Punkt der Denkschrift behandelte die Verfügungen, die noch zu treffen waren über die aus der seitherigen Korporation sich noch ergebenden Rechte und Verbindlichkeiten: 1. Von sämtlichen Souveränen, die an der Verteilung des Kantons interessiert waren, solle eine gemeinsame Kommission niedergesetzt und eine ritterschaftliche Deputation zugezogen werden. Diese habe einen echten Stand der Aktiva und Passiva des Kantons vorzulegen und die angemessene Maßangabe zur Eintreibung der Aktiva, zur allmählichen Zahlung der Passiva und ununterbrochenen Leistung der laufenden Zinsen aus den eingehenden Steuern festzusetzen. 2. In den Administrations-, Vormundschafts-, Judizial- und anderen Kantonsgeschäften dürfe keine Stockung eintreten. Deshalb sei der reichsritterschaftlichen Kanzlei durch besondere Bevollmächtigung von seiten der Souveräne die Forttreibung dieses Geschäftes so lange zu überlassen, bis die Beteiligten sich über die Art der künftigen Führung der Geschäfte geeinigt hätten.

Dem Promemoria war eine gewisse Mäßigung der Reichsritterschaft in ihren Forderungen nicht abzusprechen. Viele ihrer Ansprüche waren in die Form eines Wunsches gekleidet, weil die Mitglieder der Korporation an ihre Durchsetzung selbst nicht ernstlich glaubten. Aus dem breiten Raum, den die persönlichen und rechtlichen Forderungen der Reichsritter einnahmen, ist zu ersehen, daß es ihnen hauptsächlich auf deren Durchsetzung ankam. Hier aber hatten von vornherein alle Wünsche auf Steuerfreiheit oder -ermäßigung wenig Aussicht auf Erfüllung. Auch von den angeführten Gefällen waren viele, die dem Souverän eher zukamen als den Reichsrittern. Ferner war ihre verlangte Einwirkung auf die Patrimonialgerichtsbeamten entschieden zu weitgehend. Alle nach dieser Richtung hin gehegten Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Eine Reihe von Forderungen jedoch ging im Herzogtum in Erfüllung und zwar solche, die es ohne Schädigung seiner Interessen gewähren konnte. Die Kantonsangehörigen und die ritterschaftlichen Untertanen waren in der Denkschrift mit wenigen Worten abgetan. Bedeutsamer war die Anregung zur Zusammensetzung einer gemeinsamen Kommission durch die Landesherrn betreffs Regelung des Schuldenwesens des Kantons. Unwahrscheinlich war dabei die gewünschte Zuziehung einer ritterschaftlichen Abordnung. Immerhin bot die Denkschrift manche wichtigen Fingerzeige, und da sie wahrscheinlich an alle in Betracht kommenden Fürsten geschickt wurde, so

hat sie wohl das Ihre zur Regelung der reichsritterschaftlichen Angelegenheit beigetragen.<sup>88</sup>

Auf Grund der Rheinbundakte waren über sechshundert zum Kanton Mittelrhein steuerbaren Höfe, Güter, Wälder, Mühlen, Zinsen und Zehnten Nassau zugefallen.<sup>16</sup> Zudem wurden die ritterschaftlichen Untertanen in dreiundzwanzig Orten der nassauischen Souveränität unterworfen.<sup>70</sup> Unter diesen befanden sich bereits Daisbach, Kettenbach und Hausen, Winden, Weinähr und Seelbach, Heddernheim und Falkenstein, Kronberg, Eschborn und Niederhöchstadt im Besitze der Landesherrschaft. Hier war dem Kanton nur das Besteuerungsrecht geblieben, das er mit Erfolg wohl nur in den vier letztgenannten Ortschaften ausgeübt hatte; den Schultheißen dieser Orte wurde daher auch die Weiterentrichtung der Rittersteuern nach Friedberg untersagt. Für die Regelung der grundherrlichen Befugnisse kamen also nur das den beiden Brüdern v. Preuschen gehörige Dorf Osterspau, die freiherrlich v. Wredesche Herrschaft Müllenbach mit den Dörfern Arenberg und Immendorf, die Herrschaft Nievern des Fürsten von der Leyen mit Nievern, Miellen und Fachbach, die freiherrlich vom Steinschen Dörfer Frucht und Schweighausen, die gräflich Bassenheimschen Orte Arnoldshain und Schmitten, die der Gräfin v. Coudenhove gehörige Niederhofheim und das freiherrlich v. Frankensteinsche und gräflich v. Schönbornsche Dorf Dornassenheim in Betracht.

Bei der Besitzergreifung der reichsritterschaftlichen Gebiete war von den vier Regierungen das Reskript vom 1. September als Grundlage benutzt worden. Dieses hatte einerseits verfügt, daß die adligen Beamten, Steuereinnahmer, Pächter und ehemals reichsritterschaftlichen Untertanen von nun an in ihren Rechtsachen Hilfe und Recht bei den Aemtern als erster Instanz suchen und nehmen sollten. Andererseits aber war den Gutsbesitzern usw. verheißen worden, daß sie in der Verwaltung und Benutzung ihrer Güter und sonstigen Privateinkünfte belassen würden. Es zeigte sich gleich zu Anfang der Mangel einer einheitlichen Verwaltung, und es führte diese unklare Bestimmung zu den verschiedensten Auslegungen bei den einzelnen Regierungen. Die erste Bestimmung sollte sich nur auf die ritterschaftlichen Güter beziehen, die zerstreut im Lande lagen, und auf die darauf wohnenden ritterschaftlichen Pächter und vormaligen Angehörigen.<sup>89</sup> Es wurde aber dieses Reskript auch auf ganze adlige Dörfer und Gerichte übertragen, was nicht im Sinne der Verordnung lag. In dieser Angelegenheit mußte Klarheit geschaffen werden. Zu diesem Zweck hielt Regierungsrat Simon am 20. Oktober in der Administrationskommission einen Vortrag,<sup>90</sup> in dem er den Reichsrittern das Recht absprach, die in den Artikeln 28 und 29 der Rheinbundakte genannten Vorzüge zu beanspruchen. Nur den Standesherrn stände die niedere und mittlere Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit, das Patronatsrecht

usw. zu. Alle bisherigen Rechte der Reichsritter seien daher zu der neuen Souveränität zu schlagen. Der Vortrag fand die Zustimmung der übrigen Mitglieder und wurde Marschall mitgeteilt. Dieser hatte sich bereits bei seinem Bruder in Karlsruhe erkundigt, wie man dort diese Angelegenheit behandle, und unterm 1. November erfahren, daß Baden den Reichsrittern die Zivilgerichtsbarkeit lassen wolle, soweit sie sie in erster Instanz ausübten, da sich dies ganz gut mit der vollständigen Souveränität vertrage, daß ihnen aber die Kriminalgerichtsbarkeit genommen würde. Simon wies, veranlaßt durch den Karlsruher Bescheid, am 6. November in einem zweiten Vortrage darauf hin, daß Baden auch nicht nach der Bundesakte vorgehe, da es sonst den Reichsrittern das gleiche zugestehen müsse wie den Mediatisierten. Die Verschiedenheit des Vorgehens in Nassau über denselben Gegenstand veranlaßte Simon zu dem Vorschlage, anzuordnen, daß ohne Entscheidung von seiten der Administrationskommission die Sache bloß in einem provisorischen Zustande zu belassen und der endgültigen Verfügung der beiden Regenten vorzubehalten sei.

Gemäß diesem Antrage und einem Schreiben Gagerns an Marschall,<sup>89</sup> das durch die Verhältnisse in Dornassenheim veranlaßt wurde, und in dem ersterer seinen Kollegen aufforderte, in der ritterschaftlichen Angelegenheit zur Annahme von festen Grundsätzen zu drängen, erging am 11. November 1806 ein Erlaß an die weilburgischen Regierungen, daß die Ausübung der Hoheitsrechte in allen ehemals reichsritterschaftlichen Orten nach gleichen Grundsätzen erfolgen solle, weshalb sich die Regierungen mit der Administrationskommission in Verbindung zu setzen und ohne Rücksprache mit derselben nichts zu verfügen hätten. Die Administrationskommission ihrerseits sei angewiesen worden, alle Generalverfügungen zu übersenden, die sich auf die Verwaltung der Souveränitätsländer bezögen.<sup>91</sup>

Es sollten also in Zukunft über alle ritterschaftlichen Gerichte und Dörfer die Verfügungen von einer Behörde so lange erlassen werden, bis diese Angelegenheit geregelt war; diese Behörde aber war die Administrationskommission. Die Wiesbadener Regierung hatte bereits nach diesem Grundsatz gehandelt, während die Regierung zu Ehrenbreitstein die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit angeordnet hatte. Die Mitglieder der Administrationskommission waren selbst für Aufhebung derselben, Gagern jedoch dachte anders; er wollte die erste Instanz den Reichsrittern lassen. Auch Marschall war dieser Meinung.<sup>89</sup> Seiner Ansicht nach mußten dem Reichsadel die Patrimonialgerichte, wenn er solche besessen hatte, verbleiben und den Hofgerichten und dem Oberappellationsgericht unterstellt werden. Zu einer endgültigen Entschließung zu kommen, ob die Patrimonialgerichtsbarkeit erhalten oder abgeschafft werden solle, schien ihm vorerst jedoch noch nicht ratsam. Auch in den übrigen



Rheinbundstaaten hatte man sich noch nicht entschieden. In Baden schien gerade damals die Ansicht Oberhand zu gewinnen, den Reichsrittern die Gerichtsbarkeit zu entziehen. Unter diesen Umständen hielt Marschall es für das beste, den adligen Gerichtshaltern provisorisch und bis auf weitere Verfügung die Ausübung der Gerichtsbarkeit zu lassen. Die Angelegenheit ruhte nach diesen ersten Versuchen, zu einer einheitlichen Behandlung derselben zu gelangen, für einige Monate, während im einzelnen weitere Verfügungen getroffen wurden. Am 29. Juni 1807 schickte die Administrationskommission an das Ministerium einen neuen Bericht,<sup>90</sup> in dem sie darauf aufmerksam machte, daß sogar ihr eigenes Verfahren betreffs der Gerichtsbarkeit in den ihr untergebenen ritterschaftlichen Besitzungen nicht völlig gleichmäßig gewesen sei, und auf ihren erneuten Vorschlag hin erging unterm 17. Juli die Entschliebung des Herzogs dahin, daß dieser Gegenstand vorerst auf sich beruhen und es bei den provisorisch getroffenen Verfügungen bleiben solle.

Welche Bestimmungen aber wurden bis zu diesem Zeitpunkt getroffen?<sup>90</sup> Unterm 24. September 1806 erging die Anweisung der Administrationskommission, daß der Steinsche Justitiarius Wieler nach Unterzeichnung des Unterwerfungsreverses in den am 8. September durch das Amt Nassau in Besitz genommenen Dörfern Frücht und Schweighausen die Zivilgerichtsbarkeit ausüben dürfe;<sup>92</sup> jedoch habe er bei Ausfertigungen, die diese Orte betreffen würden, die Unterschrift „Freyherrl. von Steinisches unterherrl. Amt zu Frücht und Schweighausen“ anzuwenden. Ueber die übrigen Steinschen Besitzungen hatte Nassau der Familie vom Stein niemals die Gerichtsbarkeit zuerkannt, und so sollten diese den herzoglichen Aemtern auch ferner unterstellt sein. Unter demselben Datum wurde der Kronberger Amtmann angewiesen, den Bassenheimschen Gerichtshalter in den Dörfern Arnoldshain und Schmitten die niedere Gerichtsbarkeit ungestört ausüben zu lassen.<sup>93</sup> Sogar wegen des nicht mehr reichsritterschaftlichen v. Hövelschen Gutes Junkerthal wurde am 6. November bestimmt, daß der Eigentümer im vertragsmäßigen Besitze der Zivilgerichtsbarkeit provisorisch zu belassen sei. Diesen Zugeständnissen standen auf der anderen Seite Entziehungen der Jurisdiktion gegenüber. Bei der Besitznahme von Niederhofheim am 11. September hatte der Hofheimer Beamte den ritterschaftlichen Untertanen befohlen, ihr Recht beim Amte Hofheim in erster Instanz zu nehmen, und am 26. Januar 1807 wurde diesem Amte von der Administrationskommission der Auftrag erteilt, die Justiz in dem ritterschaftlichen Dorfe ausschließlich zu versehen.<sup>90</sup> Ebenso verfuhr die Regierung zu Ehrenbreitstein, indem sie dem v. Wredeschen Gerichtshalter die weiteren Justizverrichtungen in der Herrschaft Müllenbach untersagte und diese dem Amte Ehrenbreitstein, jene zu Osterspai aber dem Amtmann Körner übertrug. Dieser hatte bei der Besitznahme am 18. Sep-

tember<sup>94</sup> die Untertanen des Dorfes dahin bedeutet, ihr Recht in erster Instanz beim Amte Wellmich zu Braubach zu nehmen. Jedoch uote der Beamte der Freiherrn v. Freuschen die Jurisdiktion unerlaubterweise weiterm aus, und eine Beschwerdeschrift der beiden Freiherrn vom 22./24. Oktober 1807 an den Herzog<sup>95</sup> trug das Ihre dazu bei, daß ihr Justizbeamter unter stillschweigender Duldung von seiten der herzoglichen Behörden seine Stelle weiter bekleidete. Der herzogliche Amtmann übte nur die unbestrittenen Hoheitsrechte in dieser Herrschaft aus.

Infolge doppelter Anweisungen kam es wegen Dornassenheim zwischen dem freiherrlich v. Frankensteinschen Amtsverwalter Seitz zu Ockstadt und dem Amtmann Kern zu Reichelsheim zu Streitigkeiten.<sup>96</sup> Seitz wurde am 12. September 1806 durch die Administrationskommission angewiesen, daß alle Beamten und weltlichen Diener ungestört bis zur endgültigen Verfügung ihre Funktionen fortsetzen und ihre Dienstgeschäfte, soweit sie sich auf Gegenstände der Souveränitätsrechte bezögen, nur im herzoglich und fürstlich nassauischen Namen ausführen sollten. Daraufhin heftete er am 13. September das nassauische Patent in Dornassenheim an und wurde unterm 23. d. Mts. von der Administrationskommission als nassauischer Amtsverweser angewiesen. Nun war aber das Dorf dem weilburgischen Amte Reichelsheim zugeteilt worden. Dieses ergriff auf Befehl der Regierung zu Weilburg vom 16. September laut Bericht vom 7. Oktober davon Besitz, indem es in irriger Auslegung des Reskripts vom 1. September die ritterschaftlichen Untertanen in Rechtsachen an sich als erste Instanz verwies. Jedoch setzten die ritterschaftlichen Beamten ihre Ansprüche durch. Freiherr v. Frankenstein besaß drei Viertel, Graf v. Schönborn ein Viertel des Dorfes. Die eine Hälfte des Dorfes war vollständig abgesteint und stand Frankenstein zu, die andere aber war beiden gemeinsam. Einem Berichte des Amtes Reichelsheim an die Regierung zu Weilburg vom 17. Oktober 1809 zufolge waren die ritterschaftlichen Grundherrschaften unter anderem im Besitze der Gerichtsbarkeit in erster Instanz,<sup>97</sup> der Forstgerichtsbarkeit, Polizei, Jagd, des Patronats, der Wirtschafts- und Branntweinbrennereigerechtigkeit, der Schäferei- und Weidegerechtigkeit und der aus diesen Rechten fließenden Einkünfte. Ebenso bezogen sie die Nachsteuer, das Ein- und Auszugsgeld, das Judenschutzgeld und viele andere Einkünfte.

Wenngleich in den meisten ehemals reichsritterschaftlichen Ortschaften die Patrimonialgerichtsbarkeit weiterhin von den ritterschaftlichen Beamten ausgeübt wurde, so war es doch unbedingt nötig, die Sache verfassungsmäßig zu erledigen und feste Grundsätze aufzustellen. Der bisher unbestimmte Zustand mußte für beide Teile lästig sein. Für den Staat bedeutete es einen Nachteil, daß die Gerechtsame über die einzelnen Dörfer von den ritterschaftlichen Beamten in ganz verschiedenem Umfange aus-

geübt wurden. Eine Scheidung der Hoheits- und grundherrlichen Rechte war dringend geboten. Den Anlaß zur Ausführung dieser notwendigen Maßnahme bot ein Schreiben der verwitweten Gräfin v. Coudenhove, geborenen Gräfin v. Hatzfeld, vom 18. Februar 1807, in dem sie den Herzog um die Wiedererteilung der ihr entzogenen Gerichtsbarkeit über Niederhofheim bat.<sup>98</sup> Da man an maßgebender Stelle einem Weiterbestehen der Patrimonialgerichtsbarkeit nicht abgeneigt war, so erhielt die Gräfin einen günstigen Bescheid. Nur sollte sie eine Erklärung abgeben, wie und mit welchen Mitteln sie den von ihr zu ernennenden Beamten zu besolden und wie sie die Gerichtsbarkeit ausführen zu lassen gedenke. Inzwischen war das unterm 22. Juli 1807 veröffentlichte vierte badische Konstitutionsedikt, das die grundherrlichen Verhältnisse regelte, in Nassau bekannt geworden, das man alsdann in der ritterschaftlichen Angelegenheit als Richtschnur annahm. Demgemäß erging an die Gräfin von der Administrationskommission der weitere Bescheid, daß der Justizbeamte zu dem Dienste geeignet sein und die herzogliche Genehmigung erhalten müsse; auch dürfe dessen Wohnort nicht über drei bis vier Stunden von dem Orte, der der Gerichtsbarkeit unterworfen sei, entfernt sein und außerhalb der Grenzen Nassaus liegen. Am 26. Oktober 1807 berichtete daraufhin die Gräfin, daß sie den Oberamtsassessor Reipert aus Höchst zum Justizbeamten mit einem jährlichen Gehalt von 150 fl. ernannt habe. Gleichzeitig aber schlug sie einen Tausch vor. Sie wolle, so schrieb sie, gern auf die Gerichtsbarkeit und alle Rechte und Gefälle verzichten gegen Rückerstattung der dafür von ihrer Familie zu Anfang des 18. Jahrhunderts bezahlten Kaufsumme oder gegen das herrschaftliche Gut zu Flörsheim. Auf den ersten Vorschlag ging Nassau nicht ein; wegen des Tausches aber wurden Berechnungen angestellt. Dadurch wurde die Regelung der grundherrlichen Verhältnisse wesentlich verzögert. Der bereits bestimmte Beamte wurde vorerst von Nassau nicht bestätigt, damit dem Herzogtum bei einem eventuellen Abschluß der Tauschverhandlungen nicht ein Dienergehalt mehr zufiele. Bis zum Zeitpunkt, an dem es sich entscheiden würde, ob der Tausch zustande kam oder nicht, wurde die Erledigung der grundherrlichen Angelegenheit verschoben. Am 18. Februar 1808 faßte die Administrationskommission ein Gutachten ab, in dem sie von einem Tausche abriet. In diesem Berichte hieß es, daß von den Gefällen, die die Gräfin in Höhe von 1212 fl. eingenommen habe, 211 fl. der Souveränitätskasse zuständen. Da außerdem das Besthaupt mit 30 fl. und ebenso beinahe die ganze Nachsteuer im Ansatz von 85 fl. wegfalle, weil sie nur noch gegen die benachbarten Staaten angesetzt werden könne, so könne also die Gräfin nur 886 fl. zum Tausch anbieten. Die Jurisdiktionsbefugnisse und Sporteln seien zu unbedeutend, um ein Opfer zu rechtfertigen. Die Ausübung der Gerichtsbarkeit in erster Instanz durch einen Patrimonial-

beamten biete bei wachsamer Aufsicht und vorgeschriebener Sporteltaxe keine Nachteile. Dagegen bringe das Gut zu Flörsheim jährlich 1167 fl. Pacht ein und habe einen Kapitalwert von 63 022 fl. Indem die Administrationskommission derart einen Tausch als unvorteilhaft hinstellte, schlug sie vor, die durch die Tauschverhandlungen verzögerte Abtheilung der beiderseitigen Gerechtsame und Gefälle vorzunehmen, und stellte gleichzeitig ein Verzeichnis der Gerechtsame auf Grund der der Administrationskommission zur Richtschnur angewiesenen badischen Verordnung und ein solches der Renten auf. Infolge der Bestätigung dieses Gutachtens durch den Herzog wurden die Tauschverhandlungen abgebrochen. Mitte 1808 ließ sich der Referent in der grundherrlichen Angelegenheit betreffs Niederhofheim, v. Müllmann, in der Administrationskommission in eingehender Weise über die Bestimmung der grundherrlichen Rechte in einem Vortrage aus, der nacheinander verschiedenen Mitgliedern zur Beurteilung übergeben wurde. Am 12. Juni 1809 wurde er darauf als Bericht der Administrationskommission dem Ministerium vorgelegt. Dort wurden die einzelnen Vorschläge genau geprüft, da die Organisation von Niederhofheim zum Vorbild für die übrigen Grundherrlichkeiten dienen sollte. Kurz danach wurde das Dorf infolge der Auflösung der Administrationskommission der Regierung zu Wiesbaden unterstellt, an die am 25. September 1811 der Befehl vom Ministerium erging, die Vorschläge der Administrationskommission sofort zur Ausführung zu bringen.<sup>99</sup> Unterm 17. Dezember 1811 erließ diese dementsprechend an die Gräfin die näheren Bestimmungen.

Welcher Art aber waren diese Verfügungen, die speziell für Niederhofheim erlassen wurden und zur Einführung in sämtlichen Grundherrschaften des Herzogtums bestimmt waren? Da die Gräfin, so war der Inhalt des Reskriptes, sowie jeder künftige Besitzer der Grundherrlichkeit in Niederhofheim neben den Lehnspflichten jetzt auch die des Staatsbürgers und Untertanen gegen die Landesherrschaft über Niederhofheim übernommen habe, so solle sie und ebenso nach ihr ihre Nachfolger einen eidlichen Unterwerfungsrevers ausstellen. Dagegen wurden ihr alle Ehrenvorzüge und Rechte zugestanden, die nach der damaligen und künftigen Staatsverfassung den grundherrlichen Besitzern von ehemals reichsritterschaftlichen Gebieten in Nassau beigelegt waren oder werden würden. Vor allen Dingen hatte die Gräfin gemäß der landesherrlichen Verordnung vom 11. November 1806 den privilegierten Gerichtsstand in Personalklagesachen vor dem Justiz-Senat zu Ehrenbreitstein.<sup>100</sup> Bei Ableistung des Untertaneneides sollten die Untertanen ihr nach einer vorgeschriebenen Formel besonders verpflichtet werden. Zudem wurde bestimmt, daß beim Tode eines Grundherrn auf Ansuchen von dessen Nachfolger ein achttägiges Trauergeläute und die Einstellung des Saitenspiels angeordnet werde.



Die Gräfin sollte im Besitze der niederen Gerichtsbarkeit in Zivilklagesachen bleiben, die sie durch einen grundherrlichen Justitiarius ausüben zu lassen hatte. Es wurde nun näher bestimmt, 1. daß die grundherrliche Gerichtsbarkeit sich nur auf die niedere Jurisdiktion in Zivilklagesachen erstrecke. Mit dieser Einschränkung solle sie im Ortsbann Niederhofheim über alle Insassen in demselben Gewaltumfange bestehen wie bei den herzoglichen Aemtern. 2. Die Appellation habe von der grundherrlichen Justizstelle unmittelbar an das Hofgericht zu Wiesbaden zu gehen, wenn der Gegenstand mindestens der Appellationssumme gleichkomme, die vom Amte Höchst für Appellationsfälle an das Hofgericht festgesetzt war. Beträge der Gegenstand jedoch weniger, so habe die Berufung an das Justizamt Höchst zu gehen, dem Niederhofheim nach der 1810 erfolgten Auflösung des Amtes Hofheim zugeteilt worden war. 3. Der grundherrliche Beamte müsse sich nach den bestehenden Landesgesetzen, Rechtsgewohnheiten und Dienstinstruktionen richten, die ihm von der Regierung zu Wiesbaden zugehen würden. Er habe ferner unter der Aufsicht des Amtes Höchst Niederhofheim zu verwalten. Namentlich solle er das ordnungsmäßige Stempelpapier anwenden und seine gerichtlichen Handlungen nach der im Amte Höchst bestehenden landesherrlichen Sportelordnung berechnen. 4. Der Inhaber der Grundherrschaft dürfe den eigenen Schuldner nicht bei dem grundherrlichen Beamten belangen, sondern habe in dieser Sache vor dem Amte Höchst Recht zu suchen. 5. Der Gerichtshalter müsse aus der Zahl der zur Annahme eines solchen Dienstes gesetzlich befähigten Landeskinder genommen werden, der dem Herzoge zur Bestätigung vorzustellen sei und vor dem Dienstantritte von der Regierung verpflichtet und mit der erforderlichen Dienstunterweisung versehen werden müsse. Auch dürfe er nicht weiter als drei Stunden von Niederhofheim entfernt und keinesfalls außer Landes wohnen. Diesem Beamten habe die Grundherrschaft einen angemessenen Gehalt, der der landesherrlichen Bestätigung bedürfe, anzuweisen; anderenfalls laufe sie Gefahr, daß ihr die Gerichtsbarkeit mit den Einkünften entzogen würde. 6. Der Beamte habe seine Amtshandlungen zu unterzeichnen „Gräflich v. Coudenhovesches grundherrliches Gericht“.

Neben der niederen Gerichtsbarkeit wurde der Gräfin die niedere Ortspolizei zugestanden. Diese müsse durch den grundherrlichen Beamten oder, falls er auswärts wohne, durch einen von diesem und dem landesherrlichen Beamten gemeinschaftlich vorzuschlagenden Ortsschultheißen ausgeübt werden. Der Verwalter dieser Polizei habe für innere Ruhe, Ordnung, Reinlichkeit und Sicherheit in Ort und Gemarkung zu sorgen und deshalb die nötigen Verfügungen zu treffen oder zu handhaben, die mit den Landesgesetzen in Einklang zu stehen hätten. Betreffs der Verwaltung der Ortspolizei solle der Justitiar oder Ortsschultheiß dem Amte Höchst unterstehen, dessen Weisungen er zu befolgen

habe. Die Dorf- und Feldrügen müsse der Justitiar mindesten ein- und höchstens zweimal jährlich an ordentlich abzuhaltenden Rügetagen gerichtlich verhandeln. Dabei dürfe er bis zu 24 Stunden Gefängnis und 3 fl. Geldstrafe ansetzen. Bei längeren Gefängnis- oder höheren Geldstrafen sei die Untersuchung vom Amte Höchst vorzunehmen. Die vom Justitiarius verhängten Strafen aber sollten auf Ansuchen des Bestraften von der Regierung ermäßigt oder erlassen werden können.

Zur Erhebung der grundherrlichen Gefälle wurde die Gräfin beauftragt, sich einen Privatbeamten zu halten. Diese Stelle dürfe zwar der Schultheiß versehen, nicht aber der Justitiar. Ebenso könne von ihr eine zwangsweise Beitreibung der ihr zustehenden Abgaben und Gefälle nicht erfolgen. Eine Exekution sei beim Amte Höchst zu beantragen, das allein zu deren Ausführung berechtigt sei.

Von den Renten wurden von der Landesherrschaft beansprucht: alle bisher in die Ritterkasse geflossenen und künftigen direkten und indirekten Steuern, die Wasserlaufgelder, dann das Wirtschafts-, Musikanten- und Kirchweihspielgeld als Konzessionsgelder, das Ein- und Abzugsgeld, das Judenschutzgeld sowie alle Abgaben von Juden, die lediglich für den Staatsschutz bezahlt wurden. Der Gräfin hingegen sollten verbleiben: die Zehnten mit Ausschluß der von nun an sich ergebenden Novalzehnten, die Grundzinsen, das Müllerschweingeld, das Gründonnerstagsgefälle, das Gänsegeld, das Schul- und Büchergeld, die Amtsstrafen, die Strafen wegen Ueberschreitung der Ortspolizeiverordnung usw., die das Amt Höchst ansetze, Viehdienstgeld, Manndienstgeld, Hühnergülte, die Nachsteuer, wo diese verordnungsmäßig erhoben werden konnte, die Manumissionsgelder und ähnliche Abgaben mehr.

Gleichzeitig mit diesen beiden Organisationserlassen über die öffentlichen Verhältnisse der Grundherrschaft und die Abteilung der Einkünfte wurden der Gräfin die Bestätigungsurkunde für ihren Gerichtshalter Reipert und ein Formular mit dem Wortlaute des von den Untertanen zu leistenden Eides übersandt.<sup>100</sup>

Aus welchem Grunde Nassau gerade die Niederhofheimer Angelegenheit regelte, ist nicht leicht ersichtlich. Auffallend ist es, daß gerade diejenige Grundherrschaft eine Organisation erhielt, deren Besitzerin sie am liebsten veräußert hätte. Ein Tausch erschien Nassau zu nachtheilig; es wollte aber die Gräfin auch nicht vor den Kopf stoßen. Bei aller Festigkeit in den aufgestellten Grundsätzen zeigten die nassauischen Behörden ihr gegenüber stets ein gewisses Entgegenkommen. Sollte vielleicht dadurch der Fürst-Primas, an dessen Hof sie weilte, und auf den sie sicher einen gewissen Einfluß ausgeübt hat, günstig für das Herzogtum gestimmt werden, so daß er hinwegsahe über das nassauische Verfahren gegenüber seinem Neffen, dem Fürsten von der Leyen? Bei der klug abwägenden Art, die die beiden

nassauischen Minister stets beobachteten, wäre dies immerhin möglich. Denn gegen diesen Fürsten ging es zunächst hart auf hart.

Die Herrschaft Nievern war am 10. September 1806 durch das Amt Oberlahnstein als reichsritterschaftliches Gebiet in Besitz genommen worden.<sup>81</sup> Hiergegen verwahrte sich von der Leyen, der wie die Fürsten von Nassau dem Rheinbunde beigetreten war und durch die Konföderationsakte auf Grund seiner Herrschaft Geroldseck den Titel eines souveränen Fürsten angenommen hatte. Diese ihm zugesprochene Souveränität suchte er nun auch auf Nievern auszudehnen. Nassau unterrichtete sofort den Legationsrat Fabricius in Paris von dem Vorfall<sup>101</sup> und hielt ihn auch späterhin auf dem laufenden, um dort für die Interessen des Herzogtums besser wirken zu können. Es nahm für sich die Rechte in Anspruch, die bisher der reichsritterschaftlichen Korporation zugestanden hatten, so z. B. Konskription, höhere Gerichtsbarkeit und Steuer. Ende September lief denn auch bereits ein günstiger Bescheid von Fabricius ein, laut dessen man in Paris die unbegründeten Forderungen von der Leyens als eine Anmaßung ansah. Wohl könne der Fürst-Primas, dem von der Leyen seine Aufnahme in den Rheinbund und seine Standeserhöhung zu verdanken hatte, lästig werden; er habe aber weder beim Kaiser noch beim Minister großen Einfluß. Inzwischen hatte von der Leyen die nassauischen Patente abreißen und eigene anheften lassen. Nassau aber konnte jetzt freier handeln. Da die fürstlich von der Leyensche Regierung sich nicht zur Zurücknahme dieses Schrittes bewegen ließ, so erging an die Militärdeputation unterm 28. Oktober die Weisung, zum Beweis und zur Behauptung der nassauischen Souveränität aus den drei Orten sechs Mann Rekruten auszuheben. Im Falle des Widerstandes sollten das Militär von der Märxburg und die Ausschüsse der Aemter Braubach und Lahnstein hinzugezogen werden. Gleichzeitig ging der Administrationskommission der Befehl zu, bei dieser Gelegenheit die von der Leyenschen Patente abnehmen und die nassauischen wieder anheften zu lassen. Dies geschah am 13. November durch das Amt Oberlahnstein. Der Fürst legte Beschwerde beim Fürst-Primas ein, der sich aber sehr zurückhaltend äußerte: Nassau sei im Recht, sich die Gerechtsame, die früher von der Leyen nicht zugekommen seien, anzueignen, falls die Herrschaft Nievern zur Reichsritterschaft gehört habe. von der Leyen behauptete, daß er Nievern nicht als ritterschaftliche, sondern als souveräne Herrschaft besessen habe. Nassau aber hatte sich über die reichsritterschaftliche Eigenschaft dieses Territoriums Gewißheit verschafft, und es ging daher weiter vor, seine Ansprüche durchzusetzen. Bei dem Rekrutenaushebungsgeschäft wurden wegen der Halsstarrigkeit der Behörden und Bewohner der Herrschaft neben dem Militär die Bürgerausschüsse der beiden Aemter hinzugezogen und in den drei Orten einquar-

tiert.<sup>102</sup> Diese Strafmaßnahmen fruchteten wenig. Deshalb wurde der Vollzug des Rekrutierungsgeschäftes vom Kriegskollegium dem Amte Nassau übertragen. Der Schultheiß von Nievern wurde auf die Marxburg gebracht, und drei Gerichtsschöffen hielt man in Berg-Nassau gefangen. Im Anfange des Jahres 1807 gab man jedoch den Bitten der Einwohner und Gefangenen nach und entließ letztere wieder aus der Haft. Die Untertanen der Herrschaft waren in einer unangenehmen Lage; sie sollten die Befehle Nassaus befolgen und waren doch von ihrer früheren Herrschaft ihrer Pflichten nicht enthoben worden. Der Fürst und die von der Leyensche Regierung ihrerseits stachelten sie zum Widerstand auf. Deshalb weigerten sich Mitte Mai 1807 Pfarrer, Schultheiß und Gericht zu Nievern, das wegen des Todes des Prinzen Karl Wilhelm Friedrich angeordnete Trauergeläute zu veranlassen.<sup>101</sup> Weilburger Milizsoldaten wurden daraufhin in der Herrschaft stationiert, und am 29. Juni konnte die Administrationskommission melden, daß die Einwohner wegen des Trauergeläutes und der Rekrutenaushebung sich gefügt hätten.

Hatten bis jetzt nur die Untertanen unter diesem Streite zu leiden gehabt, so schritt man bald auch energisch gegen von der Leyen selbst vor. Nach dem Tode des früheren Amtsverwalters war am 6. Januar 1808 der Leyensche Rat Barth aus Ehrenbreitstein von dem Fürsten zu dessen Nachfolger ernannt worden.<sup>103</sup> Nassau forderte diesen nun auf, seine Ernennung bei der Administrationskommission offiziell anzuzeigen und damit ein Gesuch um Bestätigung zu verbinden. Da dies nicht geschah, wurde ihm am 14. September 1808 die Ausübung jeder Jurisdiktionshandlung in der Herrschaft untersagt und diese provisorisch dem Amt Braubach übertragen. Bereits am 21. März 1807 hatte Gagern vom französischen Hauptquartier aus Marschall geschrieben, er solle nicht nur das Konskriptionsrecht ausüben, sondern auch herzhafte bezüglich der Steuern zugreifen und hier den Fürsten nur in Nebensachen schonen.<sup>101</sup> Daraufhin wurde beschlossen, die Steuern, die früher an die Ritterkasse entrichtet worden waren, zu erheben, und die Administrationskommission erhielt den Befehl, die nötigen Verfügungen zu treffen. Weil aber die geforderte Vorlegung der Rechnungen über Einnahme und Ausgabe verweigert wurde, so wurden auf Befehl des Ministeriums vom 3. September 1808 diejenigen Einkünfte der Herrschaft sequestriert, die unzweifelhaft nicht zum Privateigentum des Fürsten gehörten.<sup>104</sup>

Schon kurz darauf am 20. Februar 1809 ging der Fürst auf den am 26. August 1808 vom Herzoge gemachten Vorschlag, die Streitigkeiten bis zum Austrage der Sache auszusetzen, ein. Er erkannte die nassauische Souveränität über seine Herrschaft als provisorisch an und erklärte sich zu einem Vergleiche bereit. Der fürstliche Rat Barth erschien darauf in Wiesbaden und verab-



redete mit den herzoglichen Geschäftsträgern sämtliche Punkte über die Organisation der Herrschaft und die Abteilung der Revenüen. Die herzogliche Bestätigung erfolgte jedoch nicht, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil von der Leyen standesherrliche Rechte beanspruchte und Nassau Nievern nur als Grundherrschaft angesehen wissen wollte. Barth, der infolge des Nachgebens seines Fürsten und der Vergleichsverhandlungen auch seinerseits den Widerstand aufgegeben, aber auf die vorgelegten Papiere keinen Bescheid erhalten hatte, reichte verschiedene Gesuche ein, um die Bestätigung seiner Stelle zu erhalten. Da man aber mit der Bearbeitung der Niederhofheimer Angelegenheit noch zu keinem Abschluß gelangt war, ließ man die der Herrschaft Nievern vorerst unerledigt. Diese wurde am 21. Juni 1810 durch Ibells wieder in Fluß gebracht.<sup>103</sup> Er schlug dem Staatsministerium vor, Barths Gesuch in der Weise zu genehmigen, daß die Regierung zu Wiesbaden ihm bis zur endgültigen Bestimmung der grundherrlichen Jurisdiktionsbefugnisse in der Herrschaft die Ausübung der Verwaltungs- und willkürlichen Gerichtsbarkeit in demselben Umfange wie den herzoglichen Aemtern übertragen und den Genuß der davon abfallenden Sporteln überlassen möge. Die Verwaltung der Kriminalgerichtsbarkeit jedoch, die gesamte amtliche Polizeiverwaltung und die Bestätigung der Kontrakte solle man bis zur endgültigen Regelung beim Amte Braubach lassen. Das Sequester schließlich könne ruhig noch weiter bestehen bleiben, da in der ersten Zeit die Hoheitseinkünfte in die grundherrliche Kasse geflossen seien. Am folgenden Tage wurden diese Vorschläge Ibells der Regierung zur Ausführung befohlen.

1811 erhielt Ibells die Weisung, die Leyensche Sache eingehend und vor anderen Gegenständen zu bearbeiten. Am 2. Mai 1811 wies dieser Marschall darauf hin, daß betreffs der Organisation der Grundherrschaften bisher sehr wenig geschehen und sehr verschiedenartig vorgegangen worden sei. Der Grund läge darin, daß eine jede Regierung die in ihrem Geschäftsbereiche gelegene Grundherrschaft habe organisieren sollen. Er bat den Minister, eine Ausnahme von dem bisherigen Geschäftsgange zu machen und ihm die endgültige Beendigung der Angelegenheit zu überlassen. Auf diese Anregung Ibells hin wurde wahrscheinlich kurz darauf die Niederhofheimer Angelegenheit so schnell geregelt. Betreffs der Herrschaft Nievern gab er am 14. Juli d. J. ein Gutachten ab, in dem das badische Konstitutionsedikt der grundherrlichen Verfassung im allgemeinen als Norm angenommen wurde. Die Justiz- und Kameralbeamten und die sonstigen Diener in dem grundherrlichen Gebiete sollten gemäß diesem Gutachten ein gleiches forum mit den nassauischen Staatsdienern in gleicher Kategorie haben. Ihr Gehalt, das vom Gutsherrn zu bezahlen sei, sei dem der nassauischen Beamten gleichzusetzen. Der Grundherrschaft sollten die Gelder von den

Amts- und Polizeistrafen, die sie verhängen dürfe, zustehen. Falls aber die Polizeiangelegenheit den Charakter eines peinlichen Vergehens annehmen würde, so sei allein das nassauische Justizamt zuständig. Ferner müßten die Gerichtssporteln nach dem im Amte Braubach geltenden Gerichtssporteltarif angesetzt werden. Sie sollten dem Fürsten zufallen, dem auch das Patronats- und das Präsentationsrecht zugestanden wurde. Nach dem Gebete für den Landesherrn und dessen Familie dürfe in der Herrschaft auch des Grundherrn und seiner Familie gedacht werden; jedoch bedürfe die Formel der landesherrlichen Bestätigung. Beim Tode des Fürsten sei sein Nachfolger befugt, das Trauergeläute anzuordnen. Dies sollte aber nicht auf den Fall anwendbar sein, wenn ein Familienmitglied stürbe. Wegen der Huldigung der Untertanen wurde dasselbe festgesetzt wie in Niederhofheim. Der Grundherrschaft sollten weiterhin die Frohnden verbleiben, soweit sie gutsherrlich waren und den Gesetzen nicht entgegenstanden. Auch sollte dem Grundherrn die untere Gerichtsbarkeit nach den verfassungsmäßigen Einschränkungen verbleiben, so lange eine Patrimonialgerichtsbarkeit mit der Gerichtsverfassung in Nassau verträglich sei. Die Befugnis des Gerichtshalters habe sich auf die kontentöse Jurisdiktion zu beschränken, die Ausübung der voluntären Gerichtsbarkeit jedoch erfordere verfassungsmäßig eigene Beamte. Auch habe der Gerichtshalter keine Befugnis in Kriminalsachen. Wegen der Berufung an das Amt Braubach oder an das Hofgericht wurden die gleichen Bestimmungen wie bei Niederhofheim getroffen. Die niedere Polizei solle der Grundherrschaft verbleiben, sei jedoch, solange Barth in Ehrenbreitstein wohne, von dem Schultheißen in Nievern unter Aufsicht des herzoglichen Amtes auszuüben. Zur Bürgerannahme und -entlassung sei der Grundherr nicht befugt. Ebenso stehe nur dem Landesherrn die Aufsicht über die Lehrer zu. Da die Herrschaft kein Forstamt habe, so könne dem Fürsten die Jagd- und Forstpolizei nicht zugesprochen werden; dagegen habe er das Beforstungsrecht in seinen eigenen Waldungen unter Aufsicht der Oberforstbehörde. Der Grundherr müsse daher den Förster und die Waldschützen anstellen und präsentieren. Auch sollten ihm das Jagdrecht, das Fischereirecht in der Lahn, die Hofpachten, Zehnten, Wiesenpacht, Manumissionsgelder usw. verbleiben. Der Hoheitskasse aber sollten zufließen: die Judenschutzgelder, Wasserlaufgelder, Akzise, Kesselgeld, Lumpensammeln- und Judenschuleduldungs-Konzessionsgeld, Bürgerein- und -auszugsgeld, Leinpfadgeld usw. Bei einigen Gefällen war Ibell im Zweifel, ob er sie der Souveränitäts- oder grundherrlichen Kasse zusprechen sollte.

Am 2. September 1811 wurden vom Fürsten Friedrich Wilhelm die Anträge über die grundherrlichen Rechte und die Ausscheidung der Gefälle genehmigt, und es wurde angeordnet, daß in zweifelhaften Fällen betreffs letzterer die gelindeste Auslegung

gegeben werden solle. Nachdem diese klargestellt waren, indem nur Rauchhafer und -hühner für die Hoheitskasse, Silber- und Eisenzehnte und verschiedene andere Abgaben aber für die grundherrliche Kasse bestimmt worden waren, ergingen am 22. September 1812 vom Ministerium Anlagen des Organisationsreskriptes an die Hofkammer, die Regierung zu Wiesbaden und die drei Appellationsgerichte. Am 14. November 1812 wurde dann das Organisationsedikt der Leyenschen Regierung zugeschickt, das aber nicht zur Ausführung gekommen zu sein scheint. Am 7. April 1813 traf eine Beschwerdeschrift des Leyenschen Hofrats Ducca beim Staatsministerium ein, in der hervorgehoben wurde, daß die Zugeständnisse Nassaus an den Fürsten dem badischen Edikte nicht entsprächen. Der Irrtum lag auf Leyenscher Seite. Nassau hatte nämlich das vierte badische Konstitutionsedikt vom 22. Juli 1807 als Grundlage benutzt, das die grundherrlichen Angelegenheiten regelte, während die von der Leyensche Regierung das Edikt von demselben Tage über die standesherrliche Verfassung im Auge gehabt hatte.

In der Nieverner Angelegenheit hatte Nassau, wie in der Niederhofheimer, aus politischen Gründen entgegenkommen gezeigt, soweit es dies mit den aufgestellten Grundsätzen vereinbaren konnte. Während die anderen Grundherrschaften in den Akten fast keine Erwähnung finden, hat die Regelung der Nieverner und Niederhofheimer Verhältnisse die nassauischen Behörden sehr lange beschäftigt. Wenn die Herrschaft Nievern nicht in den Genuß der ihr erteilten Organisation gekommen ist, so lag dies sehr wahrscheinlich an der Halsstarrigkeit des Fürsten von der Leyen. Für die Annahme, daß das Edikt vom 14. November 1812 nicht zur Durchführung gelangte, spricht der Umstand, daß der Leyensche Beamte von Nievern noch 1814 die willkürliche Gerichtsbarkeit ausübte,<sup>105</sup> die ihm 1810 provisorisch zugesprochen worden war, durch das Edikt vom 14. November 1812 aber entzogen werden sollte. Ein Kommissionsbericht aus Wiesbaden vom 18. Dezember 1817 an das Staatsministerium macht diese Vermutung noch wahrscheinlicher.<sup>106</sup> Dieser Bericht, der auch von Ibell unterzeichnet ist, meldet, es sei dem Staatsministerium bekannt, daß Niederhofheim die einzige Grundherrschaft sei, die nach den Grundsätzen der Rheinbundakte eine bestimmte Organisation durch eigene, vom Herzoge vorgeschriebene Regierungserlasse unterm 17. Dezember 1811 erhalten habe. Die geplante Uebertragung dieses Organisationserlasses auf die anderen Grundherrschaften unterblieb also, deren Besitzer ihrerseits in den meisten Fällen die Gerichtsbarkeit teils unerlaubterweise und nur stillschweigend geduldet, teils angeordnet, aber nicht näher geregelt und deshalb in verschiedenem Umfange ausüben ließen.

Durch die Gründung des Rheinbundes war die alte Reichsverfassung aufgelöst worden, was die Auflösung der Reichs-

gerichte und der Jurisdiktionsbefugnisse der Ritterdirektorien zur Folge gehabt hatte. Ersatz mußte geschaffen werden, wozu das Gerichtsordnungsedikt für das Herzogtum vom 11. November 1806 diente.<sup>107</sup> Es wurde bestimmt, daß die Zivilklagen gegen diejenigen, die früher einen privilegierten Gerichtsstand in erster Instanz vor den Reichsgerichten, besonderen Austrägen und reichsritterschaftlichen Gerichten hatten, beim Justiz-Senat zu Ehrenbreitstein in erster Instanz entschieden werden sollten. Auch konnten vor dieser Stelle alle gegen den Fiskus, gegen Landes- und Steuerkassen gerichteten Klagen in erster Instanz angebracht werden. Die Berufung in zweiter Instanz sollte beim Hofgericht in Wiesbaden, die in dritter und letzter Instanz bei dem noch zur Zeit in Hadamar niedergesetzten Oberappellationsgericht<sup>108</sup> erfolgen. Gleichzeitig wurde die Aufhebung der Hofgerichte zu Thal-Ehrenbreitstein und Weilburg vom 1. Januar 1807 an angeordnet.

So war den ehemaligen Reichsrittern der privilegierte Gerichtsstand in Personalklagen gewährt worden; ein solcher in Realklagesachen stand ihnen jedoch nicht zu. Wegen vielfach vorgekommener Irrtümer, die durch eine unklare Stelle des genannten Ediktes hervorgerufen worden waren, daß nämlich vor dem Justiz-Senat auch alle gegen den Fiskus, gegen Landes- und Steuerkassen gerichteten Klagen in erster Instanz angebracht werden könnten, erließ das Hofgericht zu Wiesbaden am 20. März 1809 eine erklärende Bestimmung, in der die Ämter als erste Instanz in fiskalischen Streitigkeiten und anderen Realklagesachen ausdrücklich anerkannt wurden.<sup>109</sup>

Neben dieser wichtigen, den Gerichtsstand auch der Reichsritter regelnden Verordnung wurden im Laufe der Rheinbundzeit noch einige auf einzelne kleine Gebiete sich beziehenden Bestimmungen erlassen, die durch Gesuche verschiedener Reichsritter und durch entstandene Streitigkeiten angeregt worden waren. Aus Anlaß eines Gesuches des Grafen v. Ingelheim, der wegen des geplanten Ankaufes von bürgerlichen Gütern in Rüdesheim und Geisenheim auf Schwierigkeiten von seiten der Bürger gestoßen war, erging an die vier Regierungen und die Administrationskommission am 28. April 1807 die Weisung, daß bei der Erwerbung von Gütern ein Unterschied zwischen bürgerlichen und ritterschaftlichen Gütern nicht mehr bestehen solle.<sup>110</sup> Das bis dahin etwa geübte bürgerliche Retraktsrecht habe durch die Rheinbundakte als erloschen zu gelten. Auf einen Antrag der Wiesbadener Regierung hin wurde diese Anweisung durch den Befehl des Herzogs vom 16. Mai dahin ergänzt, daß auch das ritterschaftliche Einstandsrecht infolge der neuen politischen Lage keine Geltung mehr habe. Diese landesherrliche Bekanntmachung erging am 26. Mai durch die Wiesbadener Regierung an deren Ämter.<sup>111</sup> Ebenso wurde das Abtriebsrecht von der Regierung



zu Ehrenbreitstein untersagt, nachdem Fürst Friedrich Wilhelm am 27. Mai seine Genehmigung erteilt hatte.<sup>112</sup>

War durch das Gerichtsordnungsedikt den Reichsrittern der privilegierte Gerichtsstand zuerkannt und hiermit vor anderen ein Vorrecht eingeräumt worden, so bedeutete andererseits die Beseitigung des Unterschiedes zwischen bürgerlichen und adligen Gütern einen Schritt zur Gleichstellung der Reichsritter mit den Bürgerlichen. Die Grenzen der ritterschaftlichen Territorien verflüchtigten sich infolgedessen. Fiel das bürgerliche Retraktsrecht fort, so mußte gerechterweise auch das ritterschaftliche Einstandsrecht verschwinden, da die Bürgerlichen sonst zu sehr geschädigt worden wären. Andererseits war die bürgerliche Sicherheitsverordnung zwecklos, wenn das ritterschaftliche Vorzugsrecht nicht mehr bestand. Durch die nassauische Verordnung wurde beiden Teilen geholfen; denn auch der einzelne Reichsritter hatte das Einstandsrecht, das nur dem Interesse der Gesamtkorporation gedient hatte, stets als lästige Fessel empfunden.

Da inzwischen mehrere Verkäufe ritterschaftlicher Güter stattgefunden hatten, ohne daß eine Bestätigung nachgesucht worden war, so beauftragte das Staatsministerium die Regierung zu Wiesbaden am 17. Juni 1807, sich gutachtlich zu äußern, welche Verordnung am besten wegen der Bestätigung von Verkäufen, Verpfändungen usw. über ehemals ritterschaftliche und andere freie Güter einzuführen sei.<sup>113</sup> Die Regierung äußerte sich am 7. August dahin, daß sie die Einführung der Kontrakten-Ordnung vom Jahre 1774, die in den altusingischen Aemtern Geltung hatte, noch nicht für möglich halte; dagegen finde sie es zweckmäßig, daß wegen der ehemals adligen und sonstigen freien und auch der nicht freien Güter bis zur Einführung dieser Verordnung eine gleichmäßige Verfügung in Nassau derart getroffen werde, daß sämtliche Käufe und Verkäufe, Schenkungen, Verpfändungen und ebenso die Uebergabe von Liegenschaften der Elfern an ihre Kinder bei dem Gerichtshofe für streitige Objekte unter Androhung der Strafe der Nichtigkeit gerichtlich bestätigt würden. Zugleich aber müsse auch jede Veräußerung innerhalb vier Wochen bei der Behörde angezeigt werden. Schließlich sei die Bestätigungstaxe bei den adligen und sonstigen freien Gütern auf 1/2 Prozent anzusetzen. Am 21. August wurde dieser Antrag vom Herzoge genehmigt und den vier anderen Regierungsstellen mitgeteilt. Die Administrationskommission sollte eine ähnliche Verordnung in ihrem Bezirke erlassen. Die drei weilburgischen Regierungen aber hatten sich zu äußern, wie es bisher bei ihnen hinsichtlich dieser Verordnung gehalten worden sei, und ob diese in ihrem Bezirke, wenn auch mit einigen Abänderungen, eingeführt werden könne. Die Hachenburger Regierung nahm den Vorschlag der Wiesbadener Regierung an; die Weilburger Regierung aber besaß bereits eine solche Verordnung, die am 1. Oktober vom Staatsministerium als gültig anerkannt wurde. Die

Vorstellungen der Administrationskommission, lieber ein einheitliches Gesetz zu erlassen, wurden abschlägig beschieden.

Neben verschiedenen Standesherrn, die aber betreffs ihrer ehemals reichsritterschaftlichen Besitzungen, soweit in ihnen eine Patrimonialgerichtsbarkeit herkömmlich gewesen war, nur grundherrliche Rechte beanspruchen konnten, und neben den Grundherrschaften zählten zur Reichsritterschaft auch solche Adlige, die zwar Güter besaßen, ohne jedoch Grundherrschaft zu sein. Ueber die von dieser Klasse von Reichsrittern zu leistende Huldigung bestanden noch keine verfassungsmäßigen Bestimmungen, was sich besonders unangenehm bemerkbar machte, als infolge des Dekrets Napoleons aus dem Feldlager bei Regensburg vom 24. April 1809 von Nassau am 31. Mai die Sequestrierung der Güter aller in österreichischen Diensten stehenden Adligen angeordnet wurde.<sup>114</sup> Deshalb brachte Ibells am 4. Mai 1810 in Vorschlag, diese Angelegenheit zu regeln.<sup>115</sup> Da die grundherrlichen Verhältnisse aber noch nicht geordnet waren, so erging von Marschall der Bescheid, die Sache vorerst auf sich beruhen zu lassen. Die Angelegenheit wurde durch eine Anfrage des Amtes Hochheim vom 4. Mai 1812 an die Wiesbadener Regierung wieder akut. Auf die Anzeige des Staatsministeriums vom 4. März hin nämlich, daß gemäß dem französischen Dekrete vom 26. August 1811 die Auswanderung französischer Untertanen aus Frankreich nur dann Gesetzeskraft habe, wenn eine besondere kaiserliche Erlaubnis erteilt worden sei, und daß infolgedessen die nassauischen Aemter nur die mit einem solchen Ausweise versehenen als Untertanen im Herzogtum aufnehmen dürften, hatte er auf dem linken Rheinufer begüterte, aber schon seit Jahren auf seinen Gütern bei Hochheim wohnende Freiherr v. Jungenfeld um ein Attest gebeten, in dem er als nassauischer Untertan bezeichnet würde. Da viele andere Private in Nassau auf ihren Gütern lebten, die ähnliche Anträge stellen konnten, so wurde die Angelegenheit unter Ibells Mitwirkung geregelt. In der unterm 9. Juni 1812 erlassenen Verordnung<sup>116</sup> wurde bestimmt, daß die Leistung der Huldigung mittels schriftlicher Ausstellung eines eidlichen Reverses von den Adligen, die nicht Grundherrschaften waren, zu erfolgen habe, womit die Uebnahme der Rechte und Pflichten eines nassauischen Untertanen verbunden sei. Zur Ausstellung des Reverses seien alle adligen Familienhäupter und deren Söhne verpflichtet, sobald diese das einundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hätten, oder noch früher, falls sie sich vor ihrem einundzwanzigsten Lebensjahr verheirateten. Das Untertanenverhältnis solle von dem Zeitpunkte an gelten, an dem sich der Adlige im Herzogtum in der Absicht niedergelassen habe, dauernd dort zu bleiben, es sei denn, daß er in einem anderen Staate das Staatsbürgerrecht beibehalten habe. Schließlich wurde noch befohlen, daß die Reverse binnen Monatsfrist bei der Regierung eingereicht werden müßten, in deren Verwaltungs-

distrikte sie gewöhnlich ihren Wohnsitz hätten. Die Wirkung war gering; denn außer dem Freiherrn Friedrich v. Ritter in Kiedrich beachtete niemand die Verordnung. Dies lag wohl daran, daß sehr viele ehemaligen Reichsritter den Aufenthalt in den Rheinbundstaaten mieden, in denen ihre Rechte mehr und mehr beschnitten wurden, und lieber in preussischen und besonders in österreichischen Diensten, der bisherigen Ueberlieferung getreu blieben.

Eine sehr wohltuende und den Stand der grundherrlichen Beamten hebende Verfügung war die herzogliche Verordnung vom 6. Januar 1808, die durch die Entlassung von Angestellten durch verschiedene Standes- und Grundherrschaften veranlaßt wurde.<sup>117</sup> Es dürften, so hieß es darin, keine standesherrlichen oder grundherrlichen Diener, die der landesherrlichen Bestätigung bedürften, aus eigenem Antriebe der Standes- oder Grundherrschaften entlassen werden, da sie durch die landesherrliche Bestätigung in die Klasse der Staatsdiener aufgenommen worden seien. Eine derartige Entlassung sei ungültig. Die Privatdiener aber dürften ohne herzogliche Genehmigung verabschiedet werden, könnten jedoch daraufhin vor den Justizstellen gegen ihre Herrn die aus dem Dienstvertrage ihnen zustehenden Rechte geltend machen und ihre Sache rechtlich verfechten. Eine Ausnahme hiervon solle jedoch stattfinden, wenn in der Entlassung nicht mehr eine bloße Privathandlung, sondern die Ausübung einer Gewalt erscheine, die den Standes- und Grundherrschaften nicht mehr zukomme. Dadurch wurde eine willkürliche Entlassung der standes- und grundherrlichen Beamten unmöglich gemacht. Ihre Stellung war also gesicherter. Andererseits wurden sie durch diese Verordnung dem landesherrlichen Einfluß stark unterworfen, und die Einwirkung der Standes- und Grundherrschaften auf sie sank so zur Bedeutungslosigkeit herab.

In den ersten Jahren der Rheinbundzeit war nach Möglichkeit die Verwaltung durch Zusammenlegung von Ämtern vereinfacht worden. Noch aber bestanden fünf Regierungsstellen. Das Unpraktische dieser Zersplitterung war längst klar zu Tage getreten. Die drei weilburgischen Regierungen trugen daran infolge falscher Auslegung der ihnen von der Administrationskommission zugewandten Gesetze die Hauptschuld. Marschall drang deshalb auf Verringerung der Regierungsbehörden, und so entschlossen sich Herzog und Fürst, zur Vereinfachung und Förderung der Geschäfte die Administrationskommission und die Regierung zu Hachenburg durch das Edikt vom 25. Juli und 1. August 1809 aufzulösen.<sup>118</sup> Die Verfügung sollte mit dem 1. September in Kraft treten. Der Regierung zu Ehrenbreitstein wurden die Ämter der Regierung zu Hachenburg zugeteilt. Ebenso wurde sie durch die meisten Ämter der Wiesbadener Regierung und der Administrationskommission nördlich der Lahn wesentlich abgerundet. Andererseits trat sie verschiedene, zu

beiden Seiten und südlich der Lahn gelegenen Gebiete an die Wiesbadener Regierung ab, der weiterhin alle übrigen Aemter der Administrationskommission zugeteilt wurden. Die gesamte Zentralverwaltung der ehemals oranischen Besitzungen ging von der Administrationskommission an die Regierung zu Wiesbaden über. Diese Einteilung des Herzogtums in drei Regierungsbezirke erfuhr in der Rheinbundzeit keine Veränderung mehr.<sup>119</sup> Man blieb auf halbem Wege stehen; aber eine Besserung war immerhin erzielt worden.

War der Rheinbund nur aus dem Beweggrunde heraus geschaffen worden, seine Kräfte ganz der napoleonischen Politik und Kriegführung zur Verfügung zu stellen, und war damit ganz logisch die Stellung von Truppen verbunden, so ergab sich daraus die Notwendigkeit, die Militärverfassung nach einheitlicheren Gesichtspunkten zu regeln, als dies auf dem Gebiete der inneren Verwaltung geschehen war. Die Anordnungen über die Kon-skription erfolgten daher auch nur von einer Stelle aus. Hier war der Herzog selbst der geeignetste Mann, da er als ehemaliger österreichischer Generalfeldmarschall die militärischen Vorkenntnisse in vollem Maße besaß. Ebenso notwendig aber war die einheitliche Verwaltung der Geldeinkünfte. Deshalb bestand für das Ganze nur eine Staatskasse.<sup>120</sup>

Wenig Einheitlichkeit dagegen zeigte das Steuerwesen; diese wurde erst sehr spät erreicht. Daß bei der politischen Lage auch die ehemals reichsritterschaftlichen Güter bei der Besteuerung herangezogen wurden, war notwendig. Das Recht der Auflagen war den Souveränen in Artikel 26 der Rheinbundakte zugesprochen worden. Deshalb war im Reskripte vom 1. September 1806<sup>81</sup> die Weiterentrichtung der Rittersteuern in die seit der Auflösung der Reichsritterschaft geschlossene Rittertruhe zu Friedberg untersagt worden. Die darin angekündigten näheren Anweisungen, wie es fernerhin mit dieser Rittersteuer zu halten sei, ergingen in dem früher erwähnten Reskripte vom 11. November 1806<sup>91</sup> an die Regierungsstellen, wonach alle ordentlichen Rittersteuern samt den Rückständen davon — unbeschadet der außerordentlichen Besteuerung der Rittergüter — erhoben und an die Generalsteuerkasse eingesandt werden sollten. Bereits am 1. September waren die Aemter angewiesen worden, Verzeichnisse der von den ritterschaftlichen Gutsbesitzern und Untertanen bisher entrichteten Steuern samt den Rückständen sofort anzufertigen. Die sofortige Aufstellung eines solchen Verzeichnisses aber war in den meisten Fällen nur bei den ritterschaftlichen Dörfern möglich gewesen, da diese meistens direkt nach Friedberg gesteuert hatten. Anders stand es mit den einzelnen Gütern, die in den seltensten Fällen von den Reichsrittern selbst verwaltet wurden. Die Pächter konnten den Betrag der Rittersteuer und der Rückstände meist nicht angeben, da sie eine bestimmte Summe, in der auch Privateinkünfte des Reichsritters



einbegriffen waren, an den Gutsherrn abgaben, der dann seinerseits von den sämtlichen Besitzungen die Steuer entrichtete. Deshalb war Freiherr v. Schütz von Nassau angewiesen worden, die Uebersendung der Steuerkataster und eines Verzeichnisses der Rückstände zu veranlassen.<sup>85</sup> Da sich diese aber wahrscheinlich verzögerte, so wurde den Aemtern am 11. November aufgetragen, die bekannten Steuern und Rückstände bereits zu erheben.

An eine Verwirklichung der in der vorläufig geheim gehaltenen Puntation vom 5. September 1806 angekündigten Handhabung des Steuerwesens nach einheitlichen Grundsätzen war vorerst nicht zu denken. Deshalb mußten die alten Steuersysteme weiter angewandt werden. Aus diesem Grunde blieb ein Antrag der Weilburger Regierung vom 6. Januar 1807 von der Administrationskommission unbeantwortet; in dem Schreiben wurde die gänzliche Beseitigung der ritterschaftlichen Kataster und die Katastrierung sämtlicher ritterschaftlichen Besitzungen nach den in jedem Amte herkömmlichen Grundsätzen vorgeschlagen, um die ritterschaftlichen Güter, die teils zu hoch, teils zu niedrig eingeschätzt waren, gleichmäßiger zur Steuer heranzuziehen. Bereits am 8. November hatte sich Marschall in einem Briefe an Gagern über das Steuerwesen betreffs der Reichsritterschaft ausgelassen.<sup>89</sup> In den usingischen Ländern hatte man die Administrationskommission die Einziehung der ordentlichen Rittersteuern und die Beitreibung der Rückstände verfügen lassen. Ein gleiches Verfahren schlug er für die weilburgischen Lande vor. Diese Befugnis der Administrationskommission solle auch auf die Erledigung aller Anstände, die aus den künftigen Verhältnissen dieser neuen Gebiete entstehen würden, ausgedehnt werden. Dies sei besonders in finanzieller Hinsicht erforderlich. Die Renten aus den ritterschaftlichen Besitzungen dürften nicht mit den übrigen Renten vermischt werden, sondern sollten in die Generalsteuerkasse fließen. Durch dieses Verfahren könne man die neuen Gebiete in finanzieller Hinsicht genauer kennen lernen.

Die veranlagten ordentlichen Steuern sämtlicher zum ehemaligen Kanton Mittelrhein zählenden Besitzungen betrugen 24 810 fl. Davon fielen 9528 fl. auf Nassau.<sup>36</sup> Die ritterschaftlichen Orte, die mindestens 3500 Einwohner zählten,<sup>121</sup> waren folgendermaßen eingeschätzt: Dornassenheim mit einem Steuerfuß von 2784 fl. und einer Anlage von 445 fl., Kronberg, Eschborn und Niederhöchstadt zusammen mit 16 000 fl. bzw. 2500 fl., Frücht und Schweighausen je mit 1000 fl. bzw. 160 fl., die Herrschaft Osterspai mit 3000 fl. bzw. 480 fl., die Herrschaft Nievern mit 2000 fl. bzw. 320 fl., die Herrschaft Müllenbach mit 1500 fl. bzw. 240 fl., die Orte Daisbach, Kettenbach und Hausen mit 2000 fl. bzw. 320 fl., Arnoldshain und Schmitten zusammen mit 1500 fl. bzw. 240 fl., Niederhofheim mit 1000 fl. bzw. 160 fl., Falkenstein mit 600 fl. bzw. 96 fl., Winden, Weinähr und Seelbach zusammen mit 250 fl. bzw. 40 fl. und Heddernheim mit

2000 fl. bzw. 320 fl. Die jährliche Steuer dieser Orte betrug also allein schon 5541 fl.; hinzu kamen die Steuern der vielen reichsritterschaftlichen Güter. Der größte Grundherr war der Freiherr vom Stein mit einem Steuerfuße von 1112 fl. und einer Anlage von 177 fl.<sup>122</sup> Seinen Besitzungen kamen etwa gleich die Gebiete des Freiherrn v. Hohenfeld mit 1076 fl. bzw. 172 fl. und des Fürsten von der Leyen mit 1000 fl. bzw. 160 fl. Die Steuer-rückstände aber betrugen im ganzen 174 681 fl., wovon 68 724 fl. auf die dreiundzwanzig Ortschaften kamen. Diese bei den verschiedenen Besitzern oder Gemeinden einzutreiben, war wohl nur in den seltensten Fällen möglich. Zudem bedeutete diese Bestimmung eine Ungerechtigkeit, da die Rückstände gerade unter Begünstigung der Obrigkeit entstanden waren. Dies war besonders in den altweilburgischen Landen der Fall. Deshalb schlug am 2. Mai 1809 die Weilburger Regierung vor,<sup>123</sup> von der Einforderung der Rückstände abzustehen. Im Generale vom 15. Mai wurden daraufhin die bis zum 1. September 1806 schuldig verbliebenen Steuern erlassen.<sup>124</sup>

Zu diesen ordentlichen kamen die sogenannten Extrasteuern, die von Nassau erhoben wurden, wenn es durch die politische Lage dazu veranlaßt wurde. So wurde 1807 durch die Vermehrung der Feldtruppen und durch den bevorstehenden Rückmarsch der Franzosen aus Norddeutschland die Erhebung außerordentlicher Beiträge nötig und unterm 14. August vom Ministerium verordnet. Die verschiedenen Souveränitätslande sollten mit 20 000 fl., die Herrschaften Kransberg mit 225 fl. und Reifenberg mit 300 fl., die Orte Niederhofheim mit 30 fl., Frücht und Schweighausen zusammen mit 225 fl. und Dornassenheim mit 112 fl., alle zusammen also mit 20 892 fl. dazu beitragen.<sup>125</sup> Die Administrationskommission erließ daraufhin an die einzelnen Aemter die näheren Befehle. Von den beiden Steinschen Dörfern, die schon zweimal fünf Achtel ihrer ordentlichen Kontribution als Extrasteuer gezahlt hatten, war besonders Schweighausen in großem Wohlstande. Die Gemarkung an Wiesen, Gütern und Aeckern betrug 295 Morgen und 59 Ruten. Unter der Familie vom Stein war die Kultur der Gemarkung auf den höchsten Stand gebracht worden. Der Viehbestand war gut, und der Ackerbau war vervollkommenet worden, und die im Kriege auf 13 000 fl. aufgelaufenen Schulden waren bereits auf 1900 fl. vermindert worden. Diese aber waren durch ansehnliche Waldungen gedeckt. Deshalb bestimmte das Amt Nassau, das selbst insgesamt nur 1100 fl Extrasteuern aufzubringen hatte, daß Frücht 97 fl., Schweighausen aber 128 fl. zu bezahlen habe.<sup>126</sup> So günstige Verhältnisse wie hier waren in den ritterschaftlichen Dörfern nicht allzu häufig anzutreffen. Schon die Orte der benachbarten Herrschaft Nievern, die infolge eines Versehens der Behörde bis 1811 zu keiner Extrasteuer herangezogen wurden und auch die ordentlichen Steuern nicht vorschriftsmäßig ent-

richteten,<sup>127</sup> machten den entgegengesetzten Eindruck. Ebenso waren die Verhältnisse auf dem ritterschattlichen Gute Langenau mit seinen 110 Morgen Feld, Gärten, Wiesen usw. und 90 Morgen schlechter Waldung sehr ungünstig.<sup>129</sup> Dem Besitzer v. Marioth fehlten die Mittel und die praktischen Kenntnisse. Ihm fiel die Aufbringung des außerordentlichen Beitrages besonders schwer, da sein Gut wie die Steinschen Dörfer abgeschätzt wurde, während der Steuerfuß im Amte Nassau bedeutend geringer war. Derartige Extrasteuern wurden den schwer geprüften Ländern noch oft auferlegt. Sie wurden dadurch als besonders drückend empfunden, daß ihre Anordnung die Besitzer und Gemeinden wegen der Unregelmäßigkeit ihrer Erhebung meist unerwartet und unvorbereitet traf.<sup>128</sup>

Durch das Edikt vom 6. Mai 1807<sup>129</sup> wurde die Besteuerung der bisher in ordinario steuerfrei gewesenen Güter und deren provisorische Katastrierung angeordnet. Die Freigüter waren von den Aemtern meist schon katastriert und von den Gemeinden zu Kriegslasten herangezogen worden. Ganze Orte sollten nach den Lagerbüchern in ein Schema eingetragen werden; bei Nichtauffindung dieser Bücher sei eine generelle Vermessung und Abschätzung vorzunehmen. Dabei solle angegeben werden, in welche Klasse der Güterqualität diese Güter fielen und wie viel Morgen sie etwa betragen. Die Katastrierung dieser Güter wurde der Administrationskommission übertragen und sollte nach dem badischen Edikte erfolgen. Durch das Gesetz vom 26. Juni 1807 wurde weiterhin angeordnet, daß von den bisher steuerfreien Gütern die Steuer auf denselben Fuß wie bei den übrigen Gütern, jedoch mit Nachlaß eines Drittels für die Patrimonial- und Grundherrschaften, angesetzt werden sollte.<sup>130</sup> Diese sogenannten Additionalsteuern sollten pünktlich an denselben Terminen wie die ordentlichen Steuern, in jedem Falle aber vierteljährlich, erhoben werden.<sup>131</sup> Die Steuereinnahmer sollten nicht berechtigt sein, unter einem Vorwande die Zahlung hinauszuschieben. Durch Exekution, Entziehung der Erzeugnisse des Gutes oder Veräußerung eines Teiles desselben sollte nötigenfalls die Beitreibung erzwungen werden. Das Edikt sollte bereits für das Jahr 1807 Geltung haben. Die meisten Ämter jedoch hatten bis 1808 weder die Steuer angesetzt noch die Katastrierung bewirkt. Erst 1809 war das Geschäft fast allgemein geregelt, und es konnte mit der Beitreibung der rückständigen Beträge begonnen werden.

Nun fielen ja eigentlich die reichsritterschaftlichen Güter nicht in die Kategorie der in ordinario steuerfreien, da sie früher die ordentlichen Steuern nach Friedberg geliefert hatten, wodurch sie erst als reichsritterschaftliche Besitzungen gegolten hatten. Auch war die Entrichtung dieser Rittersteuern an die Generalsteuerkasse bereits 1806 angeordnet worden. Trotzdem wurde das Edikt auch auf die e Gebiete angewandt, weil sie teils zu hoch, teils zu niedrig eingeschätzt waren. In den ehemals

trierischen Aemtern waren bereits kurz nach der Veröffentlichung des Edikts die Steuern mit Genehmigung des Fürsten, jedoch ohne Anordnung von seiten der Administrationskommission, eingezogen worden.<sup>132</sup> Hier waren die ritterschaftlichen Güter schon lange katastrirt, und ihre Besteuerung war nur durch einen Vergleich mit der Reichsritterschaft verhindert worden. Sie wurden nun auch hinzugezogen und mußten wie alle übrigen Güter die volle Steuer entrichten, da der Nachlaß von einem Drittel derselben für die Grundherrn erst später verordnet wurde. Es wurde daher vorgesehen, den dadurch entstandenen Unterschied durch besondere Weisungen zu beseitigen.

Aber auch die ritterschaftlichen Orte wurden mit dieser Steuer bedacht. Wie sie eingerichtet wurde, zeigt das Beispiel von den Orten Frücht und Schweighausen.<sup>133</sup> Außer den Besitzungen des Freiherrn vom Stein im Amte Nassau war 1809 auch Frücht vermessen und klassifiziert worden, wogegen dies bei Schweighausen wegen der noch nicht berichtigten Grenzstreitigkeiten mit Oberlahnstein noch nicht möglich gewesen war. Das Simplum für Frücht betrug 37 fl., das von Schweighausen 15 fl.; die Simplen beider Orte also 52 fl. Wie verschiedenartig aber die Besteuerung in den einzelnen Aemtern war, zeigte sich hier sehr deutlich. Während nämlich im Amte Oberlahnstein, in dessen Gemarkung die Orte größtenteils lagen, vierzehn Simplen im Jahre erhoben wurden, war im Amte Nassau die Erhebung von nur zwölf Simplen üblich. Nach Oberlahnsteiner Taxe betrug also die jährliche Additionalsteuer für die beiden Orte zusammen etwa 734 fl., nach der Nassauer Taxe 629 fl. Da aber schon von September 1806 an jährlich 280 fl. Rittersteuern in vierteljährlichen Raten an die Generalsteuerkasse bezahlt worden waren, und zwar von Frücht 120 fl. und von Schweighausen 160 fl., so betrugen die noch zu zahlenden Abgaben nach Oberlahnsteiner Taxe für jedes Jahr nur noch 454 fl., wovon die ganz freien und Gemeirdegüter 367 fl. zu bezahlen hatten. Demnach kam für die Gesamtheit der Gemeindemitglieder nach Oberlahnsteiner Taxe nur ein Mehrbetrag von 87 fl. in Betracht; nach der Nassauer Taxe betrug dieser sogar nur 35 fl. Es wurde die Erhebung der Steuer in den beiden Orten vom Jahre 1808 an, die von den Steinschen Gütern aber vom Jahre 1807 an, und zwar in beiden Fällen in vierzehn Simplen angeordnet. Aus diesem Grunde wurde die Angelegenheit folgendermaßen geregelt. Freiherr vom Stein hatte jährlich 311 fl. zu zahlen und die Gemeinden 423 fl. Da letztere bereits 280 fl. Rittersteuern für das Jahr 1808 gezahlt hatten, so mußten sie 143 fl. nachzahlen, und zwar die eine Hälfte 1809 und die andere 1810. Abzüglich von 70 fl. Rittersteuern, die für das erste Vierteljahr 1809 bereits gezahlt worden waren, hatten Stein und die Gemeinden zusammen etwa 1357 fl. im Jahre 1809 aufzubringen.



1810 betrug die zu zahlende Summe etwa 806 fl. Durch die Einführung der Additionalsteuern fanden also die bisher erhobenen Rittersteuern von selbst ihr Ende. Es ist wohl anzunehmen, daß diese Steuer auch bei den anderen ritterschaftlichen Orten und Besitzungen in gleicher Weise zur Anwendung kam.

Neben diesen Abgaben, die ausschließlich oder doch zum großen Teil von den ehemals ritterschaftlichen Gutsbesitzern und Untertanen entrichtet wurden, bestand noch eine Unmenge von anderen Steuern, unter denen die ehemaligen Reichsunmittelbaren ebenso wie die übrigen nassauischen Untertanen seufzten.<sup>134</sup> 1812 sollte diesen drückenden Abgaben und der ungleichen Erhebungsart in den einzelnen Territorien durch das Inkrafttreten des Steuerediktes vom 10./14. Februar 1809 ein Ende gemacht werden. Die Grund- und Gewerbesteuerkataster waren beendet, so daß durch das Edikt vom 18./20. Februar 1812 die vorläufige Aufhebung der Ritter-, Extra-, Additionalsteuern und anderer Abgaben verkündet werden konnte. Durch das weitere Edikt vom 1./3. September 1812 wurde die Vollziehung des Steuerediktes öffentlich verkündigt. Die älteren Abgaben, so in Frucht und Schweighausen der Waldzins und die Güterbede, in den Herrschaften Osterspau und Nievern Rauchhühner und -hafer und viele andere die Untertanen drückenden Lasten wurden aufgehoben. Auch die aus der Leibeigenschaft herrührenden Belastungen wurden für immer beseitigt.<sup>135</sup> Die Standes- und Grundherrschaften erhielten Entschädigung für den Verlust zugesichert, die aber erst in späteren Jahren gewährt wurde.

So war man endlich nach vielen Vorarbeiten gegen Ende der Rheinbundzeit zu einer gewissen Einheitlichkeit in der Steuererhebung gekommen. Mit den bisherigen verschiedenartigen und mangelhaften Besteuerungsarten wurde gebrochen. Die günstige Wirkung dieser Verordnungen sollte sich in der Folgezeit zeigen.

Durch die Auflösung der Reichsritterschaft war es für die interessierten Staaten nötig geworden, die Angelegenheiten des Kantons Mittelrhein zu ordnen. Am 23. Oktober 1806 erging deshalb von dem hessischen Bevollmächtigten v. Buri, dessen Landesherr die meisten ritterschaftlichen Gebiete mit Einschluß des Kantonssitzes selbst erworben hatte, eine Einladung an Nassau, sich an dem Abteilungsgeschäfte in Friedberg zu beteiligen. Der Kongreß wurde anfangs April 1807 eröffnet, wozu sich die Bevollmächtigten Hessens, des Staates des Fürst-Primas, Isenburgs und Nassaus einfanden, wogegen von Berg und den Gebieten, denen noch kein Souverän bestimmt war, wie z. B. der Niedergrafschaft Katzenelnbogen, keine Vertreter erschienen. Die Abteilung der Akten begann. Im Mai wurden daraufhin von der Administrationskommission sämtliche Personen, die mit dem Kanton in Verbindung gestanden und Prozesse und dergleichen

beim Ritterdirektorium anhängig gemacht hatten, aufgefordert, sich binnen drei Wochen unter Angabe der sie interessierenden Aktenstücke zu melden.<sup>123</sup> Ebenso wurden alle diejenigen zur Meldung aufgefordert, die einen Anspruch wegen hinterlegter Sachen zu haben glaubten. Ende 1807 trafen die ersten Judizialakten in Ehrenbreitstein ein. Andere, unsortierte Akten wurden 1808 von Friedberg nach Weilburg geschickt, wo sie nach den vier Regierungsbezirken gesondert und an diese abgegeben wurden.

Neben der Verteilung des Kantonsarchivs und der Absonderung der Privatfamilien-Akten und neben den Familienadministrationen, Vormundschaften und Rechtssachen hatten die beteiligten Staaten ein besonderes Interesse an dem Steuerwesen des Kantons und an der Versorgung des Kanzleipersonals. Da sich die Angelegenheit in die Länge zog, wurde bereits im März 1808 der nassauische Bevollmächtigte v. Balemann nach Kenntnisnahme der wichtigsten Akten aus Sparsamkeitsrücksichten abberufen, und man übertrug die Geschäfte dem Leiningisch-Westerburgischen Geheimrat Knorr als Stellvertreter.<sup>16</sup> Die Akten ließen noch fernerhin durch die Hände v. Balemanns, bis das Staatsministerium 1811 die Besorgung der Angelegenheiten selbst übernahm.<sup>36</sup> Demzufolge übersandte die Wiesbadener Regierung, die nach der Auflösung der Administrationskommission die Bearbeitung der Sachen übernommen hatte, sämtliche Akten dorthin. Bis 1808 hatte man die Passiva und Aktiva folgendermaßen festgestellt: Die Schulden der Reichsritterschaft des Kantons Mittelrhein betrugen an Kapital 395 866 fl. und an rückständigen Zinsen 42 758 fl. Hiervon sollte Nassau 158 589 fl. Kapital und 17 129 fl. rückständige Zinsen übernehmen. An liquiden Aktiven hatte die Ritterschaft 136 683 fl. Kapital und 23 195 fl. rückständige Zinsen, wovon Nassau 54 757 fl. Kapital und 9292 fl. rückständige Zinsen zugesprochen wurden. Das von Nassau zu übernehmende Passivum betrug also an Kapital und rückständigen Zinsen 111 669 fl. Späterhin verschob sich die Zuteilung der Schuldsumme an Nassau derart, daß es 101 971 fl. Kapital und 13 559 fl. Zinsen übernehmen mußte. Trotz der Weigerung verschiedener Souveräne, zur Schuldentilgung beizutragen, wollte Nassau nicht länger warten. Da aber eine definitive Abteilung noch nicht erfolgt war, so lautete am 20. Dezember 1809 die Entscheidung des Staatsministeriums dahin, daß provisorisch die Zinszahlung der Kapitalien übernommen werden solle, die von Rittergütern in Nassau herrührten und die von nassauischen Untertanen oder im Herzogtum Begüterten angefordert würden, soweit diese nicht bereits von Hessen oder vom Staate des Fürst-Primas übernommen worden seien. Ende 1811 war der Stand folgender: 101 971 fl. Kapital und 13 559 fl. rückständige Zinsen waren Nassau an Schulden, die an 120 Gläubiger ausbezahlt werden sollten, zugeteilt worden. Die von Nassau

bereits übernommene Summe betrug 54 760 fl. Kapital und 5849 fl. Zinsen. Aus anderen Massen waren übernommen und noch zu übernehmen 6261 fl. Kapital und 1454 fl. Zinsen. Ferner waren noch zu übernehmen 41 560 fl. Kapital und 5464 fl. Zinsen. Die Summe der übernommenen und zu übernehmenden Schulden betrug demnach 102 581 fl. Kapital und 12 767 fl. Zinsen. Es waren also an Kapital 610 fl. zu viel und an Zinsen 792 fl. zu wenig, folglich 182 fl. zu wenig als übernommen oder zu übernehmen von Nassau angesetzt worden. Es wurde deshalb vorgesehen, diesen Restbetrag in der gemeinsamen Kasse zu Friedberg niederzulegen. Zu einer endgültigen Abtheilung und Regelung ist es in der Rheinbundzeit nicht gekommen, und es blieb lediglich bei den provisorischen Anordnungen.

Ebenso kam es zu keiner Einigung betreffs der Versorgung des ritterschaftlichen Kanzleipersonals. In Artikel 32 der Rheinbundakte war die Pensionierung der dienstlos gewordenen Diener angeordnet. Deshalb kamen die Bevollmächtigten in der Sitzung vom 18. Oktober 1807 in Friedberg überein, gemeinschaftliche Pensionen oder Versorgungsbeiträge festzusetzen.<sup>136</sup> Für den Ritterhauptmann Freiherrn v. Schütz wurde eine Pension von 1100 fl. und für das Kanzleipersonal vorläufig eine Summe von 2500 fl. begutachtet. Bei Wiedereintritt in den Staatsdienst aber sollte die Hälfte der Pension gestrichen werden. Dieser Kommissionsantrag wurde von Hessen und vom Staate des Fürst-Primas genehmigt; Nassau jedoch ließ keine Erklärung abgeben. Die Mitglieder des Kantons, die sich aus dem Ritterhauptmann, dem aus neun Personen bestehenden Kanzleipersonal, dem ritterschaftlichen Militär, den drei Agenten zu Wien und Wetzlar und den Pensionären des ober- und niederrheinischen Kanzleipersonals zusammensetzten, hatten ihre Gage durch Nebeneinkünfte auf 13 000 fl. gebracht, während sich die feste Gage nur auf 5175 fl. belief.<sup>36</sup> Hessen setzte, indem es die Nebeneinkünfte gänzlich strich, die Gage auf 5050 fl. herab, welchem Verfahren man auf primatischer Seite zustimmte. Ebenso genehmigte die Administrationskommission am 2. Juni 1808 die provisorische Unterstützung des Personals und steuerte außer den bereits verausgabten 1200 fl. weitere 1800 fl. zu diesem Zwecke bei, nachdem das Staatsministerium am 2. September den Plan genehmigt hatte. Dieses aber verkündigte weiter, daß der nassauische Antheil der berechneten Unterstützungssumme nur bis zum Tode des Personals oder bis zum Wiedereintritt der einzelnen Personen in den Staatsdienst ausbezahlt werden solle. Am 20. März 1809 erging dieser Bescheid von der Administrationskommission an Geheimrat Knorr, und dieser erklärte daraufhin in der Kommissionssitzung vom 28. März, daß sich Nassau für den Fall der Wiederanstellung eines Pensionärs zur Fortbezahlung irgend einer Pension nicht verstehen könne. Hessen und der Staat des Fürst-Primas schlossen sich dieser Ansicht nicht an, so daß

Nassau, wie es bereits am 20. Dezember 1809 trotz der noch nicht erfolgten endgültigen Abteilung provisorisch die Zinszahlung von den ritterschaftlichen Kapitalien zu übernehmen angekündigt hatte, auch hier selbständig vorging und mittels Sonderverfügung die nicht in fremde Dienste getretenen Pensionäre ratenweise zu übernehmen gewillt war.<sup>137</sup> Den angekündigten Grundsätzen gemäß ging man nun daran, dem Kanzleipersonal die Pension auszuzahlen. Ende 1811 war der Stand der Dinge derart, daß Nassau eine Mehrzahlung von 560 fl. feststellen mußte. Hessen, das die wenigen Kantonssoldaten seinem Militärbestande eingegliedert hatte, übernahm auch im Laufe der Jahre die meisten Kanzleibeamten in den hessischen Staatsdienst.<sup>136</sup> Ebenso wie diesen Wiederangestellten entzog Nassau seine Beitragsquote dem einen Syndikus, der zwar die hessischen Hoheitsgeschäfte zu Friedberg ausübte, aber noch keine feste Anstellung hatte. Hessen übernahm nun den Unterhalt dieses Beamten, entzog aber dafür dem nassauischen Oberamtmann zu Kamberg und ehemaligen Ritterhauptmann Freiherrn v. Schütz seinerseits den Zuschuß und verwies ihn mit seiner Pension an Nassau, das diese aber nicht auszahlte.

Kamen also hier Härten vor, so findet sich doch leicht ein Entschuldigungsgrund in der schlechten wirtschaftlichen Lage der Rheinbundstaaten. Preußen war in ähnlicher Lage noch durchgreifender vorgegangen, indem es sogar den bisherigen preussischen Beamten die Pension stark herabsetzte oder strich. Es kann also nicht wundernehmen, wenn sich Nassau in der Auszahlung der Pensionen und der vom Kanton übernommenen Schulden an die Gläubiger sehr zurückhielt. Nur den Bedürftigsten konnte daher eine Befriedigung ihrer Forderungen zuteil werden, da der Staat in erster Linie den napoleonischen Forderungen nachkommen mußte und sich hierdurch in einer ständigen Zwangslage befand.

So lagen die Verhältnisse in der reichsritterschaftlichen Angelegenheit gegen Ende der Rheinbundzeit in Nassau. Einzelne Verordnungen waren getroffen worden, während die Regelung der reichsritterschaftlichen oder doch wenigstens der grundherrlichen Rechtsverhältnisse durch ein allgemein umfassendes Gesetz nicht erfolgt war. Dies kann um so weniger wundernehmen, als selbst die Rechtsverhältnisse der Standesherrn nicht einheitlich geregelt worden waren. Auch hier wurden nur bezüglich einiger Punkte Bestimmungen über standesherrliche Privilegien und Verpflichtungen getroffen.<sup>138</sup> Nur die brennendsten Fragen hatten eine Erledigung gefunden. So waren die verschiedenen Verordnungen über die Leitung des Herzogtums und die Einteilung desselben in Regierungen, über die Besitzergreifung der neuerworbenen Gebiete und ihre Verwaltung getroffen worden. Das den Gerichtsstand ordnende Edikt verlieh den Reichsrittern den privilegierten Gerichtsstand in Personalklagesachen. Ein



anderes Edikt hob den Unterschied zwischen bürgerlichen und adligen Gütern auf. Auch wurden Gesetze erlassen, die genaue Bestimmungen über die Huldigung der Reichsritter brachten und den willkürlichen Entlassungen der Angestellten von seiten der Standes- und Grundherrn einen Riegel vorschoben. Dies waren in der Hauptsache die Verordnungen, die für den Bereich des ganzen Herzogtums Gültigkeit hatten. Die Regelung von verschiedenen anderen Bestimmungen überließ man den einzelnen Regierungen so z. B. die betrets der Bestätigung der Verkäufe und Verpfändungen der ehemals ritterschaftlichen Güter.

In der ganzen Rheinbundzeit fanden Beratungen und Verhandlungen statt betreffs der Scheidung von Hoheits- und grundherrlichen Rechten. Es sollte dadurch eine gewisse Einheitlichkeit in der Behandlung der Frage erzielt werden, daß die Administrationskommission als die Richtung gebende Behörde vorgesehen wurde. An maßgebender Stelle hatte man sich entschlossen, den Grundherrn die Patrimonialgerichtsbarkeit zu lassen. Diese durfte nur die Zivilgerichtsbarkeit in erster Instanz einschließlich der niederen Polizei umfassen. Die Kriminalgerichtsbarkeit dagegen war den Reichsrittern genommen worden. Als Grundlage für die Regelung der grundherrlichen Verhältnisse hat das vierte badische Konstitutionsedikt vom 22. Juli 1807, das sich durch große Milde auszeichnete, auch dann noch gedient, als in Baden selbst bereits viel schärfere Maßnahmen ergriffen worden waren. Bei der Scheidung der gutsherrlichen Einkünfte und der Hoheitsgefälle war das badische Edikt jedoch nicht zum Muster genommen worden. Infolge der vielen Regierungsstellen war es bei der Festsetzung der grundherrlichen Befugnisse allerdings zu Verschiedenheiten gekommen, die auch nicht beseitigt wurden, da die geplante Uebertragung des Niederhofheimer Organisationsedikts auf die anderen Grundherrschaften unterblieb. Es war erklärlich, daß es bei nicht geregelten Angelegenheiten bisweilen zu Streitigkeiten zwischen den grundherrlichen Beamten und den Aemtern gekommen war, wobei letztere natürlich das herzogliche Interesse wahrgenommen hatten. Andererseits darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Schuld oft die Patrimonialbeamten traf, die ihre Befugnisse häufig überschritten und sich Rechte angemäßt hatten, die nur dem Souverän zustanden. Die Grundherrschaften haben die niedere Gerichtsbarkeit, wo nicht besondere Verhältnisse vorlagen, über die Rheinbundzeit hinaus bewahrt.

Ueber andere Fragen schweigen die Akten. Allem Anschein nach war den Reichsrittern, die bereits in den Diensten anderer Fürsten standen, dies nicht untersagt worden. Auch genossen sie Freiheit von der Militärpflicht. Anders stand es mit den ritterschaftlichen Untertanen. Diese wurden zur Konskription herangezogen wie die übrigen Bewohner des Herzogtums. Ueber die Verhältnisse in den ehemals reichsritterschaftlichen Gebieten

ist ebenfalls wenig bekannt. Aus der Einschränkung der grundherrlichen Gerichtsbarkeit, die unter nassauischer Oberaufsicht und von einem fachkundigen, in nächster Nähe wohnenden Beamten ausgeübt werden mußte, ist zu schließen, daß auch in diesen Territorien die Justiz auf eine höhere Stufe gehoben und besser versehen wurde. Ferner fielen die bisherigen Schranken dadurch, daß den Grundherrn die Befugnis zur Bürgerannahme und -entlassung entzogen wurde. Die hierdurch bewirkte Freiheit des Wohnsitzes bedingte eine immer mehr zunehmende Verschmelzung der bisherigen ritterschaftlichen Bevölkerung mit den altnassauischen Untertanen. Aber ebenso lastete der Druck der Konskriptionen und der Besteuerung schwer auf dem Lande. Auch bei den Reichsrittern wurde die Steuerschraube gehörig angezogen. Sie mußten, wie auch der höhere Adel, im Falle des Wegzuges von ihrem Vermögen eine Nachsteuer entrichten, wenn nicht ein besonderer Freizügigkeitsvertrag zwischen Nassau und dem betreffenden anderen Staate bestand. Auch inbezug auf die Erhebung der Ritter-, Extra-, Additional- und anderen Steuern ging man eingreifend vor.

Demgegenüber traten die Verhandlungen Nassaus mit den anderen Staaten wegen der Schuldentilgung des Kantons Mittelhessen und der Versorgung des Kanzleipersonals stark in den Hintergrund. Sie fanden, wie so viele andere Sachen, keine endgültige Regelung. Dies lag besonders in der Unsicherheit, in der die kleineren Rheinbundstaaten stets schwebten. Ueberall nur Anfänge, fast nirgends Erreichung des Ziels. So viel aber war in Nassau erzielt worden, daß aus dem Konglomerat von kleinen und kleinsten Gebieten ein Staat entstanden war, der den Ansprüchen der Neuzeit mehr entsprach. Da das Herzogtum von Anfang bis zu Ende der Rheinbundzeit in seinem Länderbestande keine Aenderung erfahren hatte, war es gelungen, die vielen und verschiedenartigen Gebilde zu einem einheitlichen Staate zusammenzuschweißen.

Auf der geschaffenen Grundlage galt es nun, weiter zu bauen. Hatten die ehemaligen Reichsritter in Nassau auch vielfache Einbußen an Rechten und Einfluß erlitten, so hatten sie doch viele Vorrechte gerettet und sich dadurch in einer angesehenen Stellung erhalten.

### III. Hauptteil.

*Der Wiener Kongreß und die Erledigung einiger reichsritterschaftlichen Angelegenheiten in Nassau in den Jahren 1813—1815.*

Der Imperator stand auf der Höhe seiner Macht. Seine festländischen Rivalen waren mehr oder weniger abhängig von ihm geworden. Preußens Großmachtstellung war zerschmettert; mit Rußland hatte er ein Bündnis geschlossen; in Spanien floß das Blut der Rheinbündler im Dienste des fremden Eroberers, um

ein freiheitsdürstendes Volk in die Sklavenketten zurückzuwerfen; Oesterreich war seiner Feldherrnkunst unterlegen. Immer drückender lastete seine harte Hand auf den Vasallenstaaten. Noch unerträglicher wurde der Zustand durch die stete Unsicherheit, in der diese lebten und wodurch eine gedeihliche Entwicklung im Innern fast unmöglich gemacht wurde. 1810 waren durch die Einverleibung der Nordseeküste in Frankreich verschiedene rheinbündlerische Territorien von der Landkarte verschwunden. Konnte es den anderen nicht ebenso ergehen? Dies alles zusammen bewirkte, daß sie sich nur enger und ängstlicher an Napoleon anschlossen, um durch größere Liebedienerei die drohende Gefahr von sich abzuwenden. Jetzt rüstete Napoleon zum entscheidenden Schlag gegen Rußland, das sich seinem Einfluß immer mehr entzogen hatte, und durch dessen Besiegung er unumstrittener Herr des festländischen Europas geworden wäre. Nassau hatte für diesen Feldzug keine Truppen aufzubringen, da es bereits verschiedene Regimenter in Spanien stehen hatte. Die meisten übrigen Rheinbundstaaten aber mußten große Verbände stellen. Auch Preußen und Oesterreich wurden zur Teilnahme am Kriege gezwungen. Aber das so großzügig angelegte Unternehmen scheiterte, und die große Armee wurde völlig vernichtet.

Hierdurch war auch der linke Flügel der geschlagenen Armee, der sich aus dem preußischen Hilfskorps und einer Division Rheinbundtruppen zusammensetzte, gezwungen, sich zurückzuziehen. Infolge der zögernden Haltung des Königs von Preußen und seines Staatskanzlers drohte der russische Vormarsch an den Grenzen des Zarenreiches zum Stillstand zu kommen. Da brachte die Konvention, die der preußische General von Yorck am 30. Dezember 1812 in der Poscherunschen Mühle bei Tauroggen auf eigene Faust<sup>130</sup> mit dem russischen General von Diebitsch abschloß, den Stein ins Rollen. Der erste Schritt zur Abschüttelung des fremden Joches war getan, und Preußen ging, wenn auch nach längerem Zögern, ein Bündnis mit Rußland ein. Den beiden Mächten schlossen sich endlich im Sommer auch Oesterreich, England und Schweden an, und in wenigen Monaten wurden die Franzosen über den Rhein geworfen. 1814 wurde der Krieg nach Frankreich hinübergetragen und Napoleon zur Abdankung gezwungen. Auch die nochmalige Erhebung des Korsen im Jahre 1815 konnte an dem Siege der Verbündeten nichts mehr ändern.

Der Rheinbund war mit der Niederlage seines Protektors zusammengebrochen. Bereits vor der Entscheidungsschlacht bei Leipzig hatte sich Bayern kraft des mit Oesterreich abgeschlossenen Vertrages von Ried vom 8. Oktober 1813 zu den Verbündeten geschlagen. Ebenso erlangte der König von Württemberg im Verträge von Fulda vom 2. November von Metternich die Garantie seines Gebietes und seiner Souveränität.

Infolge des Abschlusses dieser Separatverträge mit den beiden größten Rheinbundstaaten war der Plan vieler Patrioten vereitelt, die Staaten, die ihre Existenz dem Machtspruche eines fremden Gewalthabers verdankten, als erobertes Land zu betrachten und die Souveräne ihres Thrones zu entsetzen. Für diese Ansicht war besonders der Freiherr vom Stein mit der ganzen Macht seiner Persönlichkeit eingetreten, und viele dachten so wie er. Dieser Plan war nun durch Oesterreichs Verhalten vereitelt, und es war wiederum Oesterreich, das für die Erhaltung auch der meisten übrigen Rheinbundstaaten eintrat. Diese schlossen sich nach Vereinbarung von Verträgen, in denen ihnen ihr Weiterbestehen zugesichert wurde und sie sich zur Stellung von Truppen verpflichten mußten, den Verbündeten an.

Der Vertrag über den Beitritt Nassaus zu den Verbündeten kam am 23. November 1813 in Frankfurt zustande.<sup>140</sup> In ihm wurde dem Herzogtum der Fortbestand zugesichert. Für etwa erforderliche Gebietsabtretungen sollte es eine angemessene Entschädigung erhalten. Es wurde dem Herzogtum besonders zur Pflicht gemacht, dem Hause Oranien seine früheren Besitzungen zurückzugeben. Daraufhin trafen bereits am 26. November die Bevollmächtigten der beiden nassauischen Linien ein Uebereinkommen; durch den weiteren Vertrag, der am 14. Juli 1814 im Haag geschlossen wurde, fand dann diese Sache ihre endgültige Regelung. Oranien, der durch die Auflösung des Großherzogtums Berg wieder in den Besitz seiner 1806 an diesen Staat gefallenen Lande gelangt war, erhielt nun auch von Nassau seine Privatlande mit Ausnahme von Obernhof, wofür er Balduinstein erhielt, zurück; die früheren Gemeinschaften aber wurden geteilt.

Auf dem Wiener Kongreß war die Vereinigung Hollands und Belgiens zu einem Königreich der Niederlande unter dem Hause Oranien beschlossen worden, und es kam am 31. Mai 1815 zu einem Vertrage zwischen dem neuen Könige einerseits und Oesterreich, Rußland, Großbritannien und Preußen andererseits, in dem Oranien auf seine nassauischen Stammlande<sup>141</sup> und die 1803 erworbenen Gebiete zugunsten Preußens verzichtete. Als Entschädigung hingegen für das Fürstentum Nassau-Oranien erhielt er das zum Großherzogtum erhobene Luxemburg, auf das der nassauische Erbverein vom Jahre 1783 ausgedehnt wurde.

An demselben 31. Mai schloß Preußen mit Nassau einen Vergleich, kraft dessen letzterem die oranischen Fürstentümer Diez, Dillenburg, ausschließlich der Aemter Burbach und Neunkirchen, und Hadamar mit Einschluß der Herrschaft Beilstein und eines Streifen Landes mit 12 000 Einwohnern von dem Preußen verbleibenden Fürstentum Siegen und den Aemtern Burbach und Neunkirchen zugesprochen wurden.<sup>142</sup> Ebenso erhielt es die Herrschaften Westerbürg und Schadeck und den rechts-lahnischen Teil der Herrschaft Runkel. An Preußen fielen die Aemter Linz, Schönstein, Altenwied, Neuerbürg, Schöneberg, Altenkirchen, Freusbürg, Friedewald, Dierdorf, Hammer-



stein mit Engers, Neuwied, Heddesdorf, Braunfels, Greifenstein und Hohensolms, sowie viele Orte der Aemter Herschbach, Vallendar und Ehrenbreitstein. Ein Nebenvertrag vom gleichen Tage aber besagte, daß Nassau den erwähnten Streifen Land mit 12 000 Einwohnern und das Amt Atzbach an Preußen abtreten sollte, falls dieses bei Kurhessen die Abtretung des rechtsrheinischen Teiles der Niedergrafschaft Katzenelnbogen, der dann an das Herzogtum kommen sollte, durchsetzen würde. Die Gebietsveränderungen Nassaus erreichten durch diesen Tausch, der 1816 erfolgte, ihr Ende, und das Herzogtum erhielt sich in seinem damals erreichten Länderbesitze unverändert bis 1866.

Durch die verschiedenen Ländertausche waren die Orte der Herrschaft Müllenbach und viele andere ehemals reichsritterschaftlichen Besitzungen mit den abgetretenen früher trierischen Gebieten und einige mit den abgetretenen oranischen und altweilburgischen Ländern an Preußen gekommen, wogegen durch die Erwerbung der Gebiete auf dem Westerwald und im Einrich andere wieder an Nassau fielen, die nach der Rittermatrikel einen Steuerfuß von  $1965 + 1211 = 3176$  fl. hatten und  $363 + 221 = 584$  fl. jährlich in die Ritterruhe nach Friedberg zu liefern gehabt hatten.<sup>143</sup>

Wie aber stand es um die Reichsritterschaft in ihrer Gesamtheit? War Aussicht vorhanden, daß ihr ihre ehemalige Reichsunmittelbarkeit wieder zuteil wurde? Der Umschwung der politischen Verhältnisse konnte wohl in vielen den Glauben und die Hoffnung erwecken, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, die alten Rechte wieder geltend zu machen. Hatten doch die Reichsritter in großer Anzahl an dem Sturze des Imperators mitgewirkt! Welcher rechtlich denkende Deutsche konnte glauben, daß der von einem Fremden errichtete Zustand weiter dauern könne! Metternich aber machte alle Hoffnungen der Mediatisierten von vornherein dadurch zunichte, daß er die bestehenden Staaten anerkannte. Ein nach Wien einberufener Kongreß sollte alle Streitfragen regeln. Die ehemaligen Reichsritter ließen sich keine Mühe verdrießen, ihren Zweck zu erreichen, und sie sorgten durch Verteilung von Druckschriften auf dem Kongreß, die teils Beschwerden, teils neue Vorschläge enthielten, für die Weiterverbreitung ihrer Wünsche. Unter den Bevollmächtigten der Souveräne waren viele, die der Wiederaufrichtung der Korporation das Wort redeten; ebenso hatte die Reichsritterschaft aus ihrer Mitte viele Fürsprecher auf dem Kongreß. Die einzelnen Kreise hatten ihre besonderen Vertreter dorthin abgesandt, die die Wünsche ihrer Mitglieder vorbringen sollten. Am 17. Juli 1814 stellte zu Frankfurt, bezw. am 8. August zu Würzburg ein Teil der Mitglieder des ehemaligen rheinischen Reichsadels für seinen Vertreter, den österreichischen Generalmajor Grafen v. Degenfeld, die Vollmacht aus, die von zweiundzwanzig Mitgliedern der Reichsritterschaft unterschrieben wurde.<sup>144</sup> Als erster hatte sich

der Freiherr vom Stein unterzeichnet, der wie der jetzt im Dienste des Prinzen von Oranien stehende Freiherr v. Gagern eifrig für die Erhaltung der Reichsritterschaft wirkte.

Eine der verschiedenen Druckschriften, die auf dem Kongreß zirkulierten, enthielt eine Uebersicht über die Beschwerden der Reichsritterschaft gegen einige Rheinbundstaaten.<sup>145</sup> Besonders wurde hierin ihre Bedrückung durch Württemberg und Baden hervorgehoben, während über Bayern wenig Klagen vorgebracht wurden. Durch das Edikt vom 18. März 1807 war die an Württemberg gefallene Reichsritterschaft nach milden Grundsätzen behandelt worden. Den einzelnen Reichsrittern waren die gutsherrlichen Einkünfte, die Forst- und Jagdgerichtsbarkeit in den eigenen und Gemeindewaldungen, die Zivilgerichtsbarkeit in erster Instanz, wie auch die Strafgerichtsbarkeit, wo sie hergebracht war, das Patronatsrecht bei Kirchen und Schulen usw. zuerkannt worden. Ebenso hatten sie den privilegierten Gerichtsstand, das Ernennungsrecht der Gerichtshalter und die Befreiung von der Personalsteuer erhalten. Späterhin war aber das Edikt durch verschiedene Verordnungen derart abgeändert worden, daß den Reichsrittern nur der privilegierte Gerichtsstand und das Patronatsrecht geblieben waren. Zudem hatte der König durch weitere harte Maßnahmen den Stand der Reichsritter zu bedrücken und herabzuwürdigen versucht. Ueber Baden waren die Beschwerden noch größer. Die dortigen Maßnahmen wurden noch härter empfunden, da mit weniger Konsequenz vorgegangen worden war. Die Denkschrift selbst erkannte an, daß das Edikt vom 22. Juli 1807 mit Milde abgefaßt gewesen sei. Doch hatte diese Verordnung ebenfalls viele Abänderungen erfahren, so daß den Reichsrittern nur die Freiheit des Wohnsitzes, das Recht, in auswärtige Zivildienste zu treten, die Autonomie, die Primogenitur usw., die Nachsteuerfreiheit und der beschränkte Genuß der kleinen Regalien verblieben waren. Verloren hatten sie den privilegierten Gerichtsstand, die Freiheit vom Milizenzuge, die Steuerfreiheit, die Zivil- und Kriminaljurisdiktion, die Forstgerichtsbarkeit, die Polizeigewalt mit ihren Gefällen und das Patronatsrecht. Durch drückende Geldabgaben war das Los des Adels noch erschwert worden.

Auf die Verhältnisse in Hessen und Nassau ging die Denkschrift nicht näher ein; jedoch wurde gesagt, daß es dort ähnlich gewesen sei. Die Worte in manchen Verfassungen hätten zwar bisweilen glatter gelautet, jedoch sei die Ausführung, besonders durch die Unterbehörden, die den Adel hätten drücken wollen, oft desto drückender gewesen.

Wir sahen schon, daß Nassau im großen und ganzen milder vorgegangen war als Württemberg und Baden, wenn auch Mißgriffe vorgekommen waren. Der Hauptgrund zur Mißstimmung lag wohl in der Beschneidung des reichsritterschaftlichen Einflusses und in der starken Heranziehung des Adels zu den Lasten

des Landes, was die bisher Eximierten natürlich sehr hart empfanden.

Daß die frühere Unmittelbarkeit des Reichsadels nach den verschiedensten Seiten hin eingeschränkt worden war, lag im Interesse des Staates und der Bevölkerung. Die vielen Standesvorrechte vertrugen sich nicht mehr mit den Ansichten der Neuzeit. Dieser Erkenntnis verschlossen sich auch die Reichsritter nicht ganz, wie eine andere Druckschrift zeigt. In dieser durch zwei Nachträge vervollständigten Schrift wurden Ansichten über die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse des unmittelbaren Reichsadels geäußert.<sup>140</sup> Zwar wurde hierin die Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor 1806 bestand, gefordert, jedoch waren die Reichsritter zur Abtretung einzelner Rechte an die Fürsten bereit. Als persönliche Rechte verlangten sie vollkommene persönliche Freiheit, ehemalige persönliche Achtung und Rang, privilegierten Gerichtsstand, Autonomie, Korporations- und Repräsentationsrecht und Freiheit von persönlichen Abgaben. Als dingliche Rechte beanspruchten sie Gerichtsbarkeit, Polizeigewalt, Normierung der Schatzungen, Oberkirchenherrlichkeits- und Patronatsrecht, gänzliche Schatzungsfreiheit des Grundeigentums, Erhebung der Abgaben, die ihnen vor 1806 zugestanden hatten, usw. Jedoch waren sie bereit, an die Fürsten zu überlassen: die Gerichtsbarkeit der höheren Landesgerichte über ihre Person, die Aufsicht über ihre Rechtspflege in erster Instanz und die zweite Instanz, ferner die hohe Polizei, die Schatzung, die Oberkirchenherrlichkeit usw. Ebenso wollten sie sich Schatzungsabgaben von ihrem Grundeigentum nach einem billigen Maßstabe unterwerfen. Als Ersatz für diese Zugeständnisse verlangten sie Aufhebung der Lehnsvorbindung gegen sämtliche Rheinbundfürsten und Verleihung einiger Kuriatstimmen in der künftigen Reichsversammlung. Hieraus ergab sich die weitere Forderung, sich zu einer allgemeinen Korporation zusammenschließen zu dürfen.<sup>147</sup> Was den privilegierten Gerichtsstand betraf, so wollten die Reichsritter sich jetzt in Zivil- und Kriminalsachen der Gerichtsbarkeit der landesherrlichen Oberbehörden unterwerfen. Ihre letzte Instanz aber beanspruchten sie vor dem obersten Reichsgericht. Noch andere Bedingungen wurden gestellt, unter denen das Verlangen, die deutschen Souveränitäten künftig durch Landstände zu beschränken, hervorgehoben werden mag. Die vielen Zugeständnisse waren nur aus der Erkenntnis heraus geschehen, daß man den Bogen nicht überspannen dürfe. Trotzdem waren die gestellten Ansprüche noch hoch genug.

Die Denkschrift war geschickt abgefaßt. Dadurch, daß die Reichsritterschaft zunächst alle vor 1806 innegehabten Rechte und Privilegien beanspruchte, suchte sie die Kongreßversammlung für die Ansicht zu gewinnen, daß die in der Rheinbundakte festgesetzten Bestimmungen nicht zu Recht beständen. Auf dieser Grundlage stellte sich die Reichsritterschaft nun gewisser-

maßen auf gleiche Stufe mit den Fürsten; sie wollte selbständig mit diesen Verhandlungen pflegen und erklärte sich bereit, verschiedene Rechte an sie abzutreten. Es waren Rechte, die die Reichsritterschaft bereits verloren hatte, und auf deren Zurückerlangung sie nicht mehr rechnen konnte; denn den Einsichtigen unter ihnen war es wohl inzwischen klar geworden, daß die Reichsunmittelbarkeit in der alten Weise nicht mehr herzustellen war. Dieses Verfahren aber, das die Reichsritterschaft insofern in ein günstiges Licht stellte, als es ihr den Anstrich eines wohlwollenden Entgegenkommens gab, ermöglichte es ihr, ihre Bereitwilligkeit, diese Opfer zu bringen, an Bedingungen zu knüpfen. Sie hoffte, durch dieses Verfahren eine große Anzahl von Rechten wiederzuerlangen, die ein Teil ihrer Mitglieder nicht mehr inne hatte, und sie konnte auf sie um so energischer Anspruch erheben, als sie jetzt als zur Versöhnung bereit dastand.

Die Erfüllung ihrer Wünsche sah die ehemalige Reichsritterschaft nur in der Wiedererrichtung des Kaisertums gewährleistet. Nur so schien ihr die Wiedererlangung der verlorenen Reichsunmittelbarkeit möglich; deshalb trat sie auch voll und ganz für die Kaiseridee ein. Aufgewachsen in der alten Tradition, gab es für sie keinen anderen Weg, und diesen ging sie zusammen mit dem Vorkämpfer des Kaisertums, dem Reichsfürstentum vom Stein, der eine sehr rege, wenn auch leider wenig erfolgreiche Tätigkeit auf dem Kongreß entfaltete. Den Höhepunkt bildete seine Kaiserdenkschrift vom 17. Februar 1815. Aber der Zeitpunkt war ungünstig gewählt. Die Verhandlungen auf dem Kongreß nahmen einen anderen Verlauf. Die ausländischen Mächte hatten kein Interesse an einem mächtigen deutschen Kaiserreiche, und im Innern war man nicht einig. Welchem der beiden deutschen Großstaaten sollte die Vormachtstellung zukommen? Das ganze Projekt wurde dadurch hinfällig, daß die Mittelstaaten hinzugezogen wurden. Diese aber waren nur zu gewinnen gewesen durch das Zugeständnis der vollen Souveränität, und es trat statt des erstrebten Bundesstaates nur ein Staatenbund ins Leben. Durch diesen Verlauf wurde auch die ritterschaftliche Angelegenheit entschieden. Der Versuch, die Reichsunmittelbarkeit wiederzuerlangen, war gescheitert.

Die endgültige Festsetzung der reichsritterschaftlichen Verhältnisse erfolgte in Artikel 14 der Bundesakte vom 8. Juni 1815. Es wurden dem ehemaligen Reichsadel zugesichert: die unbeschränkte Freiheit des Aufenthaltes in jedem zum Bunde gehörigen oder mit diesem in Frieden lebenden Staat, die Aufrechterhaltung der Familienverträge gemäß der früheren deutschen Reichsverfassung und die Befugnis, über die Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, mit der Einschränkung, daß diese dem Souverän vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntnis und Nachachtung gebracht werden sollten. Die bisher dagegen erlassenen



Anweisungen sollten für künftige Fälle nicht weiter anwendbar sein. Fernerhin wurden zugesichert: Anteil der Begüterten an Landstandschaft, Patrimonial- und Forstgerichtsbarkeit, Ortpolizei, Kirchenpatronat und der privilegierte Gerichtsstand. Diese Rechte sollten jedoch nur nach Vorschrift der Landesgesetze ausgeübt werden. Betreffs der linksrheinischen Reichsritterschaft wurde schließlich noch bestimmt, daß auf sie bei Anwendung der obigen Grundsätze die durch die dortigen Verhältnisse notwendigen Beschränkungen stattfinden mußten.

Es war ein kläglicher Rest von Rechten, den die ehemalige Reichsritterschaft gerettet hatte, und auch dieser war von zweifelhaftem Werte für sie. Denn welche Bedeutung hatte die Patrimonialgerichtsbarkeit, die nach Vorschrift der Landesgesetze ausgeübt werden mußte! Es war eine Belastung der grundherrlichen Kasse durch Besoldung eines Patrimonialbeamten, der in Wirklichkeit dem Landesherrn zu gehorchen hatte. Das wichtigste Zugeständnis war wohl das der Landstandschaft für die begüterten Reichsritter. Hier winkte ihnen ein bedeutendes Wirkungsfeld.

Bereits ein Jahr vor dem Festlegen der Verhandlungen auf dem Wiener Kongreß in der deutschen Bundesakte, deren Artikel 13 die Einführung einer landständischen Verfassung in allen Bundesstaaten in Aussicht stellte, hatten Herzog und Fürst dem nassauischen Lande unterm 1. 2. September 1814 eine Verfassung gegeben. Bis zum Inkrafttreten des Konstitutionsediktes aber nahmen die Dinge ihren bisherigen Verlauf weiter. Da wichtigere Fragen in jener Uebergangszeit erledigt werden mußten, so geschah in der reichsritterschaftlichen Angelegenheit in diesem Zeitraume wenig. Durch das Steueredikt vom 9./11. Dezember 1815 wurden die standes- und grundherrlichen Jurisdiktionsgefälle vollständig beseitigt. Den adligen und bürgerlichen Eigentümern war Entschädigung für den Verlust zugesichert worden, der ihnen durch die Aufhebung der älteren Abgaben und Frohnden an ihrem Privateigentum entstanden war. Bis 1816 kam man diesem Versprechen fast in keinem Falle nach. Die Gräfin v. Coudenhove bildete hier eine Ausnahme, und es wurde ihr unterm 25. März 1815 für die durch das Edikt vom 1./3. September 1812 aufgehobenen Abgaben, wie Viehdienst-, Mann-, Gänse- und Manumissionsgelder, Sommer-, Rauch- und Leibhühner und Besthaupt eine jährliche Rente von 250 fl. gewährt.<sup>113</sup> Fast allgemein wurde jetzt die willkürliche Gerichtsbarkeit von der Ziviljurisdiktion getrennt, wo dies nicht schon früher erfolgt war, und erstere den Landschreibereien zugewiesen. Bei der Festsetzung der grundherrlichen Verhältnisse in Niederhofheim war 1811 die freiwillige Gerichtsbarkeit mit Stillschweigen übergangen worden,<sup>114</sup> da der Landschreiber des Amtes Höchst diese bereits ausgeübt hatte. Am Gerichte zu Nievern wurde sie jedoch von dem dortigen Gerichtshalter, wie in Osterspau von dem

dortigen Beamten, ausgeübt. Durch das Organisationsdekret vom 28. Juli 1814 nun wurden alle Handlungen der willkürlichen Gerichtsbarkeit im ganzen Amte Braubach mit Einschluß der beiden Herrschaften Nievern und Osterspai an die neu errichtete Landschreiberei verwiesen.<sup>105</sup> Ausgenommen hiervon sollte nur die Fertigung der gerichtlichen Testamente sein, die das Amt Braubach zu versehen hatte.

Eine besondere Stelle nahm die Regelung der Steinschen Angelegenheiten ein. Am 16. Dezember 1808 hatte Napoleon von Madrid aus den Freiherrn vom Stein geächtet und die Sequestration seiner Güter befohlen. Am 5. Januar 1809 war diese auf die Bachersche Note vom 1. Januar hin verhängt und in demselben Jahre die Patrimonialgerichtsbarkeit in Frucht und Schweighausen stillschweigend von Nassau übernommen worden. Die während der Beschlagnahme der Steinschen Güter erhobenen Geld- und Fruchtgefälle aber waren in Verwahrung genommen worden. Als Kommissar über das sequestrierte Vermögen hatte das Staatsministerium am 17. März 1809 den Hofrat Vietor in Miehlen bestimmt; nach dessen Tode in demselben Jahre hatte der Steinsche Rat Wieler die Geschäfte des Kommissars unter Aufsicht des Referenten in der Steinschen Angelegenheit fortgeführt.<sup>96</sup> Im November 1813 hob nun der Herzog nach seinem Ausscheiden aus dem Rheinbunde die Beschlagnahme wieder auf, nachdem bereits von Gagern 1810 nach der Aufhebung des Sequesters über die Güter der im österreichischen Dienste stehenden Adligen ein vergeblicher Versuch gemacht worden war, diese auf die Steinschen Besitzungen auszudehnen. Die verwahrten Gefälle wurden dem Freiherrn zugestellt, der in den eigenen Besitz und Genuß seiner Güter wieder eingesetzt wurde. Mit der Aufhebung des Sequesters fiel eigentlich auch die Patrimonialgerichtsbarkeit Stein wieder zu. Da er sie jedoch nicht ausüben ließ, so blieb sie bei Nassau.<sup>149</sup> Der Verlust, der dem Freiherrn durch das Edikt vom 1./3. September 1812 erwachsen war, wurde von der Steinschen Verwaltung auf 1388 fl. jährlich oder ein Kapital von 16 270 fl. berechnet. Nassau entschädigte ihn durch einen Hof und durch Waldungen im Gesamtwerte von 5700 fl. Auch in anderer Weise kam es dem großen Staatsmann entgegen. Da Stein nur Töchter hatte, so wurde auf seinen Wunsch die Umwandlung seiner Besitzungen aus einem Mann- in ein Weiberlehen 1814 in die Wege geleitet und 1816 zum Abschlusse gebracht.

Durch alle diese Maßnahmen aber hatte Nassau erreicht, daß der Mann, von dem es auf dem Wiener Kongreß am meisten zu befürchten hatte, mit dem Herzogtum versöhnt zu den bevorstehenden Verhandlungen ging. Ein noch engeres Verhältnis sollte dadurch zustande kommen, daß Marschall wegen Einführung einer Verfassung mit dem Reorganisator des preußischen Staates in nähere Fühlung trat.<sup>149</sup> Angeregt durch Steins Denkschrift

von Chaumont, in der dieser Vertretung der Einzelstaaten am Bunde durch Provinzialstände und ständische Verfassungen für die Einzelstaaten verlangte, trat der nassauische Minister dem Gedanken einer nassauischen Verfassung näher und legte seine „Hauptideen zur Organisation einer landständischen Verfassung für das Herzogthum Nassau“ Stein zur Begutachtung vor. Dieser beurteilte Marschalls Entwurf sehr günstig, machte aber seinerseits am 10. August 1814 ergänzende Gegenvorschläge, auf Grund deren Ibells die „Hauptideen . . .“ umarbeitete. Diese erste Redaktion der nassauischen Verfassungsurkunde wurde Stein wiederum mitgeteilt, dem die Angelegenheit sehr am Herzen lag. Er verfaßte deshalb am 24. August 1814 in Nassau eine neue Denkschrift, wodurch eine nochmalige Umarbeitung von Ibells Entwurf nötig wurde. Diese zweite Redaktion wurde dann schließlich unterm 1./2. September 1814 als Konstitutionsedikt erlassen.<sup>150</sup>

Das Wichtige dieses Ediktes war, daß den Standes- und Grundherrschaften ein gewisser Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung als erbliches Vorrecht zugesichert und dadurch ein verfassungsmäßiger Wirkungskreis eröffnet wurde. Indem auf die noch ausstehende Regelung der deutschen Verhältnisse auf dem Wiener Kongreß hingewiesen wurde, versprachen vorläufig und bis zu noch erfolgender Verordnung die Regenten für sich und ihre Nachfolger in der Regierung, die Sicherheit des Eigentums und der persönlichen Freiheit unter die mitwirkende Gewährleistung der Landstände stellen zu wollen. Die Rechte der Landstände aber wurden folgendermaßen festgelegt: 1. Es sollte ohne ihre Einwilligung an den die Aufrechterhaltung der bürgerlichen und Gewerbefreiheit, sowie die Gleichheit der Abgaben bezweckenden Gesetzen keine Abänderung vorgenommen werden dürfen. Neue Gesetze, die diese Gegenstände beträfen, bedürften der Zustimmung der Stände. 2. Ferner wurde ihnen gestattet, Vorschläge zur Abänderung bestehender und Einführung neuer Gesetze, wie auch Beschwerden von Landesteilen oder Untertanenklassen vortragen zu dürfen. Gegen den Staatsminister und gegen Landeskollegien sollte bei bestimmten Beschuldigungen eine Untersuchungskommission angesetzt werden. Die Anträge mußten in jeder Abteilung besonders erörtert und zur Abstimmung gebracht werden, dürften jedoch den Landesherrschaften nur vorgelegt werden, wenn sie die Mehrheit in jeder Kammer erhalten hätten. Ebenso habe der Gang bei der Begutachtung der von den Regenten vorgelegten Gesetzesvorschläge zu sein. Nur die in jeder einzelnen Abteilung zählende Stimmenmehrheit sollte die Zustimmung der Landstände bekunden. Bei nicht stattfindender Vereinbarung behalte sich der Landesherr die Entscheidung vor. 3. Weiterhin mußten alle von den Untertanen zu erhebenden direkten und indirekten Abgaben von der Mehrheit der Landstände im voraus bewilligt werden. Zu diesem Zwecke sollten

diese Kenntnis erhalten von den Bedürfnissen des kommenden Jahres und von den Rechnungen der Vorjahre. 4. Schließlich erhielten die Landstände die Befugnis, während der Sitzungszeit Vorstellungen und Bittschriften von einzelnen Untertanen oder Gemeinden anzunehmen. Diese mußten schriftlich den Präsidenten beider Kammern zugeschickt werden.

Die Landstände sollten im ersten Viertel eines jeden Jahres einberufen werden; auch könnten sie zu außerordentlichen Tagungen zusammentreten. Eigenmächtiges Zusammentreten derselben wurde hingegen verboten, und die etwa sich ergebenden Entschlüsse sollten keine Gültigkeit haben.

Laut dem Edikte setzten sich die Landstände aus den Mitgliedern der Herrenbank und denen der Landesdeputierten-Kammer zusammen. Alle Prinzen des Hauses nach vollendetem einundzwanzigsten Lebensjahre waren geborene Landstände und Mitglieder der Herrenbank. Erbliche Mitglieder sollten sein: Graf v. Waldbott-Basserheim, Graf v. Walderdorf, Fürst von der Leyen wegen der Grundherrschaft Nievern, Fürst v. Hatzfeld wegen der Grundherrschaft Schönstein und Freiherr vom Stein wegen der Herrschaften Frücht und Schweighausen und der übrigen von Nassau zu Lehen tragenden Stammgüter. Diese durften vom fünfundzwanzigsten Jahre an den Versammlungen persönlich beiwohnen oder sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen, die im Lande angesessen und fünfundzwanzig Jahre alt waren.

Außer den Vorgenannten sollten noch andere zu Mitgliedern der Herrenbank auf Lebenszeit oder mit dem Rechte der Vererbung ernannt werden. Sie mußten jedoch dem deutschen Fürsten-, Grafen- oder Freiherrnstande angehören und wenigstens 200 fl. zu jedem Grundsteuersimplum im Herzogtum beitragen. Schließlich wurde noch bestimmt, daß kein Mitglied der Herrenbank sich durch ein anderes Mitglied in der Versammlung vertreten lassen oder ihm die Führung seiner Stimme übertragen könne.

Die erblichen Mitglieder der Herrenbank waren sämtlich ehemalige Reichsritter, und es ist zu verstehen, wenn die Regenten es mit der Einführung der Verfassung nicht sehr eilig hatten. Sie mußten von dieser Seite auf unerquickliche Angriffe gefaßt sein. Die Verfassung trat daher erst unter dem Nachfolger der beiden Rheinbundfürsten in Kraft. Diese starben kurz nacheinander, Fürst Friedrich Wilhelm am 9. Januar 1816 infolge eines Unfalles und Herzog Friedrich August am 24. März hochbetagt im Alter von beinahe achtundsiebzig Jahren. Dem neuen Herzoge, Wilhelm, standen schwere Aufgaben bevor. An erster Stelle stand die Auseinandersetzung mit dem durch das verzögerte Inkrafttreten des Ediktes und durch die früheren Vorgänge erbitterten hohen und niederen ehemals reichsunmittelbaren Adel, der sich jetzt energisch regte.



Die soeben behandelte Zeitspanne von zwei Jahren war insofern von Wichtigkeit, als sich die Wiedererrichtung der Reichsritterschaft als unmöglich herausgestellt hatte. Der Wiener Kongreß hatte nicht auf die durch den Reichsdeputationshauptschluß geschaffenen Verhältnisse zurückgegriffen, sondern den durch die Rheinbundakte herbeigeführten Zustand als rechtskräftig anerkannt. Es ließ sich voraussehen, daß die noch geretteten reichsritterschaftlichen Vorrechte sich auf die Dauer ebenfalls nicht erhalten ließen. Die beiden nassauischen Regenten hatten sich nach der Auflösung des Rheinbundes klug benommen, indem sie ihren alten Widersacher Stein durch geschickte Maßnahmen mit sich aussöhnten. Als aber der Einfluß des großen Mannes auf dem Wiener Kongreß geringer geworden war, war bald wieder eine Entfremdung eingetreten.

### S c h l u ß.

#### *Regelung der grundherrlichen Verhältnisse in Nassau nach dem Wiener Kongreß.*

Kurz nachdem Fürst Wilhelm von Nassau-Weilburg nach dem Tode des letzten Nassau-USingers den Herzogstitel angenommen hatte, brach der Kampf um die Verfassung aus. Viel wurde auf der einen Seite von Stein erhofft und erwartet,<sup>151</sup> auf der anderen Seite befürchtet. Ihm, der bei dem Zustandekommen der nassauischen Verfassung so viel mitgewirkt hatte, konnte es nicht gleichgültig sein, daß sie nun auch eingeführt wurde. Ohne Berufung der Stände waren verschiedene Edikte erlassen worden. In späteren Edikten wurden die Stände überhaupt nicht mehr erwähnt. Dies gab den Anlaß zu dem nun ausbrechenden Kampfe. Der Hauptangriff des Adels richtete sich gegen den im Amte verbliebenen Minister v. Marschall, dem alle Schuld an der bisher noch nicht erfolgten Einführung der Verfassung zugeschoben wurde. Den genaueren Verlauf dieses Kampfes zu schildern, ist nicht unsere Aufgabe. Stein, Walderdorf und die Fürstin von Berneburg-Schaumburg waren besonders tätig für die Einführung der Verfassung, wobei sie von dem Adel des Landes unterstützt wurden. Am 3. März 1818 konnte endlich die Ständeversammlung eröffnet werden.

Mit dem Regierungsantritt des neuen Herzogs begann auch sofort die Regelung der standesherrlichen und grundherrlichen Verhältnisse. Bereits am 28. März 1816 erließ das Staatsministerium an die Landesregierung die Weisung, die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Reichsadel zu beschleunigen.<sup>152</sup> Artikel 14 der Bundesakte hatte die Rechte dieser Klasse festgelegt und verordnet, daß bei der näheren Bestimmung der angeführten Befugnisse zur Festsetzung des Rechtszustandes der

mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren die bayrische Verordnung vom 19. März 1807 als Grundlage und Muster gelten sollte. Dies geschah auch in Nassau. Am 7. August 1816 reichte die Regierung die Anträge des Referenten in dieser Angelegenheit, Ibells, dem Staatsministerium ein. Ibells Vorschläge über die wahrzunehmende Form bei den Unterhandlungen mit den Standes- und Grundherrschaften liefen darauf hinaus, zuerst die Standesherrschaft: Graf v. Bassenheim usw., und dann die Grundherrschaft: Gräfin v. Coudenhove, Graf v. Sickingen, Freiherrn v. Preuschen, Fürst von der Leyen, Graf v. Walderdorf, Freiherr v. Hohenfeld, Graf v. Boos, Freiherr v. Frankenstein und Graf v. Schönborn einzuladen, durch Bevollmächtigte bei der Regierung zur endgültigen Festsetzung ihrer Verhältnisse zur Landesherrschaft mitzuwirken.<sup>153</sup> Die Bevollmächtigten sollten einzeln aufgefordert werden, durch schriftliche Eingaben die Wünsche ihrer Auftraggeber vorzutragen. Unter Leitung des Regierungsdirektoriums sollte daraufhin eine Uebereinkunft durch mündliche Verhandlungen Ibells mit den Bevollmächtigten versucht und das Ergebnis der Ansichten von letzteren in der Form eines endgültigen Vorschlags eingereicht, von der Regierung begutachtet und dem Staatsministerium vorgelegt werden. Die herzogliche Entschliessung betreffs der Organisation der standes- und grundherrlichen Rechte und der Entschädigungsrente für die aufgehobenen Abgaben und Leistungen sollte schließlich den Bevollmächtigten in Form einer einseitigen Urkunde des Landesherrn zugefertigt werden. Ferner schlug Ibell vor, die Verhältnisse Steins wegen Frucht und Schweighausen unerörtert zu lassen, da diese durch das Verschwinden der Patrimonialgerichtsbarkeit und die vollständige Abfindung der Entschädigungsrente hinreichend geregelt seien. Ebenso sei in Eisenbach und Wasenbach von den Grundherrschaften auf die Patrimonialgerichtsbarkeit verzichtet worden, und es müßte deshalb mit diesen nur noch über die Entschädigungsrente ein Ausgleich herbeigeführt werden. Da die Patrimonialgerichtsbarkeit der Grundherrschaften störend im Verwaltungssystem empfunden wurde, so war Ibells letzter Vorschlag, diese auf jede Weise abzuwandeln. Es sollte daher eine Uebereinkunft getroffen werden, daß der Grundherr den landesherrlichen Beamten mit der Patrimonialgerichtsbarkeit, die ihm mit den erforderlichen Beschränkungen in der Organisationsurkunde ausdrücklich vorbehalten werden müsse, beauftrage.

Am 25. Oktober fanden diese Anträge die landesherrliche Genehmigung, woraufhin der Regierung unterm 28. Oktober die näheren Weisungen vom Staatsministerium zugegingen. Als oberster Grundsatz wurde festgestellt, die politische Einheit bei der bevorstehenden Revision der infolge der Rheinbundakte vollzogenen Organisationen der standes- und grundherrlichen Verhältnisse zu erhalten und jede Anordnung in den organischen Bestimmungen im allgemeinen zu vermeiden. Die Standes- und

Grundherrschaften sollten denselben Vollziehungsbehörden untergeordnet bleiben und nach denselben Verwaltungsvorschriften verwaltet werden, damit sie wie bisher als integrierende Teile des Herzogtums erschienen. Wie bei Frücht, Schweighausen, Eisenbach und Wasenbach sollte nach Möglichkeit die Patrimonialgerichtsbarkeit bei den Grundherrschaften durch ständige Uebertragung an die landesherrlichen Beamten abgewandelt werden. Betreffs der Rentenabteilung überließ das Staatsministerium der Regierung, die nach der bayrischen Verordnung eintretende Erhöhung der zu bewilligenden Entschädigungsrente gegen Aufhebung des bisher zurückvergüteten Grundsteuerdrittels zu begutachten.

Nach der Festsetzung der grundherrlichen Verhältnisse des Grafen v. Walderdorf erfolgte die der Gräfin v. Coudenhove.<sup>106</sup> In Niederhofheim bestand seit der Versetzung des gräflichen Beamten nach Montabaur im Juli 1816 tatsächlich keine Gerichtsbarkeit mehr. Bereits im November dieses Jahres drückte die Gräfin ihre Geneigtheit aus, auf diese zu verzichten und das Lehen auszutauschen. Als Bedingung dieses Tausches aber stellte sie die von früher her bekannte Forderung, daß ihr für die 15 000 fl., die für die Verleihung des Lehens gezahlt worden waren, und die nach damaligem Kurs das Doppelte betrug, eine Entschädigung zuteil werde. Als Tauschobjekt schlug sie wiederum den herrschaftlichen Hof zu Flörsheim vor. Sie drohte mit der Ernennung eines neuen Beamten, falls Nassau sich weigern würde, auf ihre Wünsche einzugehen. Als auf den ihr erteilten Bescheid, daß Nassau sich mit den Bevollmächtigten der einzelnen Grundherrschaften auseinander setzen wolle, keine Einladung erfolgte, teilte sie Marschall mit, daß sie dem herzoglichen Beamten zu Höchst die Ausübung der Gerichtsbarkeit nur so lange überlassen wolle, bis sie über die fernere Verwaltung geeignete Maßregeln getroffen habe. Nassau hatte ein großes Interesse daran, die Ernennung eines neuen Patrimonialbeamten verhindert zu sehen. Hier war eine günstige Gelegenheit vorhanden, nach den aufgestellten Grundsätzen die Verwaltung zu vereinfachen. Deshalb erging am 3. Februar 1817 der landesherrliche Befehl, die Coudenhovesche Sache zu beschleunigen. Die Kommission ging auf die Tauschpläne nicht ein, sondern schlug eine Entschädigungsrente von 500 fl. für den Schaden vor, der der Gräfin durch die Steuergesetzgebung,<sup>154</sup> besonders durch die Edikte vom 1. Januar 1808, 1./3. September 1812 und 9./11. Dezember 1815 über die Aufhebung der älteren Abgaben und ebenso durch den Verzicht auf die Patrimonialgerichtsbarkeit und deren Nutzungen und durch das Edikt vom 4./5. Juni 1816 über die Amts- und Gemeindeverwaltung erwachsen war. Nach Genehmigung des Antrages wurde das Ergebnis der Gräfin mitgeteilt. Es wurde ihr ein Vertragsentwurf zugeschickt, den sie bei der Regierung einreichen sollte. In diesem war der Verzicht auf alle grundherrlichen Gerechtsame mit Ausnahme des privilegierten Ge-

richtsstandes beim Hofgericht in Personalklagesachen ausgesprochen. Die persönlichen Ehrenrechte wurden ihr gemäß der deutschen Bundesakte zugesichert. Endlich sollte sie einen eidlichen Unterwerfungsrevers ausstellen, wenn sie im Herzogtum ihren Wohnsitz nehmen würde. Die Rente aber, deren Erhöhung auf 550 fl. am 8. Juli 1818 bewilligt wurde, sollte vom 1. Juli 1816 an ausbezahlt werden. Erst am 31. August 1819 konnte die Regierung dem Staatsministerium melden, daß ihr der Verzicht der Gräfin zugegangen sei. Nach deren Tode bezog ihr Sohn die jährliche, inzwischen auf 600 fl. erhöhte Steuerrente fort, bis er sie 1832 gegen eine Geldsumme von 10 700 fl. an den Freiherrn v. Rothschild verkaufte.

Die dem Grafen v. Waldbott-Bassenheim zugestellte Deklaration vom 11. Juli 1823 über die standesherrlichen Verhältnisse<sup>155</sup> enthielt über die Gerichtsbarkeit die Bestimmung, daß die Standesherrschaft die ihr durch die Bundesakte zukommenden Gerechtsame bezüglich der Jurisdiktion, besonders auch in Forstsachen und Polizei, den Behörden übertrage. Sie sollte in diesem Falle frei von jedem Beitrage zu den Kosten sein. Da der Vergleich aber jederzeit widerruflich sein sollte, so war der Standesherrschaft gestattet, die Uebertragung, wenn es ihr beliebe, rückgängig zu machen und die Gerechtsame der Jurisdiktion und Polizei nach den Landesgesetzen, jedoch auf eigene Kosten, ausüben zu lassen. Der Beamte habe sich bei Ausfertigungen, die das standesherrliche Gebiet beträfen, der Unterschrift „Hzgl: Nass: Gräfl: Waldbott-Bassenheimisches Amt“ und eines Siegels mit derselben Umschrift zu bedienen. Für den Standesherrn wurde für den durch die Edikte vom 1./3. September 1812 und 9./11. Dezember 1815 erlittenen Schaden in einer vom Herzoge vollzogenen Urkunde eine ewige, an die Steuereinkünfte der Gemeinden des Standesgebietes geknüpfte steuerbare Grundrente von 5580 fl. als Entschädigung angesetzt.

Die Deklarationen über die grundherrlichen Verhältnisse der gräflichen Familie v. Walderdorf und der freiherrlichen Familie v. Preuschen enthielten über die Patrimonialgerichtsbarkeit zu Molsberg bzw. zu Osterspai die Entsagung dieser Familien auf die Ausübung der Patrimonialgerichtsbarkeit in jenen Orten; das Jurisdiktionsrecht selbst jedoch blieb ihnen vorbehalten. Sie sollten befugt sein, dasselbe zu jeder Zeit nach Vorschrift der Amtsverwaltungsordnung und mit Uebernahme der Verwaltungskosten ausüben zu dürfen, soweit es mit den Landesgesetzen vereinbarlich sei. Für die Aufhebung der grundherrlichen Gefälle wurde der Familie v. Walderdorf eine immerwährende jährliche Rente von etwa 532 fl. zuerkannt, in der ein Betrag von 200 fl. für Jurisdiktionsgefälle enthalten war. Der Familie v. Preuschen sprach man eine Entschädigungsrente von etwa 398 fl. zu.

Ebenso wie in diesen Fällen verfuhr man bei den anderen Grundherrschaften.<sup>152</sup> Es wurden Verordnungen getroffen, wonach die Ausübung der landesherrlichen Gewalt und der grund-



herrlichen Gerechtsame in Justiz- und Polizeisachen durch ein und dieselbe Behörde stattfinden und den Verwaltungsvorschriften somit allenthalben gleichmäßige Vollziehung gesichert werden sollte. Weder den Standes- noch den Grundherrschaften verblieb die Steuerfreiheit. Bei der Abtheilung der Einkünfte ging man nach dem Prinzip vor, alle Abgaben und Steuern, die auf dem Untertanenverbande und der Landeshoheit beruhten, für die Landessteuerkasse oder die Gemeindekassen in Anspruch zu nehmen. Die Einkünfte, die die Standes- und Grundherrschaften von den Untertanen direkt zu empfangen hatten, wurden demgemäß auf die eigentlichen gutherrlichen Leistungen beschränkt, die auf privatrechtlichen Eigentums- und Kontratsverhältnissen beruhten, also von jedem Privatmanne und Untertanen ebenso besessen werden konnten.

Die Entschädigung für entzogene Einkünfte erfolgte nach einem Durchschnitt in jährlichen Geldrenten aus der Landessteuerkasse und wurde in jedem einzelnen Falle im Wege des Vergleiches festgesetzt, wobei Nassau zur Durchführung der aufgestellten Grundsätze finanzielle Opfer nicht scheute. Da im Herzogtum eine Kabinettsjustiz und -polizei nicht geduldet und deshalb den Standes- und Grundherrschaften eine unmittelbare Einwirkung auf ihre Beamten in Polizei- und Justizsachen nicht gestattet wurde, da zudem die Patrimonialgerichtsbarkeit nach gleichen Grundsätzen wie bei den herzoglichen Stellen ausgeübt werden mußte und diese den Standes- und Grundherrschaften einen großen Kostenaufwand ohne einen bedeutenden Gewinn verursacht haben würde, so fanden sie sich dazu bereit, die Gerichtsbarkeit durch die herzoglichen Beamten ausüben zu lassen, wenn sie nicht etwa ganz auf ihr Jurisdiktionsrecht Verzicht leisteten.

So war die Regelung der standes- und grundherrschaftlichen Verhältnisse unter Herzog Wilhelm zu einem gewissen Abschluß gekommen. Unter seinem Regierungsnachfolger, Herzog Adolf, war in den Jahren 1848 und 1849 wenig mehr hinzuzufügen.<sup>155</sup> Nach Paragraph 41 der „Grundrechte des deutschen Volkes“ sollte alle Gerichtsbarkeit vom Staate ausgehen, und es wurde die Aufhebung der Patrimonialgerichte ausgesprochen. Paragraph 35 ordnete näher an, daß die Patrimonialgerichtsbarkeit und grundherrschaftliche Polizei samt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Befreiungen und Abgaben und ferner die aus dem gutherrschaftlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen ohne Entschädigungen aufzuheben seien. Nach dem damaligen Stande der Patrimonialgerichtsbarkeit in Nassau war eine abändernde Bestimmung des Paragraphen 35 nicht erforderlich; es bedurfte nur der Abstellung des auf die bestehende Patrimonialgerichtsbarkeit hinweisenden Zusatzes in der Bezeichnung der Aemter bei Bassenheim und verschiedenen anderen Standesherrschaften.

Als durch das Gesetz vom 20. September 1866 das Herzog-

tum seine Selbständigkeit verlor und Preußen einverleibt wurde, war von den Vorrechten der ehemaligen Reichsritter nichts mehr übrig geblieben. Sie hatten darauf zu gunsten der neuzeitlichen Staaten verzichten müssen, und es waren ihre früher reichsunmittelbaren Gebiete mit dem Lande, in dessen Grenzen sie lagen, zu einem einheitlichen Ganzen zusammengewachsen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Reichsritterschaft, wie der Landesadel, dem niederen Adel angehörte und erst allmählich diesem gegenüber eine bevorrechtete Stellung errang, daß sie ferner als Korporation zu Beginn der Neuzeit entstand. Unter Franz von Sickingen griff sie in die gesamtdeutschen Verhältnisse ein, eine Rolle, die sie später nie wieder gespielt hat. Schon frühzeitig schloß sie sich dem Kaiser an, unter dessen Schutz sie sich auf Kosten der Fürsten bedeutend ausdehnte. So war ihr Geschick eng mit dem des Kaisers verbunden; mit ihm stand und fiel sie. Mit dem Schwinden der kaiserlichen Macht verlor auch sie immer mehr an Bedeutung. Die durch die französische Revolution sich verbreitenden Anschauungen waren den patrimonialen Zuständen nicht günstig. Der dadurch hervorgerufenen Bewegung war die Reichsritterschaft auf die Dauer nicht gewachsen. Im Reichsdeputationshauptschluß wurde dem Kaiser durch die Zertrümmerung der geistlichen Staaten fast jeder Einfluß auf die deutschen Verhältnisse genommen. Die Fürsten richteten nun ihren Angriff gegen den letzten Vertreter des kaiserlichen Gedankens, die Reichsritterschaft. Dank dem kaiserlichen Eintreten aber entging sie diesmal noch ihrem unausbleiblichen Schicksale. Dieses ereilte sie und das alte Reich durch die Errichtung des Rheinbundes. Alle ritterschaftlichen Besitzungen kamen an die Fürsten, die nun teilweise durch rücksichtslose Gleichmacherei die Reichsritterschaft ihr trauriges Los noch drückender fühlen ließen. Nassau bewies noch ein gewisses Wohlwollen den Reichsrittern gegenüber, indem es ihnen viele ihrer Vorrechte ließ. Die Stimmung auf dem Wiener Kongreß war ihnen nicht günstig. Immerhin wurden ihre Rechte in der Bundesakte im allgemeinen festgestellt. Den einzelnen Staaten aber blieb es überlassen, die Angelegenheit nach ihrem Belieben zu regeln. So konnte es kommen, daß im Herzogtum Nassau dem ehemals reichsunmittelbaren Adel der Rest seiner Sonderrechte im Laufe der nächsten Jahrzehnte genommen wurde. Allgemein wurden diese in Deutschland erst durch die Revolution von 1848 beseitigt. Die ehemaligen Reichsritter waren dadurch dem übrigen Landesadel gleichgemacht.

Wir stehen am Ende der Entwicklung einer Körperschaft, die durch ihr langes Bestehen und ihre große Vergangenheit ehrwürdig wirkt. Wenn sie nun auch zu Grabe getragen worden ist, so wird die Erinnerung an sie doch in der Geschichte fortleben durch die vielen großen Männer, die aus ihrer Mitte hervorgegangen sind.

## Anmerkungen.

1. A. Meister „Deutsche Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis ins 15. Jahrhundert“ (3. Auflage). — „Grundriß der Geschichtswissenschaft“, Reihe II, Abteilung III, Leipzig u. Berlin 1922, S. 120—132.
2. R. Schröder „Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte“, 6. Aufl., I. Teil, herausgegeben von E. v. Künßberg. Leipzig 1919, S. 481 ff.
3. K. H. Roth v. Schreckenstein „Geschichte der ehemaligen freien Reichsritterschaft in Schwaben, Franken und am Rheinstrome“, 2 Bde. Tübingen 1859—1871, Bd. I, S. 618 f.
4. G. Knetsch „Die landständische Verfassung und reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier, vornehmlich im 16. Jahrhundert“. = „Historische Studien“, veröffentlicht von E. Ebering, Heft 75, Berlin 1909, S. 117.
5. H. Berghaus: „Deutschland seit hundert Jahren“. 2 Abteilungen in 5 Bänden. Leipzig 1859—62. I. Abt., 2. Bd., S. 273.
6. H. Müller „Der letzte Kampf der Reichsritterschaft um ihre Selbständigkeit (1790—1815)“. = „Historische Studien“, veröffentlicht von E. Ebering, Heft 77. Berlin 1910, S. 16.
7. Knetsch S. 125.
8. Roth v. Schreckenstein II, 333.
9. R. Heck „Die Regenten der ehemaligen Diezischen Lande aus den Häusern Diez und Nassau-Diez“. Diez 1912, S. 25.
10. Knetsch S. 113.
11. Roth v. Schreckenstein II, 332.
12. Knetsch an verschiedenen Stellen.
13. Heck führt auf S. 14 Beispiele an.
14. VII Landesregierung Dillenburg R. 255 A. Vol. 8. Dieses Aktenstück und alle weiterhin angeführten Akten befinden sich im Staatsarchiv zu Wiesbaden.
15. VII Ldsreg. Dillenb. R. 255 A. Vol. 7.
16. VIII Adm. Comm. 384.
17. Knetsch, S. 123.
18. Heck, S. 54.
19. Siehe die Druckschrift „Deductio Gravamina derer Fürsten und Stände auf dem Westerwald wider die Reichsritterschaft in der Wetterau und Konsorten . . .“.
20. Roth v. Schreckenstein II, 445.
21. VI, 1. Nassau-Weilburg. V. Abteilung 60.
22. VII Lds.-Reg. Dillenburg R. 255 A. Vol. 6.
23. Heck, S. 10.
24. C. D. Vogel „Beschreibung des Herzogthums Nassau“. Wiesbaden 1843, S. 241.
25. H. Düssel „Rechtskarte des Oberlandsgerichtsbezirks Frankfurt a. M. (mit Ausnahme der Hohenzollernschen Lande) nebst Erläuterungen“. Wiesbaden 1902, S. 75.
26. VIII St. M. 4397.
27. Schröder, 5. Aufl. 1907, S. 826.

28. J. G. Kerner „Allgemeines positives Staatsrecht der unmittelbaren freyen Reichsritterschaft in Schwaben, Franken und am Rhein“. 3 Teile. Lemgo 1786—89, Bd. II, S. 216.

29. Kerner I, 80 ff.

30. Kerner III, 224 f.

31. Kerner II, 174 f.

32. Kerner I, 67 ff.

33. Kerner I, 145 f.

34. Kerner II, 340.

35. Kerner I, 216 ff.

36. VIII A. C. 385.

37. K. Menzel „Geschichte von Nassau“. Bd. III. Wiesbaden 1889, S. 537. (= Schliepkake-Menzel „Geschichte von Nassau“ Bd. VII.) Siehe auch daselbst manche andere Daten.

38. Siehe über die verschiedenen Gebietsveränderungen: A. J. Weidenbach „Nassauische Territorien vom Besitzstande unmittelbar vor der französischen Revolution bis 1866“. = Annalen des Vereins für Nass. Altertumskunde und Geschichtsforschung. Bd. X. Wiesbaden 1870, S. 253—360. (Auch als Sonderabdruck erschienen.) Außer bei Weidenbach und Düsseldorf sind Karten zu finden in C. Spielmanns „Geschichte von Nassau“ Bd. I. Wiesbaden 1910 und im „Nassauischen Heimatbuch“, von K. Jacobi herausgegeben. Wiesbaden 1913. — Im „Geschlechtlichen Atlas der Rheinprovinz“, im Auftrage des Provinzialverbandes herausgegeben von der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, ist bei verschiedenen Karten auch das nassauische Gebiet berücksichtigt; hier sind die reichsritterschaftlichen Besitzungen eingezeichnet. Siehe auch im II. Bd. der „Erläuterungen zum geschlechtlichen Atlas der Rheinprovinz“: W. Fabricius „Die Karte von 1789. Einteilung und Entwicklung der Territorien von 1600—1794“. Bonn 1898.

39. Heck, S. 132.

40. Letzteres von der Reichsritterschaft beansprucht.

41. Und ebenso die nicht von der Reichsritterschaft abhängige Abtei Sayn.

42. An Eisenbach hatte auch der Freiherr v. Hohenfeld Anteil.

43. Heck, S. 131.

44. V. 1. Nass.-Us. I. Bd.: 127. Mit dem pfälzischen Unteramt Kaub wurde auch Sauertal in Besitz genommen. Auch Düsseldorf (S. 24) gibt an, daß Sauertal nicht zur Reichsritterschaft gehörte. Menzel S. 668 und Weidenbach führen es irrtümlich als reichsritterschaftlich an.

45. Menzel, S. 609.

46. Nassau-Weilburg VI 1<sup>o</sup> Generalia JAIb 289 a.

47. V Nass.-Us. Reg. z. Wiesb. 89 II.

48. VIII F. C. Nr. 3517.

49. Siehe auch Berghaus II. Abteilung, Bd. I, S. 385 ff.

50. Müllers Angabe (S. 150), daß die beiden Fürsten am 28. Dezember ein gemeinsames Patent erlassen hätten, ist falsch. Das weilburgische datiert vom 28., das usingische vom 31. Dezember 1803.

61. Auch Kurmainz und andere Staaten hatten die in ihrem Gebiete

52. V Nass.-Us. Reg. Wiesb. 89 I. Menzel S. 610 gibt irrtümlich den 3. Januar an.

53. Abgedruckt bei G. H. Pertz „Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein“. 6 Bände. Berlin 1849—55. Bd. I, S. 257, wo der Brief aber irrtümlich das Datum vom 10. Januar hat, und in C. F. Häberlins „Staats-



archiv“ 11. 436. Eine Würdigung des Briefes findet sich bei: M. Lehmann „Freiherr vom Stein“, 3 Bde., Leipzig 1902, 1903 und 1905. Bd. I, S. 303 ff.

54. In V Nass.-Us. Reg. Wiesb. 89 I sind von den Aemtern die in ihrem Gebiete gelegenen reichsritterschaftlichen Besitzungen angegeben.

55. Ein Verzeichnis der von der Regierung zu Ehrenbreitstein provisorisch in Besitz genommenen reichsritterschaftlichen Gebiete findet sich in: Nass.-Weilburg VI 1 Generalia JA1b 289 a.

56. Menzel S. 610 gibt den 9. Februar als Tag des Abrückens der nassau-usingischen Kommandos aus Frücht und Schweighausen an.

57. Dasselbe scheint in den mit Oranien gemeinschaftlichen Gebieten der Fall gewesen zu sein.

58. G. Weicker „Die Haltung Kursachsens im Streite um die unmittelbare Reichsritterschaft in den Jahren 1803—1806“. (Leipz. Diss.) Rudolstadt 1906, S. 91.

59. Weicker S. 74.

60. Weicker S. 92 f.

61. Auch Kurmainz und andere Staaten hatten die in ihrem Gebiete gelegenen reichsritterschaftlichen Besitzungen zur Mitbestreitung der Kriegslasten gezwungen (Müller S. 53). Ebenso hatte Usingen durch seine Aemter Höchst, Kronberg und Königstein die reichsritterschaftlichen Gutsbesitzer zu rückständigen Kriegslasten heranziehen wollen. (V Reg. Wiesb. 89 II.) Usingen hatte darauf Abhilfe zugesichert, falls die Besitzungen durch Steuern überbürdet seien. Die von den Rittergütern verlangten Kriegsbeiträge wurden tatsächlich zum Teil erhoben. (Zu ersiehcn aus einer Druckschrift der mittelhheinischen Reichsritterschaft mit dem Datum „Burg Friedberg, den 13. November 04“). Daß Usingen oder Weilburg die erhobenen Gelder zurückgezahlt hatten, ist unwahrscheinlich. Die Angabe Müllers (S. 173) aber, daß Nassau-Usingen nach der Wegnahme der Patente die Steuern weiter eingezogen habe, ist irrtümlich.

62. VIII St. M. 8445.

63. III 1 Mittelrhein. Rehrsrscht. 4.

64. Der Brief Marschalls an Gagern, der diese Mitteilung enthä' (Nass.-Weilb. VI 1 Generalia JA1b 289 a), hat das Datum: 16. Dezember 04. Es ist aber zweifellos der Januar gemeint.

65. Heck S. 131.

66. H. Chr. E. v. Gagern „Mein Antheil an der Politik“ Bd. I. Stuttgart und Tübingen 1823, S. 133.

67. Menzel S. 650 f.

68. Gagern S. 149.

69. Menzel S. 666: Nassau fehlte.

70. VI Kab. Weilburg 2.

71. VIII St. M. 1511 a.

72. VIII St. M. 3518.

73. Gedruckt in der Zeitschrift „Der Rheinische Bund“, herausgegeben von P. A. Winkopp, Bd. III (2. Aufl.) Frankfurt a. M. 1809, S. 133 und 487.

74. Menzel S. 668 ist irreführend. — 1807 leisteten die rheinischen Bundesfürsten durch wechselseitige Erklärungen auf alle lehnsheerlichen Rechte und Nutzungen über Lehen, die in dem Lande eines anderen Souveräns lagen, Verzicht und verwiesen die Vasallen an die betreffenden Fürsten als ihre neuen Lehnsherren. (VIII F. C. Nr. 3517.)

75. Baden wurde von Nassau auch später oft als Vorbild genommen, so bei der Besetzung der Deutschordensbesitzungen 1806, bei der Regelung der reichsritterschaftlichen Verhältnisse usw. Dies hatte wohl seinen

Hauptgrund darin, daß Marschalls ältester Bruder im badischen Staatsdienste stand. Auch mag nicht ohne Einfluß gewesen sein, daß der Großherzog von Baden die Tochter des Herzogs von Nassau zur Frau hatte.

76. Das Patent ist abgedruckt in „D. Rhein. Bund“ Bd. I, 2. Aufl. 1808, S. 97; das vom 31. Juli auf S. 94.

77. VIII St. M. 3516.

78. Abgedruckt in der Arbeit von A. Merker „Die Steuerreform im Herzogtum Nassau von 1806—1814“. (= Annal. des Vereins f. Nass. Altertums- u. Geschichtsf. Bd. 37) Wiesb. 1907, S. 135.

79. 1809 wurde das Staatsministerium umgebildet, und Gagern wurde zweiter Minister, welchen Posten er bis 1811 innehatte.

80. VI Kab. Weilb. 11.

81. VIII Adm. Komm. 3.

82. Unterm 24. September 1806 wurde dem Grafen v. Boos die Gerichtsbarkeit zuerkannt, falls er für die richtige Verrichtung derselben Sorge trüge. Boos jedoch verzichtete freiwillig auf die Ausübung dieser Gerechtsame. Ebenso leistete 1808 Freiherr v. Hohenfeld auf seine Mitgerichtsbarkeit in Eisenbach Verzicht. Dieses Dorf hatte Oranien zu einem Viertel, Weilburg zu einem Viertel und Hohenfeld zur Hälfte besessen. Letztere Hälfte wird in den Dillenburger Akten als reichsritterschaftlich angegeben. Da Eisenbach jedoch in den Akten des mittelhessischen Kantons nicht angeführt ist, so ist wahrscheinlicher, daß Hohenfeld in dieser Gemeinschaft gräfliche Rechte ausgeübt hat, wie dies im Amte Maischeid beim Grafen v. Walderdorf der Fall war. Letzterer trat seine Jurisdiktionsgerechtsame 1811 an das Haus Nassau freiwillig ab.

83. VI Reg. Weilburg 844 und VI Hofk. Weilburg 421.

84. VIII Adm. Komm. 7.

85. VIII Reg. Wiesb. 669.

86. VIII Reg. Wiesb. 61.

87. VIII Reg. Wiesb. 113. Hierin ist auch ein Verzeichnis der im Amte Diez befindlichen ritterschaftlichen oder adligen Besitzungen. Von denselben fielen fünf allein auf die Stadt Diez, und zwar ein Garten des Fürsten von der Leyen (85 Ruten 2 Schuh) bei der Sankt Peters-Kirche, ein demselben gehöriger Berg (ungefähr 2 Morgen), ein v. Köthisches Stück, das 1806 den Erben des Steinhauers Hermann Schwind gehörte (2 Morgen 124 Ruten 14½ Schuh), ein v. Hohenfeldsches Haus (das heutige „Heidelberger Faß“) und ein fürstlich von der Leyensches Haus (früher im Besitze der Freiherrn v. Diez und nach ihnen in dem der freiadlig Klöppelischen Familie), das bereits 1806 die Familie Eberhard besaß und für das von der Leyen bis 1806 Rittersteuern nach Friedberg entrichtete. Beide Gebäude liegen am Schloßberg. — Von den 34 übrigen Besitzungen lagen 3 in Freindiez, 3 in Altdiez, 3 in Heistenbach, 1 in Aull, 1 in Gückingen, 5 in Staffel, 2 in Linter, 1 in Holzheim, 1 in Flacht, 1 in Niederneisen, 5 in Oberneisen, 1 in Hahnstätten, 3 in Lohrheim, (3 in Dauborn) und 1 in Obernhof. — Die zum Oraniensteinischen Hof (= dem heute im Besitz der Familie v. Unruh befindlichen Hofhaus Oranien) gehörigen Wiesen zu Gürgeshausen lagen jenseits der Amtsgrenze.

88. Pertz I 343. — Da eine Besserung nicht sofort eintrat, hatten die Reichsritter 1807 eine neue Zusammenkunft in Frankfurt. Der neuwiedische Geheimrat Gärtner wurde nach Paris geschickt, um bei Napoleon feste Bestimmungen zu erwirken. Der Erfolg jedoch blieb aus: Pertz I 460. Auch Stein machte einen Versuch, die Lage seiner Standesgenossen zu bessern. Lehmann II 101.

89. VI Kab. Weillb. 840.
90. VIII Reg. Wiesb. 670.
91. VIII Hofk. Wiesb. 115.
92. Diese Gerichtsbarkeit mit der damit verbundenen niederen Polizeijurisdiktion wurde von dem Steinschen Beamten bis 1809 ausgeübt, in welchem Jahre auf Befehl Napoleons die Besitzungen Steins sequestriert wurden.
93. Diese Gerichtsbarkeit scheint durch den Vertrag vom 11./19. Juni 1807 zwischen Nassau und dem Grafen v. Bassenheim an Nassau übergegangen zu sein. (VIII Hofk. Wiesb. 116.)
94. VIII Reg. Wiesb. 687. Nach dem Tode Fulds war Hammer grundherrlicher Beamter, und es erhielt sich die Patrimonialgerichtsbarkeit in Osterspai über die Rheinbundzeit hinaus. (VIII Reg. Wiesb. 693). Düssels Angabe auf Seite 76, daß die Rechtspflege seit 1811 vom Amte Braubach ausgeübt worden sei, ist irrig.
95. VIII Reg. Ehrenbreitst. 39.
96. Kab. Weillb. 941.
97. VIII St. M. 3490. So ist die Angabe des Frankensteinschen Amtsverwesers vom 13. Oktober 1809; der Schönbornsche Beamte gibt unter demselben Datum die niedere und mittlere Gerichtsbarkeit in Zivil- und Kriminalfällen an.
98. VIII Reg. Wiesb. 686.
99. VIII Reg. Wiesb. 685.
100. Das Gerichtsordnungs-Edikt vom 11. November 1806 wird an späterer Stelle erwähnt. — Nachträglich wurde Amt Höchst von der Regierung am 28. Januar 1812 angewiesen, das Würfelspiel in Niederhofheim zu verbieten, weil es in ganz Nassau nicht erlaubt war. Am 18. März 1813 erging ein Ministerial-Erlaß, daß die Abgabe für den Aufenthalt schwangerer Personen in Niederhofheim, die bei der Feststellung der Renten zu erwähnen vergessen worden war, abzuschaffen sei.
101. VIII St. M. 4375 Fasc. I.
102. VIII Reg. Wiesb. 694.
103. VIII St. M. 4375 . Fasc. III.
104. VIII Reg. Wiesb. 370.
105. VIII Reg. Wiesb. 693.
106. VIII St. M. 4400.
107. VIII Reg. Wiesb. 667. In „D. Rhein. Bund“ I 475 abgedruckt.
108. Seit 1810 in Diez. (Spielmann I 251.)
109. Verordnungsblatt für das Herzogthum Nassau. Wiesb. 1809, S. 35.
110. VIII St. M. Verzeichnis I 1317.
111. Wiesbadener Wochenblatt vom Jahre 1807.
112. VI Kab. Weillb. 669.
113. VIII St. M. Verzeichnis I Nr. 1315.
114. Sie wurde aber nicht durchgeführt. Lediglich der Form halber wurde sie am 29. Oktober 1810 wieder aufgehoben. Durch dasselbe französische Dekret wurde die Auflösung des Deutschen Ordens, angeordnet, und Nassau, in dem die Ballei Hessen mit den Kommenden Marburg, Wetzlar und Schiffenberg, die Ballei Koblenz und die Kommenden Linz, Frankfurt, Friedberg und Kloppenheim Besitzungen und Gefälle von einem ungefähren Kapitalwerte von 85 000 fl. hatten, ergriff von dessen Gütern im Herzogtum, die es 1806 bereits beansprucht hatte, durch den Erlaß vom 31. Mai 1809 Besitz. (VIII St. M. 8400 u. VIII Reg. Wiesb. 395.)
115. VIII St. M. Verzeichn. I 1312.

116. Verordnungsblatt 1812, S. 79.
117. VIII St. M. 3489.
118. Verordnungsbl. 1809, S. 85.
119. Siehe die kleine Karte bei Weidenbach, auf der irrtümlicherweise „1806—13“ anstatt „1809—13“ steht.
120. Vogel S. 390.
121. VI Kab. Weillb. 2. Diese Zahl ist wohl nur auf die dreizehn bisher von Reichsrittern noch besessenen Dörfer zu beziehen.
122. VIII Reg. Wiesb. 395. Hierin ist ein ausführliches Verzeichnis der ritterschaftlichen Güter im Herzogtum, geordnet nach den Besitzern.
123. VI Reg. Weillb. 844.
124. VIII Reg. Wiesb. 668.
125. VIII Adm. Komm. 353. (Hinzu kamen noch 20 fl., die von Wasenbach erhoben wurden.)
126. Der Geldbetrag ist hier wie in der ganzen Arbeit abgerundet in Gulden (fl.) angegeben.
127. VIII Reg. Wiesb. 367.
128. Siehe auch Merker S. 88.
129. Im Auszuge in „D. Rhein. Bunde“ VII, S. 259 abgedruckt.
130. Merker S. 86.
131. Verordnungsbl. 1811, S. 85.
132. VI Kab. Weillb. 11.
133. VIII Reg. Wiesb. 707.
134. Siehe Merker.
135. Die Leibeigenschaft wurde am 1. Januar 1808 in Nassau aufgehoben.
136. VIII St. M. 8450.
137. Sobald die Gehälter der Agenten an den ehemaligen Reichsgerichten berechnet worden seien, sollte deren Uebernahme laut Entschließung vom 28. November 1808 erfolgen. Ebenso war bereits am 5. August 1807 einem bisher in Friedberg angestellten Prokurator vom Herzoge die Erlaubnis erteilt worden, bei den nassauischen Gerichtsstellen zu praktizieren. (VIII Reg. Wiesb. 675.)
138. So durch die Edikte vom 11. November 1806, vom 15. März 1808, vom 20. März 1809 und vom 3. Dezember 1811, späterhin durch die vom 1. September 1814, vom 5. Juni 1816, vom 23. April 1822, vom 8. September 1844, vom 7. März 1849 und vom 25. November 1851 (VIII St. M. 1517).
139. W. Busch „Yorek und Tauroggen, der Ursprung des Freiheitskrieges vor hundert Jahren“. Marburg 1912 (= Marburger Akademische Reden Nr. 26) S. 13—16.
140. Menzel S. 756. Siehe dort auch die anderen Verträge.
141. Abdruck der Entlassungsurkunde für die oranischen Untertanen bei Düssel S. 87.
142. Diese Gebiete nahm Nassau am 27. Juli 1815 in Besitz: Heck, Diezer Regenten, S. 136.
143. VIII Adm. Komm. 385. Darin sind auch Verzeichnisse der reichsritterschaftlichen Besitzungen im Großherzogtum Berg, in der Niedergrafschaft Katzenelnbogen usw. An Preußen fielen die übrigen im ehemaligen Großherzogtum Berg gelegenen reichsritterschaftlichen Besitzungen, die einen Steuerfuß von 12 968 fl., einschließlich der Herrschaft Wildenburg mit einem Steuerfuß von 12 000 fl. und des Dorfes Hainchen mit einem solchen von 250 fl. hatten, und die jährlich 2124 fl., einschließlich 1920 fl. bzw. 60 fl., an die Rittertruhe zu entrichten gehabt hatten.



144. J. L. Klüber „Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815“. Erlangen 1815—35. 9 Bde. Bd. VI, 450.  
145. Klüber III, 467 ff.  
146. Klüber Bd. I, Heft 1, S. 106 ff. (Hauptschrift.)  
147. Diese Forderung ist in einer besonderen Schrift enthalten: Klüber VI, 452.  
148. VIII F. C. 118.  
149. W. Sauer „Das Herzogtum Nassau in den Jahren 1813—1820“. Wiesb. 1893, S. 5 ff. — Siehe auch Lehmann III, 398—402.  
150. Verordnungsbl. 1814, S. 67.  
151. Dies ist besonders aus einem Briefe des großherzoglich weimarschen Ministers, Herrn von Gersdorff, vom 6. August 1816 an Stein zu ersehen. Dieser schreibt unter anderem: „Daß im Herzogthum Nassau die Einführung der Ständischen Verfassung in das wirkliche Leben sich so verspätet, ist zu bedauern. Doch Ew. Excellenz werden den Embryo schon zur Reife fördern“. (Pertz V, S. 64.)  
152. VIII St. M. 1516.  
153. Die hier in Betracht kommenden Besitzungen der genannten Grundherrn waren nur zum Teil reichsritterschaftlich gewesen.  
154. Eine Entschädigung von 250 fl. war der Gräfin, wie bekannt, schon früher gewährt worden.  
155. VIII St. M. 1517.
- 

### Berichtigungen.

S. 3 Z. 7 *lies*: Reichsdeputationshauptschluß — Z. 14: ritterschaftlichen — S. 16 Z. 23: dieses — S. 18 Z. 29: zu — S. 23 Z. 29: datierte — Z. 31: Gesamthauses — S. 25 Z. 7: Angelegenheit — S. 27 Z. 18: befürchteten — S. 30 Z. 29: daß — S. 39 Z. 6: Territorien — S. 42 Z. 17: seien Patente — S. 49 Z. 22: Aufträgen — S. 52 Z. 21: in den — Z. 27: zugetheilten — Z. 45: Uebernahmegeschäft — Z. 46: dieses — S. 54 Z. 17: Vallendar — S. 55 Z. 27: Gefängnis — S. 60 Z. 29: Schönborn — S. 64 Z. 1: mindestens — S. 72 Z. 6: beanspruchen — Z. 27: der *statt* er — S. 88 Z. 20 *lies*: privilegierte — S. 96 Z. 34: Verwaltungssystem — S. 101 Z. 4: S. 130—132 — S. 102 Z. 13: Schliephake — *Tilge* Z. 48 (*Anm.* 61) und *lies*: 51. V Nass.-Us. Reg. Wiesb. 89 I. — S. 103 Z. 27 *lies*: hat — S. 106 Z. 19: Bund.





